Nr. 139 Montag, den 20. Juni 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Die Leipziger Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter lehnten den Spruch des Dresdner Schiedsgerichts und die Wiederaufnahme der Arbeit ab.

•

In der Kommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung haben die Nationalliberalen mit dem schwarz-blauen Block gegen die Zentralisierung der Krankenkassen Stellung genommen.

•

Im Allensteiner Mordprozeß gegen Frau von Schönebeck wurden Vertuschungsmanöver enthüllt, an denen sich behördliche Personen beteiligten.

•

In Villepreux fanden bei einem Eisenbahnzusammenstoß 18 Passagiere den Tod.

Unser Wahlkampf.

Leipzig, 20. Juni.

Die bürgerlichen Parteien beschäftigen sich sehr intensiv mit den Chancen der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen. Unter den Kombinationen, die dort auftauchen, zeichnet sich eine dadurch aus, daß dabei mit Zahlen operiert wird. Die Kölnische Volkszeitung stellt nämlich fogende Berechnung auf: Bei den letzten neun Nachwahlen haben die sozialdemokratischen Stimmen durchschnittlich um 33,3 Prozent zugenommen. Es ist zu erwarten, daß auch bei der allgemeinen Wahl der Stimmenzuwachs beträchtlich sein wird. Selbst wenn er nur 25 Prozent beträgt, würden der Sozialdemokratie im ersten Wahlgange die Mandate in allen jenen Wahlkreisen zufallen, in denen bei der letzten Wahl die sozialdemokratischen Stimmen 40 Prozent der gesamten Stimmenzahl ausmachen, weil dann eben hier die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit hat. Solcher Kreise gebe es genau 50. Mit den jetzigen 47 gibt das 97 Mandate. Da auch in der Stichwahl noch Mandate zu erobern sind, so könne man sich ruhig auf 120 Sozialdemokraten im künftigen Reichstage gefaßt machen.

Die Rechnung hat manches für sich. Eine Zunahme der gesamten Stimmenzahl um 25 Prozent wäre nichts Außergewöhnliches. Es stieg ja unsre Stimmenzahl im ersten Wahlgang in folgendem Verhältnis:

Bei der Wahl im Jahre	gegen das Jahr	um Prozent
1884	1881	71
1887	1884	40
1890	1887	85
1893	1890	32
1898	1893	18
1903	1898	42
1907	1903	8

Es ist daher in der Tat sehr wohl möglich, daß jene 50 Kreise, in denen unsre Stimmenzahl bei der letzten Wahl mindestens 40 Prozent betragen hat, uns im ersten Wahlgange zufallen. Womit wir aber zu rechnen haben, das ist ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen uns. Wenn auch die Feindschaft zwischen den Liberalen und dem Schnapsblock noch so stark aufloderte bei der Finanzreform, wenn Nationalliberale und Konservative sich gegenseitig beschimpfen, wie die Fischweiber, wenn sich die Nationalliberalen hier und da gar grimmig gegen das Zentrum gebärden, sie werden sich alle gar bald zusammenfinden. Daß die Freisinnigen, als sie sich den Namen Fortschrittler beilegten, dasselbe reaktionäre Pack geblieben sind, das sie waren, beweist ja jetzt wieder das Beispiel in Usedom-Wollin mit aller Deutlichkeit. Allerdings schimpfen die Konservativen und die Bündler nicht übel, aber diese Kanonade bedeutet schließlich nur folgendes: Bis zu den Neuwahlen muß man Vorkehrungen treffen, damit die offenen und die verkappten Reaktionäre von vornherein Hand in Hand gehen. Dazu kommt der großkapitalistische Wahlschacher, den der Hansabund vorbereitet. Sein Bestreben läuft darauf hinaus, Abkommen zustande zu bringen, bei denen das Unternehmerinteresse klipp und klar zum Ausdruck kommt. „Vertretung von Handel und Gewerbe" ist die Hauptsache. Welche politische Anschauung der Kandidat sonst hat, ist ja unendlich gleichgültig, wenn er nur stramm die Interessen des Kapitals vertritt. Als solche Kandidaten sind dann natürlich sowohl Konservative wie Zentrumsleute, Freikonservative, Nationalliberale wie „Fortschrittler" geeignet. Höchstens könnte es sich um Zänkereien zwischen Bündlern und „Hanseaten", zwischen Vertretern der Grundrente und des Kapitalprofits handeln, aber auch da wird sich ein „Ausgleich" schließlich finden.

„So wird eine Koalition der „Staatserhaltenden gegen den Umsturz" sehr wahrscheinlich, und die Regierung wird sicher alles, was an ihr ist, tun, um eine Wahlparole zu schaffen, die sich in diesem Sinne ausschlachten läßt.

Deshalb scheint es sehr wahrscheinlich, daß wir nur dort Mandate erhalten, wo wir sie auf den ersten Hieb holen, wo mehr als 50 Prozent aller Wähler den roten Stimmzettel abgeben, während überall, wo eine Stichwahl notwendig wird, wir uns einem Block der bürgerlichen Parteien gegenüber sehen werden.

Freilich ist unsre Position so günstig wie kaum zuvor. Die soziale Entwicklung arbeitet uns vor. In den Jahren seit der letzten Wahl hat der Prozeß der Proletarisierung weitere Fortschritte gemacht. Die wirtschaftliche Krise hat Millionen von Arbeitern die schlimmsten Schattenseiten des Kapitalismus in schroffster Weise vor Augen geführt. Die allgemeine Teuerung, zum größten Teil herbeigeführt durch die Zollpolitik der Regierung und der herrschenden Parteien, hat selbst die Denkfaulsten aufgerüttelt. Dazu kommt, daß die bürgerlichen Parteien samt und sonders so ziemlich alles getan haben, um sich zu kompromittieren, um den Rest ihrer moralischen Würde zu verlieren. Eine nach der andern hat sich prostituiert. Erst die Infamie des Bülow-Blocks, bei der die Liberalen wie die Pudel das reaktionäre Vereinsgesetz apportierten und bei allen Vorlagen der Regierung über den Stock sprangen. Dann die Infamie des Schnapsblocks, bei der die Freisinnigen „unentwegt" dafür eintraten, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen und so ihr eignes Programm anspien, während das Zentrum sich in seiner ganzen Nacktheit bei der Frage der Entschädigung der Arbeiter zeigte. Dann die Infamie der preußischen Wahlreform, bei der sowohl Zentrum wie Nationalliberale die frechste Verhöhnung der Volksmasse an den Tag legten. Das sind die Hauptetappen auf dem Wege der Schande des deutschen Bürgertums in den letzten Jahren, der kleinen Erbärmlichkeiten nicht zu erwähnen.

Angesichts dessen darf man ja, wenn man nicht an der menschlichen Vernunft verzweifeln will, darauf hoffen, daß auch die letzten Reste der Arbeiter, die bisher den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen durchhalfen, ihnen den Rücken kehren und mit klingendem Spiel in das Lager hinübermarschieren, in das sie gehören — zur Partei des Proletariats. Und zweifellos muß auch die Zahl jener steigen, die ihrer sozialen Lage nach nicht zum Proletariat gehören, aber aus purem Ekel gegen die bürgerlichen Parteien stimmen.

So entsteht eine Lage, bei der wir von den kommenden Reichstagswahlen viel, sehr viel erwarten dürfen. . .

Indessen dürfen wir darüber zweierlei nicht vergessen:

Erstens, daß gerade angesichts dieser Lage die bürgerlichen Parteien ihre ganze Kraft anspannen werden, um dem drohenden Schicksal zu entgehen. Daher können wir auf Erfolge nur rechnen, wenn wir unermüdlich tätig sind bei unsrer Arbeit der Aufklärung und der Organisation.

Zweitens — und das ist die Hauptsache — müssen wir gerade in dieser Situation stets der Grundlagen unsres Parteiprogramms und unsrer Weltanschauung eingedenk sein. Wir sind und bleiben die revolutionäre Partei, für die der Kampf um das Parlament und der Kampf im Parlament von ungeheurer Wichtigkeit ist aber nicht den Ausschlag gibt. Wir müssen dessen eingedenk sein, daß die Sache des Proletariats nie und nimmer im Parlament entschieden wird, weil die herrschenden Klassen eher die Verfassung und alles was drum und dran hängt, preisgeben würden, ehe sie zugeben, daß ein Parlament mit einer sozialdemokratischen Mehrheit die Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung untergräbt.

Eine große Anzahl Mandate zu erringen, aus eigner Kraft zu erringen, ist für uns von Wichtigkeit, nicht weil wir hoffen, die Majorität im Reichstage zu erringen, nicht weil wir hoffen, durch Beeinflussung der Politik „in den sozialistischen Staat hineinzuwachsen", sondern weil wir es verhindern wollen, daß die Reaktion noch weitere Verheerungen anrichtet, und weil es das beste Mittel ist, die

Feuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempsky.

[12] Nachdruck verboten.

„Die Bahn hat also von den meisten Ranchos Besitz ergriffen?" fragte er.

„Von allen," erwiderte Presley. „Nachdem Magnus zum Rücktritt gezwungen worden war, ging die Liga sofort in Stücke. Die alte Geschichte — sie fingen untereinander Streit an. Dann kam ein Vergleich zustande, eine neue Liga wurde gebildet und ein neuer Präsident gewählt. Und jetzt begannen viele Mitglieder abzufallen. Die Bahn erbot sich, die umstrittenen Ländereien den Ranchleuten zu verpachten, ihnen, denen sie doch gehörten," rief Presley bitter aus, „und da der Pachtpreis — nominell — fast nichts war, so verstanden sich sehr viele dazu, den Pachtvertrag zu unterzeichnen. Mit der Unterzeichnung des Vertrags erkannten sie natürlich den Rechtstitel der Bahn an. An Magnus aber wollte die Bahn nicht verpachten. In vierzehn Tagen übernimmt S. Behrman Los Muertos."

„Zweifellos hat die Bahn ihm ihren Rechtstitel als Belohnung für seine Dienste abgetreten," bemerkte Cedarquist.

„Zweifellos," murmelte Presley müde und erhob sich, um zu gehen.

„Apropos," sagte Cedarquist, „haben Sie vielleicht am Freitag abend was vor? Möchten Sie nicht mit uns speisen? Die Mädels gehen nächsten Montag aufs Land, und da werden Sie sie wahrscheinlich längere Zeit nicht zu sehen bekommen für den Fall, daß Sie Ihre Ozeanreise machen."

„Ich fürchte ein sehr schlechter Gesellschafter zu sein," entgegnete Presley. „In mir ist kein Murr, kein Leben mehr. Ich bin wie eine Uhr, deren Feder gebrochen ist."

„Nicht gebrochen, Pres, mein Junge, nur abgelaufen. Versuchen Sie mal, ob wir Sie nicht wieder ein bißchen aufziehen können. Wir dürfen Sie also erwarten. Um sieben speisen wir."

„Vielen Dank, Herr Cedarquist. Also bis auf Freitag um sieben."

Als er wieder auf der Straße war, schickte Presley seine Reisetasche mit einem Botenjungen nach seinem Klub, wo er sich ein Zimmer bestellt hatte, und sprang dann auf einen nach der Castro-Straße fahrenden Tramwagen. Noch ehe er Bonneville verlassen hatte, war es ihm nach eifrigen Nachforschungen gelungen, Frau Hoovens Adresse in San Francisco zu erfahren; zu ihr begab er sich jetzt.

Wenn Presley Cedarquist gesagt hatte, daß er sich krank, übermüdet und matt fühlte, so war das nur die halbe Wahrheit gewesen. Er war völlig erschöpft und kraftlos. Aber aus seiner durch die äußerste Abspannung verursachten Gleichgültigkeit wurde er zeitweise aufgepeitscht durch Ausbrüche der Empörung, durch die nur Augenblicke währende Wiederkehr jener blinden, unbeherrschten Kraft, die ihm den heißen Wunsch eingegeben hatte, schreckliche Vergeltung zu üben. Was er zu tun beabsichtigte, hätte er nicht sagen können; ein qualvolles Märtyrertum, eine heldenhafte Selbstaufopferung, deren Furchtbarkeit den sie Darbietenden nicht abzuschrecken vermochte, schwebte ihm vor. Er glaubte von dem blinden, irregeleiteten Heldenmut des Anarchisten angefeuert zu sein, der sein Opfer in die Luft sprengt und sich dabei voll bewußt ist, daß die Katastrophe auch ihn in den durch sie aufgewirbelten Strudel zieht.

Die ihm innewohnende Unentschlossenheit jedoch hemmte beständig seine Schritte. Kopflos, willensschwach, aufwallend und dann wieder zaghaft zögerte und zauderte er und verfiel, anstatt zu handeln, in dumpfes Brüten. Entschlüsse, die er in den dunkeln Nachtstunden gefaßt hatte, gab er am Morgen wieder auf.

Gehandelt hatte er nur einmal. Und als er jetzt auf dem Tramwagen durch die windigen, schmutzigen Straßen sauste, mußte er zitternd daran denken. Die schreckhafte Vorstellung von dem, „was hätte werden können", wenn die Rachetat, zu deren Vollziehung er berufen zu sein gewähnt hatte, völlig gelungen wäre, lastete schwer auf ihm. Presleys Einbildungskraft führte ihm immer wieder den Schauplatz seiner Tat vor die Augen. Er sah sich im Schatten der Bäume und Sträucher an das in einer Vorstadt Bonnevilles gelegene Haus herankriechen; mit lauernder Vorsicht und aufs äußerste angespannten Sinnen spähte er nach den erleuchteten Fenstern, deren aufgezogene Vorhänge den Blick ins Innere freiließen. Dann hatte er den Mann, auf den er lauerte, in das grelle Licht der Gasflammen treten sehen. Und weiter sah Presley sich selbst, wie er aufsprang und auf das Fenster zustürzte. Er glaubte noch das Gewicht von Carahers Bombe, die „sechs Zoll gut plombiertes Gasrohr", in seiner Hand zu fühlen. Mit hocherhobenem Arm schleuderte er das todbringende Geschoß. Ein Schauer zersplitterter Fensterscheiben regnete auf Presley nieder; ihm war, als ob er von brausender, rotflammender Lohe umhüllt ins Leere sänke. Ein furchtbarer Krach zerriß die Luft, und die Erde bebte. Von dem Umkreise der im blitzschnellen Wirbel der Vernichtung sich drehenden Dinge wurde Presley jäh abgestoßen und fortgeschleudert in den leeren Raum, in Finsternis und Grauen. Und als ihm nach langer Zeit erst die Besinnung wiederkehrte, wußte er nur, daß er, außer sich vor Schreck und dem Wahnsinn nahe, so schnell ihn seine Füße trugen, keuchend

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Entscheidung näher zu bringen. Ein großer Wahlsieg bringt uns ein gut Stück vorwärts, weil er den Gegnern Furcht einjagt. Aber ein solcher Sieg bedeutet eben deshalb auch neue, entscheidende Kämpfe, vielleicht den Kampf um das Reichstagswahlrecht, um die Verfassung.

Daraus folgt dann aber, daß bei dieser Situation jeder Gedanke an einen Wahlkampf, der zur Mandatsjagd wird, ferner als je von uns sein muß. Unsre Aufgabe ist, diese Situation mit allen Kräften auszunützen, um die Köpfe zu revolutionieren, um die große Masse jener Proletarier, die noch nicht von dem revolutionären Streben zur Umwälzung der kapitalistischen Weltordnung durchdrungen sind, für uns zu gewinnen.

Auf den Seelenfang gehen wir aus, nicht auf den Stimmenfang! Nicht eine neue Million sozialdemokratischer Wähler wollen wir gewinnen, sondern eine neue Million revolutionärer Streiter, die jeden Tag bereit sind, Gut und Blut einzusetzen für die Sache der Befreiung des Proletariats.

Das ist ein schweres Beginnen. Eben deshalb sollen wir nicht erst warten, bis die eigentliche Wahlkampagne kommt, sondern rastlos arbeiten, rastlos propagieren und agitieren, damit die kommende Wahl zum Siege wird im revolutionären Sinne des Wortes.

Die Landwirtschaft in der Berufszählung.

In den preußischen Jahrbüchern hat der Nationalökonom Gerloff eine Studie über die Ergebnisse der letzten Berufszählung veröffentlicht, der wir folgende Angaben über die Landwirtschaft entnehmen. Der Abteilung Land- und Forstwirtschaft gehörten nach der Zählung von 1907 fast 10 Millionen, d. i. nicht ganz ein Drittel aller Erwerbstätigen an. Zuzüglich der Angehörigen und im Hause Dienenden waren es 17 681 176, nicht einmal mehr drei Zehntel der Gesamtbevölkerung, während die Industrie mit 26 386 537 Berufsangehörigen, ganz abgesehen von den Handels- und Verkehrsgewerben, bereits mehr als 1½mal soviel Menschen als die Landwirtschaft umfaßte.

Bei der ersten deutschen Berufszählung 1882 steht die Landwirtschaft mit 19 225 455 Zugehörigen gegenüber 16 Millionen der Industrie und 4½ Millionen dem Handel Angehörigen an der Spitze der deutschen Erwerbsstände. Bis 1895 hat sie fast ¾ Millionen eingebüßt, aber sie stand damals, sofern man nur die Erwerbstätigen in Betracht zieht, mit 36¼ Proz. doch noch an erster Stelle. Bis 1907 hat sie dann nochmals um rund ¾ Millionen abgenommen.

Noch deutlicher erhellt die Abnahme des Schwergewichts der Landwirtschaft, wenn die Gärtnerei und Tierzucht, die Forstwirtschaft und Fischerei von ihr getrennt werden. Die eigentliche landwirtschaftliche Bevölkerung sank in den 25 Jahren von 18 704 038 auf 16 920 671; d. i. von 41,36 Proz. auf 27,42 Proz. der Gesamtbevölkerung. Und die Zahl der im Hauptberuf in der Landwirtschaft Tätigen verschob sich, wie folgt:

	1882	1895	1907
männlich	5 537 333	5 315 225	5 023 084
weiblich	2 730 216	2 526 633	4 558 718
Summa:	8 267 549	7 841 858	9 581 802

Zur sozialen Gliederung der Landwirtschaft, d. h. ihrer Zusammensetzung aus Selbständigen, Angestellten und Arbeitern, gibt Gerloff folgende Tabellen. Es gab in der Landwirtschaft:

	1882	1895	1907
Selbständige			
männlich	2 010 865	2 221 826	2 172 740
weiblich	277 168	346 899	328 234
Summa:	2 288 033	2 568 725	2 500 974
Angestellte			
männlich	60 763	78 066	82 548
weiblich	5 881	18 107	16 264
Summa:	66 644	96 173	98 812
Arbeiter			
männlich	3 629 959	3 239 646	3 028 983
weiblich	2 251 860	2 388 148	4 254 488
Summa:	5 881 819	5 627 794	7 283 741

Diese Tabelle zeigt erstens, daß die Zahl der Abhängigen (Angestellten und Arbeiter) in der Landwirtschaft zwar auch stärker zugenommen hat, als die der Selbständigen, (die ja sogar von 1895 bis 1907 ein wenig zurückgegangen ist), daß aber ihr Vorsprung bei weitem nicht so groß ist, wie in der Industrie. Ferner zeigt aber die Tabelle die starke Abnahme der männlichen Arbeiter in der Landwirtschaft. In der Tat waren von je 100 ländlichen Arbeitern

	1882	1895	1907
männlich	61,71	57,57	41,59
weiblich	38,29	42,43	58,41

In den 25 Jahren von 1882 bis 1907 hat die Landwirtschaft rund 600 000 männliche Arbeiter verloren, an ihre Stelle sind weibliche Arbeitskräfte getreten, deren sonstige starke Zunahme (um 1 800 000 seit 1895) auf eine genauere Fragestellung zurückzuführen ist, die zahlreiche weibliche Angehörige veranlaßt hat, sich als berufstätig zu bezeichnen.

Die Lage im Baugewerbe.

Der Kampf im Leipziger Baugewerbe geht weiter.

Das ist das Ergebnis der drei großen Versammlungen, die gestern die Maurer, die Zimmerer und die Bauhilfsarbeiter im Sanssouci und im Volkshaus abgehalten haben; sie haben ihre Verteidigungsstellung aufgegeben und gehen nun zum Angriff auf die Unternehmer über. Die drei Versammlungen, die sämtlich überfüllt waren, nahmen zu dem in Dresden gefällten Schiedsspruch Stellung und verliefen teilweise sehr stürmisch. Als die Referenten die Annahme des Schiedsspruchs empfahlen und demzufolge auch die Wiederaufnahme der Arbeit, kam es zu stürmischen Kundgebungen. Wie aus einem Munde erscholl in allen Versammlungen ein heftiges: Nie und Nimmer! untermischt mit lebhaften Vorwürfen gegen die Verbandsleitungen. Der Schiedsspruch, der nur einen Pfennig Lohnerhöhung für dieses Jahr vorsehe, sei auf keinen Fall annehmbar. So wurde er denn auch in allen drei Versammlungen einstimmig abgelehnt und beschlossen, die Arbeit dort, wo die Aussperrung durchgeführt worden war, nicht wiederaufzunehmen. Wo während der Aussperrung weiter gearbeitet worden ist, soll einstweilen auch weiter gearbeitet werden. Damit ist der Streik im Leipziger Baugewerbe proklamiert.

Die Maurer beschlossen, nach Beendigung des Verbandstags in Charlottenburg die nötigen Schritte einzuleiten. Die Zimmerer stellten den Unternehmern die Forderung, den Lohn sofort auf 70 Pfg., ab 1911 auf 73 Pfg. und ab 1912 auf 75 Pfg. zu erhöhen, bei gleichbleibender neunstündiger Arbeitszeit. Die Antwort wird bis zum Donnerstag verlangt. Trifft sie zu dieser Zeit nicht ein oder lehnen die Unternehmer die Forderung ab, so wird am Freitag früh auf allen Bauten die Arbeit niedergelegt werden. Die Bauhilfsarbeiter beschlossen, am Dienstag über die weiteren Schritte zu beraten.

In den Versammlungen versuchten die Anarchos für ihre Freie Vereinigung Stimmung zu machen. An den Türen verbreiteten sie folgenden Zettel:

Werte Berufskollegen!

Weist den Spruch des unparteiischen Schiedsgerichts zurück; die von ihm vorgeschlagenen Zugeständnisse sind für uns völlig unzulänglich. Hütet Euch vor einem faulen Frieden auf dieser Grundlage, er bindet nur Eure Aktionskraft und hindert Euch, jederzeit für eine notwendige Besserung unsrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.

Also in den Orkus mit diesen Vorschlägen. Lieber Kampf und Kampfesfreiheit!

Dies raten Euch Eure Berufskollegen aus der

Freien Vereinigung aller Berufe.

Diese Zersplitterungsversuche wurden in den Versammlungen energisch und unter Beifall zurückgewiesen.

• • •

Die Maurer

nahmen gestern im Sanssouci zu dem am 15. Juni in Dresden von dem Schiedsgericht gefällten Schiedsspruch Stellung. Der große Saal war zum Brechen voll, wohl 3000 Mann drängten sich Kopf an Kopf. Gauleiter Jacob referierte, vielfach stürmisch unterbrochen. Die Versammlung vom 8. Juni habe eine Lohnforderung von 75 Pfg. beschlossen. In der darauffolgenden Verhandlung mit den Unternehmern hätten diese einen Bezirkstarif vorgelegt, um ihre Mitglieder, wie Enke sagte, nicht „abkentschern" zu lassen. Die Arbeitervertreter haben dieses Ansinnen abgelehnt, da die Vertragschließenden immer die Unternehmer der einzelnen Orte sein müßten. Die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung hätten die Unternehmer ohne weiteres abgelehnt und nach langem Hin und Her sich nur bereit gefunden, für jedes Jahr einen Pfennig zuzubilligen. Die Arbeitervertreter hatten dieses Angebot natürlich als glatte Verhöhnung der Arbeiter abgelehnt. Die Maurer könnten sich nun mit dem Angebot der Schiedsrichter keineswegs zufrieden geben. Aber was könne bei der Sache noch herauskommen? Die Unparteiischen seien der Meinung, daß der Schiedsspruch endgültig sei. Die Unternehmer glaubten anfangs, daß die Aussperrung nicht eher aufzuheben sei, bis daß die Lohnfrage geregelt wäre. Aber das Schiedsgericht habe sie anders belehrt. Nun sei die Aussperrung für Hunderte von Orten beendet, nur einige große Orte seien mit dem Resultat nicht befriedigt. Da entstehe die Frage — obendrein, wenn die Unternehmer auf den Schiedsspruch pochen — in welche Lage komme der gesamte Verband? Und da müsse er sagen, daß er zu der bestehenden Absicht, den Streik zu erklären, nicht raten könne. Der Gesamtverband werde den Schiedsspruch annehmen, das sei gewiß, es kämen also nur einige Orte in Betracht, die den Kampf weiterführen würden. Die Kollegen müßten also sich reiflich überlegen, welchen Schritt sie unternehmen wollen. Deshalb müsse er sagen, daß es zweckmäßig sei, die Arbeit gegenwärtig aufzunehmen (Stürmischer Widerspruch), um dann mit den Unternehmern einen andern Vertrag abzuschließen (Wiederholter stürmischer Widerspruch).

In der nun folgenden, sehr lebhaften Diskussion lehnen die Redner fast durchweg den Schiedsspruch und die empfohlene Wiederaufnahme der Arbeit ab. Aus den Verhandlungen sei nichts herausgesprungen, jetzt sähen die Kollegen, daß sie benachteiligt worden seien. Früher sei erklärt worden, wenn uns der Schiedsspruch nicht behagt, lehnen wir ihn ab. Heute aber sollten ihn die Kollegen annehmen. Der Karren sei völlig verfahren. Die Lohnerhöhung, die durch den Schiedsspruch geboten werde, hätten sie bei einem Kampf gegen die einzelnen Unternehmer zum mindesten auch erreicht. Dazu hätten die Arbeiter kein Schiedsgericht gebraucht, um sich unterkriegen zu lassen. Trotz der angekündigten Entziehung der Unterstützung durch den Zentralvorstand hätten die Leipziger Maurer Mittel genug, den Kampf noch ein Vierteljahr weiter zu führen. Ehe sie die angebotene Lohnerhöhung annehmen, wollten sie lieber noch wochenlang trocken Brot essen.

In der Abstimmung wird der **Schiedsspruch mit überwältigender Majorität abgelehnt**; nur wenige Stimmen sind dafür. Mit demselben Stimmenverhältnis wird beschlossen:

Die Kollegen, die während der Aussperrung in Arbeit gestanden haben, arbeiten weiter. Die Kollegen dagegen, die ausgesperrt waren, nehmen die Arbeit am Montag nicht wieder auf.

Nach Beendigung des Verbandstages soll am Dienstag oder Mittwoch eine Versammlung über die weiteren Schritte beraten.

• • •

Die Zimmerer

nahmen in einer überfüllten Versammlung im Volkshause Stellung zu dem Schiedsspruch. Gauleiter Laue referierte über die Verhandlungen und empfahl die Annahme des Schiedsspruchs, der für Leipzig nur eine ganz minimale Lohnerhöhung bringe. Der Schiedsspruch sei bei weitem besser als man vorher erwartet habe (Gelächter), wenngleich er auch nicht ideal sei. Ein kleiner Erfolg sei errungen. Man müsse berücksichtigen, daß die Unternehmer doch aus dem Grunde die Aussperrung vorgenommen hätten, um jeder Forderung der Arbeiter einen Riegel vorzuschieben. Unter diesen Verhältnissen betrachtet, sei der Erfolg beachtenswert. Die Aussperrung war der erste Kampf, der auf breitester Grundlage geführt wurde. Die Arbeiter standen einem geschlossenen Unternehmertum gegenüber. Er könne es verstehen, wenn nach dem neun Wochen andauernden Kampfe die Arbeiter erbittert seien, aber besonnengeachtet empfehle er, in den sauren Apfel zu beißen. (Stürmisches Nein! Niemals!)

Die nachfolgende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Alle Redner empfahlen Ablehnung des Schiedsspruchs. Wiederholt kam zum Ausdruck, daß es eine Schmach für die Arbeiter bedeuten würde, wenn sie sich diesem Schiedsspruch fügten. Die Unternehmer könnten leicht zu der Auffassung gelangen, daß die Arbeiter überhaupt keine Galle mehr im Leibe hätten. Neun Wochen habe das Unternehmertum ausgesperrt und die Arbeiter in Schulden gestürzt, und nun wage man ein solch trauriges Angebot zu machen. Durch die geringe Lohnerhöhung in den folgenden Jahren werde der Ausfall an Lohn — während der neun Wochen — nicht wettgemacht. Die Lebensmittel und Wohnungsmieten steigen fortgesetzt, dementsprechend müsse auch der Lohn steigen. Die Arbeiter aller andern Berufe würden die Bauarbeiter auslachen, wenn sie den Schiedsspruch anerkennen.

Mehrere Diskussionsredner empfahlen, daß die Arbeit sofort auf allen Plätzen niedergelegt werden solle und an die Unternehmer die Forderung gestellt würde, jetzt einen Stundenlohn von 70 Pfg. und im nächsten Jahre 75 Pfg. zu zahlen.

---

auf der Straße nach Los Muertos dahinfloh. Die in ihrer Furchtbarkeit unvergeßliche, ihm alle Qualen der Hölle bringende Nacht folgte. Bald zermarterten ihn Gewissensbisse, und er fühlte den tiefsten Abscheu vor dem, was er getan zu haben vermeinte, bald wütete er gegen seine Schwäche, seinen Mangel an Mut, seine jämmerliche, hin und her schwankende Seele. Doch der Morgen brachte Presley die Nachricht von dem Mißlingen seines Anschlags; zugleich wurde ihm die Gewißheit, daß nicht der leiseste Verdacht gegen ihn bestand. Nicht weniger wunderbar wie sein Feind war er dem Verderben entronnen. Unzusammenhängende Gebetsworte stammelnd, hatte Presley sich auf die Knie geworfen und unter Tränen Gott dafür gedankt, daß er ihn vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt, an dessen Rand er bereits gestanden hatte.

Dann aber hatte sich bei ihm der Verdacht eingenistet, daß er von allen Menschen der Bedauernswerteste — ein zu nichts Fähiger — wäre. Alles, was er sich vorgenommen, woran sein Herz gehangen hatte, war fehlgeschlagen — sein großes Epos, seine Bestrebungen, den Menschen, unter denen er lebte, zu helfen, und selbst der Anschlag auf das Leben des Feindes — alles das war mißglückt. Den Rest seiner zersplitterten Kraft zusammenraffend, faßte er den Entschluß, fortan den besten Regungen seines Herzens nachzuleben und zunächst der schwer heimgesuchten Familie Hoovens, des kleinen Deutschen, aus ihrer verzweifelten Lage herauszuhelfen.

Nachdem alles vorüber und Hooven zusammen mit den sieben andern in dem Kampfe am Bewässerungsgraben Gefallenen auf dem Bonneviller Friedhofe begraben war, hatte seine Witwe, ohne jemand um Rat oder Hilfe anzugehen, Los Muertos und ihr Heim auf immer verlassen und war mit Minna und der kleinen Hilda nach San Francisco gegangen, um dort Arbeit zu suchen. Presley hörte davon erst, nachdem bereits vierzehn Tage seit der Abreise der Hoovens verflossen waren. Sofort wurde in ihm die Befürchtung wach, daß Frau Hooven, die ebenso wie Minna stets auf dem Lande gelebt hatte, bei ihrer Unkenntnis großstädtischer Verhältnisse in dem harten Kampfe ums Dasein, den die Stadt den Bedrängten aufzwang, leicht in eine schlimme Lage geraten sein könnte. Diese Befürchtung wandelte sich schnell zur Gewißheit, und so hatte er sich rasch entschlossen, der Familie nach San Francisco zu folgen, um sie aufzusuchen und ihr beizustehen.

Presley, dem es bereits in Bonneville gelungen war, die Adresse der Hoovens zu ermitteln, fand unschwer das nahe der Kraftstation der Castro-Straßen-Kabelbahn gelegene billige, aber ziemlich anständige Kosthaus.

Die Wirtin wußte sofort Bescheid.

„Eine Deutsche mit 'nem kleinen Mädchen und 'ner erwachsenen Tochter, ja gewiß. Die große Tochter war ganz hübsch. Gewiß, ich kenne sie, aber sie sind nicht mehr hier. Vor 'ner Woche sind sie fort. Ich konnte ihnen das Zimmer nicht länger lassen. Eine ganze Woche Miete waren sie schuldig geblieben. Ich bin nicht in der Lage — —"

„Wissen Sie, wohin sie gegangen sind? Wissen Sie, wohin sie sich ihren Koffer haben schicken lassen?"

„Ah, jawohl, ihren Koffer," zeterte das Weib, die Arme in die Hüften stemmend und mit puterrotem Kopfe. „Ihren Koffer, ah, jawohl. Ich hab' ihren Koffer, und was wollen Sie denn da machen? Ich behalt' ihn, bis ich mein Geld kriege. Haben Sie da was 'reinzureden? Legen Sie nur los!"

Mit einer Gebärde der Entmutigung wandte Presley sich ab. Bestürzt und unruhig blieb er finster vor sich hinblickend eine Weile an der Straßenecke stehen. Seine Befürchtungen waren nur zu begründet gewesen. Schon vor einer Woche hatten die Hoovens ihr bißchen Geld ausgegeben. Seit sieben Tagen bereits waren sie ohne alle Hilfsmittel, wenn sie nicht Arbeit gefunden hatten, „und was für Arbeit," fragte er sich, „können sie denn in Gottes Namen überhaupt hier in der Stadt finden?" Sieben Tage! Der Gedanke war ihm schrecklich. Sieben Tage ohne Geld, ohne eine Seele in dieser von Menschen wimmelnden Stadt zu kennen. Konnten Minna und ihre Mutter, die beide mit dem Leben der Großstadt völlig unvertraut waren, auch nur ahnen, daß es gerade für Leute in ihrer Lage aufs beste eingerichtete und unterhaltene Stiftungen gab? Er wußte, daß sie ihr gut Teil Stolz hatten, den eigensinnigen, störrischen Bauernstolz; selbst wenn ihnen solche wohltätige Anstalten bekannt wären, würden sie es wohl über sich bringen, dort Hilfe zu suchen? Die Angst um ihr Los schnitt ihm ins Herz. Wo mochten sie jetzt sein? Wo mochten sie gestern nacht geschlafen, wo heut morgen gefrühstückt haben? Hatten sie überhaupt heut morgen ein Frühstück, hatten sie gestern nacht ein Bett gehabt? Was war aus den im Getriebe der Großstadt Verlorenen und Vergessenen geworden? Wohin mochte die Ebbe und Flut der Straßen sie gespült haben?

War das noch eine andre Variation, die eiserne Hände aus jenem Thema hervorholten, das so alt wie die Welt und überall bekannt war? Wie lange noch sollten die furchtbaren Ereignisse nachwirken, die sich am Bewässerungsgraben abgespielt hatten? Wie weit würde das Ungetüm seine Fangarme noch ausstrecken?

Auf dem Rückwege nach dem im Mittelpunkt der Stadt gelegenen Geschäftsviertel faßte und verwarf Presley Plan auf Plan, wie er Frau Hooven und ihre Töchter finden und ihnen beistehen könnte. In der Montgomery-Straße angelangt, schlug er die Richtung nach seinem Klub ein; seine Gedanken waren inzwischen wieder einmal zu den Ursachen und dem Verlaufe des gewaltigen Kampfes zurückgekehrt, dessen Zeuge er achtzehn Monate hindurch gewesen war.

Mit einemmal machte er Halt; sein Auge war durch ein großes Schild gefesselt worden, das über dem Eingange eines mächtigen Verwaltungsgebäudes angebracht war. Von einer plötzlichen Eingebung erfaßt, blieb er einen Augenblick mit starren, weitgeöffneten Augen und geballten Fäusten auf dem Bürgersteige stehen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung des Schiedsspruchs.

Die weitergeführte Diskussion drehte sich in der Hauptsache darum, welche Wege nunmehr einzuschlagen sind. Obwohl eine Anzahl Redner dafür eintraten, die Arbeit sofort einzustellen, einigte man sich auf diesen Antrag:

Die Lohnkommission wird beauftragt, die Lohnforderung zu formulieren und diese sofort sämtlichen Unternehmern mit dem Ersuchen vorzulegen, Rückantwort resp. Unterschrift bis Donnerstag, den 24. Juni, zu geben. Wo diese Unterschrift nicht gegeben wird, ist am Freitag die Arbeit einzustellen. Das Resultat wird in einer Versammlung am Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, bekannt gemacht.

Gefordert werden sollen sofort 70 Pfg., ab 1911 73 Pfg. und ab 1912 75 Pfg. Stundenlohn bei gleichbleibender, neunstündiger Arbeitszeit. Wird die Forderung nicht anerkannt, soll am Freitag in den Streik eingetreten werden.

* * *

Die Bauhilfsarbeiter

nahmen im Volkshaus zu dem Schiedsspruch Stellung. Reinecke weist auf die örtlichen Verhandlungen mit den Leipziger Unternehmern hin, in denen die Unternehmer nur einen Pfennig Zulage für jedes Vertragsjahr zubilligen wollten. Diese Zumutung hätten die Arbeitervertreter entschieden zurückgewiesen. Dann habe das im Berliner Vertrage vorgesehene Schiedsgericht in Dresden getagt und den bekannten Beschluß gefaßt, dieses Jahr einen Pfennig, nächstes Jahr zwei Pfennige und im dritten Jahre nochmals zwei Pfennige Lohnerhöhung zu bewilligen. Die Enttäuschung unter den Arbeitern über diesen Spruch sei groß gewesen. Die Zentralvorstände seien aber zu dem Entschluß gekommen, den Mitgliedern zu empfehlen, die Arbeit am Montag, den 20. Juni, wieder aufzunehmen. (Stürmischer Widerspruch.) Die Unterstützung werde mit dem heutigen Tage eingestellt. (Unruhe.) Für Leipzig liege die Sache nun so, daß die organisierten Unternehmer bisher 52, 53 und 54 Pfg. Stundenlohn zahlten, nun aber den für dieses Jahr zugelegten Pfennig auf den Minimallohn von 50 Pfg. legen wollen, daß also der künftige Lohn in Leipzig nur 51 Pfennige betragen soll. Diese Verschlechterung sei für die Kollegen unannehmbar. (Sehr richtig!) Bis zum Ende des Verbandstages in Charlottenburg bleibe aber alles beim alten, die ausgesperrten Kollegen mögen die Arbeit nicht aufnehmen, die in Arbeit stehenden arbeiten einstweilen weiter. Am Dienstag entscheiden dann die Kollegen in einer weiteren Versammlung. (Zustimmung.)

Die lebhafte Diskussion ergab die einmütige Ablehnung des Schiedsspruchs, der den Arbeitern so gut wie nichts gewähre. Die Kollegen sollten alles ablehnen und dafür sorgen, daß am Montag die Bauten rein bleiben. Angenommen wurde folgender Antrag:

Die Leipziger Bauhilfsarbeiter schließen sich den Beschlüssen der Maurer in diesem Lohnkampfe wie bisher an, da sie sich mit den im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnzulagen nicht einverstanden erklären können.

Mit der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Aufforderung des Vorsitzenden, im weiteren Kampfe treu auszuhalten und alle Posten am Montag so wie bisher zu besetzen, schloß die Versammlung.

* * *

Die Bauunternehmer Leipzigs

haben am Sonnabend und am Sonntag im Siebenmännerhaus getagt und zu der Situation Stellung genommen. Baumeister Uhlemann gab das Ergebnis der Dresdner Verhandlungen bekannt und ging dann auf die Haltung der Leipziger Bauarbeiter zu dem Schiedsspruch ein. Trotzdem der Schiedsspruch die Aufnahme der Arbeit vorsehe, hätten die Bauarbeiter die Wiederaufnahme verweigert. Der Arbeitgeberverband wolle vorläufig der neuen Sachlage gegenüber eine abwartende Stellung einnehmen und die Entschließung der Bauarbeiterverbandstage am Montag in Charlottenburg abwarten. Die Unternehmer würden sich auf alle Fälle an die Beschlüsse des Schiedsgerichts halten und keinen Pfennig mehr Lohn zahlen, als im Schiedsspruch vorgesehen ist. Mit den Ziegeleibesitzern soll ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach in Zukunft bei Streiks und Aussperrungen den Lieferanten, die den Vertrag eingehen, untersagt wird, an Nichtverbandsmitglieder Material zu liefern. Alle Lieferungsverträge sollen dann ohne Ausnahme ruhen. Vom Verband der Bauarbeitgeber wurden die Lieferanten aufgefordert, die Materialsperre weiter bestehen zu lassen.

In der Verhandlung der Unternehmer wurde auch ein Schreiben des Zentralvorstands der Maurer verlesen, das sicher nicht offiziell an den Arbeitgeberbund gelangt ist und folgenden Wortlaut hat:

Dresden, den 18. Juni 1910.

An die Zweigvereins-Vorstände!

Werte Kollegen!

Die Aussperrung ist **aufgehoben**. Durch das von unserm Berliner Verbandstag angenommene Schiedsgericht sind hier in den letzten Tagen Schiedssprüche gefällt worden, wodurch Arbeitszeit und Lohn bis zum 1. April 1913 geregelt werden sollen. Abgesehen von einigen Großstädten, wo 2 Pfg. zu zahlen sind, muß in allen Orten bei der Wiederaufnahme der Arbeit der Stundenlohn um 1 Pfg. erhöht werden; am 1. April 1911 wird der Lohn um weitere 2 Pfg. und am 1. April 1912 nochmals um 2 Pfg. erhöht. Ausgenommen hiervon sind die Orte unter 5000 Einwohnern, die nicht mit andern Orten in Zusammenhang stehen: dort beträgt die Lohnerhöhung sofort 1 Pfg., am 1. April 1911 2 Pfg. und am 1. April 1912 noch 1 Pfg. Wo am 1. April 1911 die Arbeitszeit entweder auf 10½, 10 oder 9½ Stunden verkürzt wird, ist zur selben Zeit eine Ausgleichslohnerhöhung zu zahlen.

Die an den verschiedensten Orten außerdem noch bestehenden Differenzen sollen eventuell durch örtliche Schiedsgerichte geregelt werden, und zwar bis spätestens zum 15. Juli. Bis zu diesem Zeitpunkt kann natürlich nicht der ganze Streit in der Schwebe bleiben, **sondern die Arbeit muß nun wieder aufgenommen werden.**

Die Zweigvereins-Vorstände müssen Fürsorge treffen, daß die ausgesperrten Kollegen Montag, den 20. Juni, die Bauten wieder besetzen.

Die Unterstützung wird im allgemeinen mit dem heutigen Tage eingestellt. Ueber etwaige besondere Fälle werden die Gauvorstände das nötige veranlassen.

Mit dem heutigen Tage muß auch der Extrabeitrag in Fortfall kommen. Bis zum Schluß dieser Woche muß dieser Beitrag aber unter allen Umständen gezahlt und Rückstände mit aller Strenge eingetrieben werden.

Von den Zweigvereinen, wo entweder die Kollegen oder auch die Unternehmer gegen die Aufnahme der Arbeit Stellung nehmen, ist dem Verbandsvorstand wie auch dem Gauvorstand sofort Mitteilung zu machen.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Th. Bömelburg.

Von dieser Erklärung nahm die Versammlung der Unternehmer nach den Berichten der bürgerlichen Presse ohne Debatte Kenntnis.

Verbandstag der Maurer.

(Telephonischer Bericht.)

Berlin, 20. Juni.

Auf dem im Volkshaus zu Charlottenburg tagenden Verbandstag der Maurer empfahl der Vorsitzende Bömelburg die Annahme des von dem Schiedsgericht in Dresden gefällten Schiedsspruches und infolgedessen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Gewerkschaftsbewegung.

Dem König Millionen, dem Arbeiter ein Hungerdasein.

Wie bitterer Hohn wirkt in so wirtschaftlich schwerer Zeit für die Arbeiter die Summe der königlichen Lohnerhöhung, wenn man die folgende Zusammenstellung eines Landarbeiters, der auf einem Rittergute in der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt beschäftigt ist, über seine Einnahmen und Ausgaben liest. Er gehört zu den wenigen, die sich der Mühe unterzogen haben, während eines längeren Zeitraumes Notizen über jede auch noch so klägliche Pfennigausgabe zu machen. Der Landarbeiter verdiente in der letzten Zeit 13 Mk. Barlohn in der Woche, dazu kam freie „Wohnung" und wöchentlich ein halber Zentner Kartoffeln. Die Ehefrau ist verpflichtetet, an fünf Tagen in der Woche auf dem Gutshofe mitzuarbeiten, sie erhält pro Tag 1 Mk. Die beiden schwer arbeitenden Landproletarier müssen mit diesen 18 Mk. sich und drei Kinder ernähren. Einen Ueberblick über den Verbrauch bekommt man, wenn man mal eine Woche mit all' ihren kleinen Ausgaben herausgreift. Es handelt sich um eine Woche im zeitigen Frühjahr 1910. Die Ausgaben betragen:

Brot	3.74	Mk.	Klarer Zucker	—.39	Mk.
Margarine	2.—	„	Würfelzucker	—.28	„
Speck	—.90	„	Milch	1.26	„
Pferdewurst	—.50	„	Mehl	—.80	„
Pferdefleisch	—.35	„	Salz	—.11	„
Heringe	—.80	„	Kartoffelmehl	—.15	„
Zwiebeln	—.20	„	Seife	—.36	„
Essig	—.15	„	Soda	—.11	„
Pfeffer	—.10	„	Seifenpulver	—.15	„
Bohnen	—.20	„	Petroleum	—.30	„
Erbsen	—.20	„	Streichhölzer	—.06	„
Linsen	—.20	„	Holz	—.23	„
Brötchen	—.50	„	Kohlen	—.80	„
Kaffee	—.30	„	Stiefelschmiere	—.10	„
Gerste	—.10	„		16.44	Mk.
Zichorie	—.10	„			

In ihren Einzelposten sind diese 16.44 Mk. für Ausgaben eine stumme Anklage, die schärfer in Worten gar nicht ausgedrückt werden kann. Rind- oder Schweinefleisch ist für diesen Arbeiter ein unbekannter Luxus, Pferdefleisch ist das einzige, was er sich erwerben kann. Wie mag der Kaffee aussehen, der mit Zichorie und Gerste vermischt, für 50 Pfg. gekauft worden ist und eine ganze Woche lang fünf Köpfe versorgen mußte! Nun muß aber noch von dem „Ueberschuß", der 1,56 Mk. beträgt, Kleidung und Wäsche usw. angeschafft werden, und das für fünf Köpfe. Dann sind Steuern, Schulgeld usw. zu bezahlen. Aber selbst die 1.56 Mk. als Fonds für solche Ausgaben sind nur eine Illusion, davon müssen ja erst 0,96 Mk. für Invaliden- und Altersversicherung durch beide Leute bezahlt werden.

Hier kann die Frage gar nicht mehr lauten: Wie lebt diese Landarbeiterfamilie? Es muß hier heißen: Das ist überhaupt kein Leben mehr, sein Dasein so fristen zu müssen. Das sächsische Ministerium des Innern hat dies, wie die Landarbeiterzeitung kürzlich mitteilte, auf ihre Art auch eingesehen. Sie hat besonders bei Aerzten durch eine Umfrage festgestellt, daß die sächsische landwirtschaftliche Bevölkerung mehr und mehr an Unterernährung leidet. Als Grund hat sie erkannt, — und nun merkt auf, ihr naiven Arbeiter, die ihr denkt, daß dem Proletariat einfach mit anständigem Lohn und gesunder Wohnung geholfen sei — daß die Milch jetzt in die Stadt geschafft wird, die früher auf dem Lande selbst verbraucht wurde. Als die sächsische Staatsregierung das erkannt hatte, schritt sie sofort zum Sturm gegen diese Grundübel und schaffte eine Verordnung, durch die der ländlichen Bevölkerung — Belehrungen über die gesunde Lebensweise zuteil werden sollen. — Das ist zwar ein außerordentlich billiges Rezept, daß es aber die hungernden Landarbeiter zu befriedigen imstande wäre, wagen wir füglich zu bezweifeln. Wir glauben im Gegenteil, daß jeder ehrliebende Landarbeiter einen solchen guten Rat als bitteren Hohn empfinden wird.

Leipzig und Umgebung.

Lohnbewegungen der Holzarbeiter im Gau Leipzig.

Die Lohnbewegung der Bau- und Möbeltischler in Werdau hat zum Abschluß eines Vertrages geführt. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Vertrages sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Wochenstunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 7½ Pfennig innerhalb einer dreijährigen Vertragsdauer. Die Akkordlöhne werden sofort um 10 Prozent erhöht. Der Mindeststundenlohn beträgt 40 Pfg., für Gehilfen unter 20 Jahre 35 Pfg., steigend auf 37 Pfg. Ebenso hat die Lohnbewegung der Bau- und Möbeltischler in Meuselwitz zum Abschluß eines dreijährigen Vertrages geführt. Hier wird die Arbeitszeit von 60 bezw. 62 Stunden auf 57 Wochenstunden innerhalb der Vertragsdauer verkürzt. Die Löhne erhöhen sich in derselben Zeitdauer um 8 Pfg. pro Stunde. Der Mindeststundenlohn beträgt bei Inkrafttreten des Vertrages 42 Pfg., steigend auf 44 Pfg. bis zum Ablauf des Vertrages. Für Gehilfen unter 20 Jahre beträgt derselbe 36 Pfg., steigend auf 38 Pfg. Diese Vertragsabschlüsse bedeuten für die organisierten Tischler einen zufriedenstellenden Erfolg. Um so verwunderlicher ist es, daß die Unternehmer in Meerane und Crimmitschau sich weigern, die gleichen Forderungen der Gehilfen anzuerkennen. Hier bedeuten die bis jetzt gemachten Zugeständnisse eine Ablehnung der gestellten Forderungen und die Gehilfen stehen somit vor einem Streik. In Glauchau haben die Unternehmer ein etwas weiteres Entgegenkommen gezeigt. Hier soll die Arbeitszeit ebenfalls von 59 auf 56 Wochenstunden verkürzt, die Stundenlöhne um 7 Pfennige innerhalb der Vertragsdauer erhöht werden. Nur in der Festsetzung der Mindestlöhne ist eine Einigung bisher noch nicht erzielt worden, so daß dieserhalb die Kündigung eingereicht werden mußte. Hoffentlich nehmen sich die Unternehmer Werdau zum Vorbilde, wo man eine friedliche Verständigung einem langen Streik vorgezogen hat.

Zuzug von Tischlern und Maschinenarbeitern ist nach Crimmitschau, Meerane und Glauchau bis auf weiteres fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Streik der Zinkhüttenleute in Oberschlesien.

In einer gestern in Beuthen unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung der streikenden Arbeiter der Wilhelminen-Zinkhütte wurde beschlossen, im Ausstand zu verharren. Falls die verlangte Lohnerhöhung nicht in einigen Tagen bewilligt werden sollte, wollen auch die Arbeiter der Bernhardi- und Paul-Hütte in den Streik treten.

*

Ein freisinniger Stadtrat als Streikbrechervermittler.

In Magdeburg streiken seit einigen Tagen die Arbeiter der Chemischen Fabrik von M. Dürre. Die Firma hielt bisher vergeblich Ausschau nach Arbeitswilligen. Jetzt kommt ihr aber ein unbesoldetes Mitglied des Magdeburger Magistrats, Stadtrat Naßbach, zu Hilfe. Der Herr ist Besitzer einer Lackfabrik und verlangte am Donnerstag vom städtischen Nachweis einen Arbeiter. Als ein solcher sich vorstellte, erklärte ihm Herr Naßbach, daß bei ihm leider alles besetzt sei, aber bei seinem Nachbar — eben die Fabrik von Dürre — sei noch lohnende Arbeit. Es liegt auch eine Postkarte vor, die Herr Naßbach an einen arbeitslosen Arbeiter schrieb:

Wenn Sie noch keine Arbeit haben, so können Sie sofort in der Chemischen Fabrik von Dürre, dicht neben meiner Fabrik, eintreten. Aber sofort müssen Sie kommen.

Ergebenst Naßbach.

Stadtrat Naßbach ist einer der Führer der Magdeburger Freisinnigen Richterscher Couleur. Das Vermitteln von Streikbrechern scheint also seiner Meinung nach mit freisinnigen Grundsätzen vereinbar zu sein, wenn man bei den Herren vom Freisinn überhaupt noch von Grundsätzen reden kann.

*

Metallarbeiteraussperrung in Berlin. Im Bergmannschen Elektrizitätswerk, Seestraße, wurden 1500 Metallarbeiter ausgesperrt, weil sich die Arbeiter einer Abteilung Lohnabzüge nicht wollten gefallen lassen. Es ist möglich, daß die Differenzen sich weiter erstrecken und die Zahl der Ausgesperrten in den nächsten Tagen sich erhöht. Im Werk werden 8000 Arbeiter beschäftigt.

Ausland.

Gendarmerie gegen Streikende.

In Fraisans (Departement Jura) kam es gestern — wie aus Paris gemeldet wird — zwischen streikenden Eisenhüttenarbeitern und Gendarmen zu einem blutigen Zusammenstoß. Zehn Gendarmen sollen verwundet sein, wieviel Streikende durch Säbelhiebe verletzt wurden, wird nicht gemeldet. Aber triumphierend verkündet eine Meldung von bürgerlicher Seite: Schließlich gelang es den Gendarmen, die Ruhe wieder herzustellen.

XI. Generalversammlung des Deutschen Buchbinderverbandes.

r. Erfurt, 18. Juni.

Sechster Verhandlungstag.

Es entwickelte sich noch eine längere Debatte über die Frage, ob das Verbandsorgan zu vergrößern und event. ein zweiter Redakteur anzustellen sei. Die Debatte führte zu dem Schluß, daß die Zeitung selbst nicht zu vergrößern sei. Aber es solle versucht werden, sie qualitativ noch zu heben, vor allem durch die Heranziehung befähigter Mitarbeiter aus den Reihen der Kollegen. Die Herausgabe einer fachtechnischen Beilage wurde dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Vor allen Dingen aber müsse mehr dahin gewirkt werden, daß von der großen Masse der Mitglieder das Fachorgan auch wirklich gelesen wird.

Von den sonstigen Entscheidungen erwähnen wir: Der Vorstand soll, sofern angängig, auch nichtangestellte Kollegen zu den Kursen der Generalkommission senden; er soll erwägen, bei Neubesetzung eines Beamtenpostens diesen durch eine Kollegin zu besetzen, Gaubeamte in Bahr in B. und Frankfurt a. M. anzustellen. Er wurde verpflichtet, in Zeiträumen von höchstens fünf Jahren eine allgemeine Berufsstatistik herauszugeben. — Zwei Anträge, die die baldige Abhaltung je einer Berufskonferenz für Karton- und Etuiarbeiter verlangen, wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Der 11. Verbandstag erkennt es als eine wichtige Aufgabe an, die Verheerungen durch den Alkoholismus durch Belehrung und praktische Gegenmittel zu bekämpfen.

Er verpflichtet die Mitglieder, sich gemäß den Beschlüssen des Leipziger Parteitags des Schnapsgenusses völlig zu enthalten."

Folgende Gehaltsregelung wurde beschlossen: Das Anfangsgehalt des 1. und 2. Vorsitzenden, des Kassierers und des Redakteurs beträgt 2200 Mk. steigend pro Jahr um 100 Mk. bis zum Höchstbetrag von 3000 Mk. Das Anfangsgehalt der übrigen Angestellten beträgt 2000 Mk., steigend während der ersten drei Jahre um 100 Mk., dann jährlich 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2700 Mk. — Sämtliche Beamte erhalten auf ihren Gehalt vom 1. Januar 1910 eine Zulage von 200 Mk.

Bezieht ein besoldeter Angestellter des Verbands als Abgeordneter oder als Mitglied einer Kommunalverwaltung Diäten, so wird ihm für die Zeit, die er wegen der Ausübung eines solchen Mandats sich nicht seinem Amt widmen kann, nur ein Drittel seines Gehalts ausgezahlt. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die auf die fragliche Zeit fallenden Diäten das einzubehaltende Gehaltsteil wesentlich übersteigen.

Diese letztere Bestimmung findet keine Anwendung auf das Gehalt des früheren Vorsitzenden Dietrich. Dietrich will sich jedoch ebenfalls dieser Bestimmung nicht entziehen. Er wird gemeinsam mit dem Vorstand eine Regelung in dieser Frage treffen, mit der der Verbandstag sich von vornherein einverstanden erklärt.

Dem Vorsitzenden Kloth wurde die Bearbeitung des zweiten Bands der Geschichte des Buchbinderverbands aufgetragen. Zu diesem Zweck hat der Vorstand ihm den nötigen Urlaub zu gewähren.

Dem gesamten Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die besoldeten Vorstandsmitglieder sowie der Redakteur wurden wiedergewählt. Der Sitz des Verbands bleibt in Berlin; der Sitz des Ausschusses in Leipzig; Zipperer-Leipzig bleibt Ausschußvorsitzender.

Der nächste Verbandstag wird in Stuttgart abgehalten.

Die Beschlüsse, wie Beitragserhöhung, Unterstützungsänderungen usw., treten mit dem 1. Oktober in Kraft.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstags erledigt. Brückner-Berlin sprach ein begeisterndes Schlußwort und schloß den Verbandstag mit einem Hoch auf den Verband und die allgemeine Arbeiterbewegung, in das die Delegierten begeistert einstimmten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bauhilfsarbeiter.

Dienstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des **Volkshauses.**

Bericht über die am 14. resp. 15. Juni in Dresden gefällten Schiedssprüche zum Lohntarif und dazu die Antwort des in Berlin am 20. Juni tagenden Verbandstages.

Ein jeder Kollege muß da sein. Ohne Verbandsbuch und Legitimationskarte kein Zutritt.

12112] **Die Leitung.**

Stukkateure.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr

Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht und Neuwahl der Schlichtungskommission. 3. Gewerkschaftsangelegenheiten. [12119] **Die Ortsverwaltung.**

Maler Lackierer u. Anstreicher.

Dienstag, den 21. Juni, abends Punkt ½9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus,** Gesellschaftssaal.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen **Dr. Lensch** über: **Strömungen in der modernen Arbeiterbewegung.** 2. Wie wird unser Tarif eingehalten? 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet [12118] **Der Vorstand.**

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr.

Telephon 3784.

Güldne Aue, Sellerhausen.

Heute Montag, abends 8 Uhr: **Grosses Militär-Konzert** von der Kapelle des **2. Train-Bataillons Nr. 19.** Leitung: Herr Musikdirektor **Hoffmann.** — Gewähltes Programm.

Geehrten Vereinen und Gesellschaften steht mein Saal Sonntags zur Verfügung. [2900*] **Herm. Nacke.**

Bad Kösen Gasthaus zur Tanne

gegenüber dem Bahnhof.

Beliebtestes Aufenthaltslokal aller Leipziger!

Vorzügl. Speisen u. Getränke zu zivilen Preisen. **Chr. Koch.***

Geschäfts-Verlegung.

Einem hochgeehrten Publikum sowie meiner werten, langjährigen geschätzten Kundschaft, Schulen, Gesellschaften und Vereinen die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage mein Geschäft in einen bedeutend größeren Laden desselben Grundstücks verlegt habe. Ich bitte, mir das bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin zu bewahren und sichere schnellste und gewissenhafteste Bedienung bei billigsten Preisen zu. Für die **Reise u. Sommerfeste** empfehle ich ganz besonders mein reichhaltiges Lager nützlicher und tadelloser

Reise-, Prämien- u. Verlosungs-Gegenstände

sowie **Abschießvögel, Sterne, Papierlaternen** mit und ohne Aufschrift, inklusive Stock und Lichte à Dutzend von **70 Pfg.** an. **Tombola, Armbrüste, Stechvögel, Ballfiguren** usw. leihweise und gratis. — **Vereine erhalten entsprechenden Rabatt. Versand auch nach auswärts.** [12113

Max Vogel, Kaufhaus, Leipzig

Südstraße 2c, Parterre und Entresol. — Telephon 6472.

Mareks Wanzenrotter vernichtet **radikal alle Wanzen samt Brut.**
Paket 75 Pfg.
Pfund 2.— Mk.
Derselbe kann auch in die Schlemmkreide und den Roggenkleister vermengt werden.

Mareks Farben sind bekannt als gut trocknend und nicht nachklebend
Fussboden-Oelfarbe streichfert. Pfd. **40** u. **50** ₰
Lackfarbe streichfert. Pfd. v. **60** ₰ an
Gartengrün Pfd. **25** u. **35** ₰
do. streichfert. Pfd. **35** u. **45** ₰

I. Geschäft: **Eisenbahnstrasse 144.** **Adolf Marek** II. Geschäft: **Elisenstr. 67b, Ecke Körnerstr.**

Kavalier

ist die beste Lederputzcrême der Welt. Überall erhältlich

Fabrik Union Augsburg.

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten

Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletts.

Heinr. Rohr, **Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstr. 2 Ecke Wurzner Strasse.**

Achtung! Ferien-Reisen.

Postkarten

in grosser Auswahl von Ausflugsorten in THÜRINGEN, SÄCHSISCHER SCHWEIZ, HARZ, ERZGEBIRGE, BÖHMEN u. s. w.

6 Stück 25 Pfennige
12 Stück 50 Pfennige

sind zu haben in der LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI AKTIENGESELLSCHAFT, Abteilung Buchhandlung, u. den Filialen.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- u. Menschenwelt. Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 20. Juni: 160. Abonnements-Vorstellung (4. Serie, braun):

Zar und Zimmermann.

Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.

Regie: Regisseur Marion. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.

Peter I., Zar von Rußland, als Zimmergeselle unt. d. Namen Peter Michaelow	Hr. Lüpertz	General Lefort, russ. Gesandter	Hr. Staudenmeyer
Peter Iwanow, ein junger Russe, Zim.-Geselle	Hr. Marion	Lord Syndham, engl. Gesandter	Hr. Diabal
van Bett, Bürgermstr. von Saardam	Hr. Kunze	Marquis v. Chateauneuf, frz. Gesandter	Hr. Schroth
Marie, seine Nichte	Frl. Hladnitzer	Witwe Brown, Zim.-Meisterin	Frl. Schläger
		Ein Offizier	Hr. Schumm
		Ein Gerichtsdiener	Hr. Beyer

Braut und Bräutigam. Hochzeitsgäste. Zimmerleute und Einwohner von Saardam. Holländische Offiziere und Soldaten. Magistratspersonen. Matrosen.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ¾10 Uhr. **Kleine Opern-Preise.**

Spielplan: Dienstag: Elektra. Anfang ½8 Uhr.

Altes Theater.

Spielplan: Montag bis Sonnabend: Geschlossen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstraße 19.

Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr:

Gastspiel Anton Franck.

Liebesgewitter.

Schwank in 3 Akten von Léon Xanrof.

In Szene gesetzt von Anton Franck.

Professor Achille Brisolette	R. Scheurmann	Maître Honoré	Hans Leibelt
Jeannine, s. Tochter	Elly Förster	Commandant de Provenchères	Ernst Vorstedt
Prudence, s. Schwester	Adele Hildsch	Joseph, sein Neffe	Eugen Rex
Fernand, Architekt	Otto Groß	Fanny Taupin	Lore Busch
Alfred Carotte, sein Diener	• • •	Pierre	Armin Faber
		Dorothée	Tilli Wöpel

Ort der Handlung: Der 1. Akt spielt in der Wohnung Fernands in Paris, der 2. und 3. Akt in einer Villa im Seebad Saint Lunaire.

•.• Alfred Carotte . . . Anton Franck.

Pause nach dem 2. Akt.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Sommer-Preise. (Inkl. Garderobe.)

Spielplan: Dienstag: Liebesgewitter. Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.

Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr:

Schauspielgesellschaft des Direktors Paul Linsemann (Berlin).

Gastspiel Nina Sandow.

Demimonde.

Komödie in 5 Akten von Alexander Dumas (Sohn).

Regie: Paul Linsemann.

Susanne, Baronin d'Ange	• • •	Marquis von Thonnerins	Max Eckhardt
Vicomtesse von Bernières	Dora Donato	Hippolyte Richond	Bruno Ferrand
Marcelle, ihre Nichte	Stella David	Sophie, Susannes Kammerfrau	M. Freudhofer
Valentine v. Santis	Valeria Verden	Ein Diener bei Olivier	Walter Nieß
Olivier v. Jalin	Max Thomas	Ein Diener bei der Vicomtesse	Franz v. Helmolt
Raymond v. Nansac	Gustav Albert		

Der 1. und 5. Akt spielen bei Olivier, der 2. bei der Vicomtesse, der 3. und 4. bei Susanne.

•.• Susanne . . . Nina Sandow a. G.

Pausen nach dem 2. und 4. Akt.

Kassenöffnung 7¼ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)

Spielplan: Dienstag: Demimonde. Anfang 8 Uhr.

Juni 1910 Battenberg. Juni 1910

The Chong Hee Truppe
Chinesische Gaukler.

Maud Eltons, Hundedressurakt.

D. J. André's
Meissener Porzellan-Bilder.

Emil Solbrig's
Pantomime: „A Day out".

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8¼ Uhr: **Das Heiratsnest.** Lustspiel in 3 Akten von G. Davis.
Morgen: Abends 8¼ Uhr: Gastspiel: Fräulein Else Sturm. Heimat. Schauspiel in 4 Akten von H. Sudermann.

Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein,** Markt 16, und **Paul Pfügner,** neben Battenberg.

Krystall-Palast-Theater

Neuer Spielplan.

Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Krystall-Palast. Theatersaal.

Vaudeville-Saison. Artistische Leitung: **Ferry Körner.**

Abenteuer in Marokko.

Burleske in 3 Akten von Pierre Mallin.

Anfang 8¼ Uhr. — Billetts im **Krystall-Palast** u. bei **Aug. Polloh.**

Neu! Neu!

Deutsche Geschichte

vom Ausgange des Mittelalters

Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende

Von FRANZ MEHRING

Erster Teil :: Preis 1.25 Mk.

Zu haben in der LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A. G. ABTEILUNG BUCHHANDLUNG und deren Filialen.

Wie neu

werden Damen- u. Herrengarderobe durch chemische Reinigung bei

Otto Beck

Leipzig, Lange Strasse 18

Reudnitz, Bergstrasse 3

den Drei Lilien gegenüber

Th., Reitzenhain. Str. 57.

Reparaturen billigst!

Lieferzeit 2—3 Tage.

Reparaturen

an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführ. u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss

Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

Frische harte Land-Butter

½ Pfund-Stück **63** und **65** ₰

D. G. Vogel

Gohlis, Lindenthaler Str. 17.*

Sozialistische Neudrucke

Garantien der Harmonie und Freiheit

von Wilhelm Weitling.

Broschiert Mk. 2.50, gebunden Mk. 3.—.

Gesammelte Schriften v. Wilhelm Wolff

Nebst einer Biographie Wolffs :: von Friedrich Engels ::

Broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—.

Der deutsche Bauernkrieg

von Friedrich Engels.

Broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—.

Diese 3 Werke sind historische Dokumente von hohem literarischen Wert und bilden wertvolle :: :: Stücke jeder Arbeiterbibliothek. :: ::

Zu beziehen durch alle Filialen und Filialgeschäfte der **Leipziger Volksbuchhandlung in Leipzig,** Tauchaer Strasse 19/21 und durch die Austräger der Volkszeitung.

Schirmfabrik

Emil Böhme, Reudnitz

Wurzner St. 13, Ecke Lilienstr.

empfiehlt **Sonnen- und Regenschirme** n. eig. Fabrikat von einfach. bis höchst. Neuheit. Gr. Auswahl in **Spazierstöcken** staun. bill. Reparaturen u. Bezüge schnell u. billig.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die **Expedition** der Leipziger Volkszeitung zu richten.

Familienanzeigen.

Nach längerem Leiden verschied sanft unsere liebe Mutter und Großmutter

Frau verw. Friederike Thier
geb. Hauske
im 85. Lebensjahre.

Leutzsch, 18. Juni 1910.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag, nachm. 4 Uhr, vom Connewitzer Friedhof aus.

Heimgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten, unseres Vaters und Schwiegervaters

Franz Julius Veit

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Gewerkverein Leipzig III, dem Gesangverein Leopoldsteiner und den Chefs und Mitarbeitern der Firma August Fomm für die herzliche Teilnahme und den Blumenschmuck besten Dank.

Völpern, Leipzig, den 19. Juni 1910.

12111] **Die tieftrauernde Witwe nebst Angehörigen.**

Sonnabend, den 18. Juni, abends 8¼ Uhr, verschied nach kurzem schwerem Leiden im Krankenhaus St. Jakob meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Lina Hasch

im Alter von 37½ Jahren. [12137

Leipzig, Körnerstraße 16.

Franz Hasch zugl. im Namen der übr. Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch, früh ½10 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Sonntag abend ½8 Uhr starb nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Henriette Wagner geb. Wolf

im 74. Lebensjahre.

Neureudnitz, Thonberg, Stötteritz, Philadelphia und Wien

19. Juni 1910. Der trauernde Gatte

Wilhelm Wagner nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt. [12126

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Neues Personal.

Ueber Nacht hat „man" sich entschlossen, in Preußen einen andern Landwirtschaftsminister zu ernennen. Warum denn nicht? Ist ja ganz egal, wer Landwirtschaftsminister ist, der jetzige Minister, — wie hieß er doch gleich? — ein gewisser Herr v. Arnim, wenn wir nicht irren, hat sein Amt einige Jahre hindurch im Dienste der Junker recht und schlecht ausgefüllt. Er war die Null, die typisch ist für die preußische Ministerherrlichkeit für Agrarwesen. Wer hat jemals etwas von preußischen Landwirtschaftsministern gehört? Früher war einmal ein gewisser Hammerstein-Loxten lange Jahre Agrarminister. Man sah und hörte nichts von ihm. Und auch der gute Pod, der fette Speckjäger, machte nur durch die Ungeniertheit von sich reden, mit der er die deutsche Sprache und die Grundsätze des politisch-finanziellen Anstands mißhandelte. Der Tippelskirch-Skandal brach ihm schließlich den Hals. Worüber der jetzige brave Mann im Landwirtschaftsministerium gestolpert ist, weiß man nicht. Er welkt dahin, wie die Blume auf dem Felde. An seine Stelle tritt Herr v. Schorlemer, augenblicklich Oberpräsident der Rheinprovinz. Während des Kampfes um die preußische Wahlrechtsvorlage war er im Herrenhause mit einem Antrage auf noch weitere Verhunzung der Vorlage zugunsten der Nationalliberalen hervorgetreten. Es galt, den Sozialdemokraten selbst die wenigen Sitze abzujagen, die sie im preußischen Landtage innehaben. Er ist also ein geschworener Wahlrechtsfeind!

Neben Herrn v. Arnim wurde gleichzeitig noch Herr v. Moltke beseitigt, vielleicht die komischste Figur des ganzen Ministerpersonals. Sein einziges Verdienst war sein Name. Von der Existenz des preußischen Wahlrechtskampfes hat er augenscheinlich gar nichts gemerkt. Die tödlichen Blamagen der Berliner Polizei in diesem Wahlrechtskampf kommen auf sein Konto. Immerhin war es schon eine Leistung für einen preußischen Polizeiminister, daß er sich nicht für die blöde Wahlrechtsvorlage des Herrn Bethmann mit Begeisterung einsetzte oder gar noch versuchte, sie noch blöder zu gestalten. Das wird unter seinem Nachfolger anders werden. Als solcher ist Herr v. Dallwitz bestellt worden, ein typischer Junker vom Schlage des trefflichen Köller. Er gehörte zu den Kanalrebellen des Jahres 1899. Als Landrat hatte er damals gegen die Kanalvorlage der Regierung gestimmt. Er wurde deshalb gemaßregelt. Er gab dann eine längere Gastrolle in Anhalt-Dessau als sogenannter Ministerpräsident, wo er sich als ein wütender Reaktionär und Gegner des allgemeinen Wahlrechts entpuppte. Vor kurzem wurde er nach Breslau als Oberpräsident von Schlesien berufen. Jetzt ist er Polizeiminister in Preußen.

Und mit diesen Leuten komplettiert jetzt Herr Bethmann die Galerie politischer Charakterköpfe, die er in seiner Ministersammlung beieinander hat. Die politische Situation ist so ernst wie möglich. Der Volkszorn über die gemeingefährliche, am politischen Greisenelend verfaulende Reaktion bricht sich bei jeder Nachwahl zum Reichstage immer gewaltiger Bahn. Nitschewo! Tut nichts! Der Nachtwandler im Sessel des Ministerpräsidenten sieht nichts und hört nichts. Neue Reaktionäre, neue Stützen des verfaulten Systems! Das ist sein Programm.

Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Deutsches Reich.

Gegen die Zentralisierung der Krankenkassen.

Die Reichstagskommission zur Beratung einer Reichsversicherungsordnung verhandelte am verflossenen Sonnabend bei dem Kapitel Träger der Versicherung in einer Generaldebatte über die verschiedenen Kassenorganisationen. Unsre Genossen beantragten, für alle Versicherten eine einheitliche Kasse zu errichten. Genosse Molkenbuhr bekämpfte vor allem die Neueinrichtung der Landkrankenkassen, für die eine Anteilnahme der Arbeiter an der Verwaltung ausgeschlossen ist. Die Betriebskrankenkassen übernehmen nur Arbeiter, die in der Regel eine geringere Belastung der Kasse auferlegen, denn die großen Betriebe machen die Einstellung ihrer Arbeiter von einer ärztlichen Untersuchung abhängig; schwächliche Arbeiter werden ausgeschlossen. Die Innungskassen sind oft so kleine Organisationen, daß ihre Leistungsfähigkeit über das Minimalmaß nicht hinausgeht. Eine Leistungsfähigkeit der Krankenkasse ist nur in einer großen zentralisierten Kasse zu erreichen. Eine solche Organisation kann Heilanstalten, Rekonvaleszentenanstalten errichten, sowie die Fürsorge für die Kranken in einem Umfange übernehmen, die heute bei den zersplitterten Kassengebilden nicht möglich ist. Von den Konservativen geht besonders Graf v. Westarp schneidig gegen die Ortskrankenkassen vor, die nach der Meinung des Grafen von der Sozialdemokratie zu politischen Zwecken mißbraucht werden; es sei ganz ausgeschlossen, daß auch die Landarbeiter diesen Kassen angegliedert werden. **Aus politischen Gründen** ist es für die Konservativen ganz undenkbar, einer andern Organisation die Zustimmung zu geben. Die gleiche Ansicht vertritt Abg. Hausmann (nat.-lib.). Staatssekretär Delbrück erklärte, daß die Regierung auf Errichtung der Landkrankenkassen beharrt. Vom Abg. Behrens (Wirtschaftliche Vereinigung) wird eine weitere Zersplitterung der Kassen gefordert, indem er beantragt, für die Handelsanstalten eine besondere Kasse zu errichten. Der Antragsteller zieht seinen Antrag später zurück. Molkenbuhr entgegnet dem Grafen v. Westarp, daß bei dem Inslebenrufen der Arbeiterversicherung von der Anteilnahme der Arbeiter an der Verwaltung ein Zurückdrängen der Sozialdemokratie erwartet würde. Jetzt sagt man umgekehrt, die Sozialdemokraten erlangen Vorteile davon. Einen Beweis dafür, daß die Kassen von der Sozialdemokratie politisch mißbraucht werden, habe Graf v. Westarp nicht gebracht, sondern nur eine nicht bewiesene Behauptung aufgestellt. Das Zentrum erklärt, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Die Kommission nahm mit großer Majorität die Regierungsvorlage an und lehnte damit alle Abänderungsanträge ab. Für die Regierungsvorlage stimmten die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen und der Abg. Behrens.

Der Verrat des Zentrums tritt hiermit völlig unverhüllt zutage. Kostbar ist das Geständnis des Herrn v. Westarp. Die konservativen Herren entblöden sich nicht, gegen die „Politik der Sozialdemokratie in den Krankenkassen" zu wettern, um dann hinzugehen und eingestandenermaßen die konservative „sozialpolitische" Ueberzeugung „aus politischen Gründen" zu schöpfen.

Die Allensteiner Tragödie der preußisch-deutschen Justiz.

Der Mordprozeß gegen Frau v. Schönebeck hat wieder eine Pikanterie des preußisch-deutschen Justizwesens zutage gefördert. Am Freitag spielte sich im Zeugenverhör folgende Szene ab:

Oberstleutnant Tupschenski sagt über das Geständnis Göbens, wonach er den Mord begangen hatte, aus, daß alle drei anwesenden Herren der Ansicht waren, daß es auf Wahrheit beruhe, und er die Frau (v. Schönebeck) auf alle Fälle schonen wollte. „Wir kamen überein, Exzellenz Scotti zu ersuchen, da Göben alle Schuld auf sich genommen hatte, **von einer Verhaftung der Frau v. Schönebeck Abstand zu nehmen. Wir gingen dabei von der Erwägung aus, daß ein Skandal in der Armee vermieden werden müsse.** Ich erinnere mich noch, daß die Unterredung mit folgenden Worten an den Kommissar Wannowski schloß: **„Fahren Sie ruhig nach Berlin, halten Sie dem Kriegsminister Vortrag. Um einen Skandal zu vermeiden, soll Frau v. Schönebeck nicht verhaftet werden.**

Vorsitzender: Hierauf hatte der Minister doch gar keinen Einfluß.

Zeuge: Natürlich sollte er nur seinen Einfluß geltend machen, **soweit es möglich war.**

Es geht aus dieser Aussage unleugbar hervor, daß der Oberstleutnant Tupschenski eine des Mordes verdächtige Frau eher der Strafverfolgung entziehen wollte, als daß er die Geschichtchen und allerdings bedenklichen Amours seines Regiments vor der Oeffentlichkeit sehen wollte. Klarer drückte der als Zeuge vernommene Berliner Kriminalkommissar Wannowski die Beweggründe des Vertuschungsverfahrens aus. Er hatte dem verhafteten Mörder v. Göben den Rat erteilt, selbst „Schluß zu machen", und Göben hatte diesem Rat bekanntlich Folge geleistet, indem er sich im Untersuchungsgefängnis die Kehle durchschnitt. Die Frau v. Schönebeck wollte Wannowski laufen lassen, denn er fürchtete, daß in einem Verfahren viel „Schmutz" aufgerührt würde. Er sagte aus, daß er die Vertuschung wünschte, von der Absicht geleitet, **„möglichst wenig Staub aufzuwirbeln und möglichst wenig Skandal für die Oeffentlichkeit, das Ausland und die sozialdemokratische Presse zu machen".**

Hier fiel der Vorsitzende dem Zeugen mit der Bemerkung ins Wort, er bezweifle, daß der Zeuge zu Aussagen über den Bericht an den Kriegsminister ermächtigt sei. Die Oeffentlichkeit wurde hierauf mit Berufung auf das Staatsinteresse sofort ausgeschlossen. Am Sonnabend ergriff der Vorsitzende noch einmal die Gelegenheit, um gegenüber den Herren von der Presse die am Freitag geoffenbarten Vertuschungsabsichten in Abrede zu stellen und auch der Erste Staatsanwalt stellte fest, daß die Militärbehörde der Anklagebehörde das ganze Untersuchungsmaterial mitteilte. Es ist nur natürlich, daß Herr Wannowski desgleichen das Wort ergriff, um in recht ungeschickter Weise seinen raschen Worten ein plumpes Selbstdementi folgen zu lassen. Dabei führte Wannowski aus:

Ich sagte: Ich kann also wohl nach Berlin fahren und Exzellenz dem Kriegsminister v. Einem in dem Sinne Bericht erstatten, **daß nach meiner festen Ueberzeugung Hauptmann v. Göben in einem Zustand völliger Geistesstörung ist und das Ende der Untersuchung wohl nicht abwarten, sondern Selbstmord begehen wird.**

Also wurde auch dem Kriegsminister berichtet.

Wir fragen: War sich der Kriegsminister klar darüber, daß „völlig" Geistesgestörte das „Ende der Untersuchung" bei eventuellen Selbstmordabsichten kaum pünktlich in Rechnung ziehen dürften? Was dachte sich der Kriegsminister, als Göben den Selbstmord kurz darauf verübte? Bei dem Vertuschungsmanöver handelt es sich nunmehr keinesfalls nur um den Fall Frau Schönebecks. Es muß energisch gefragt werden, **was ist's mit dem provozierten Selbstmord v. Göbens?!**

Vorbeugende Erziehungsarbeit.

Die Kreuzzeitung glaubte die dieser Tage durch die Presse gegangene Meldung, der Kriegsminister habe wegen der zunehmenden antimilitaristischen Agitation, die die Schlagfertigkeit der Armee bedrohe, beim Staatsministerium Vorstellungen erhoben, von oben herab als unsinnig abtun zu können. Zu demselben Thema schreibt nun die Deutsche Tageszeitung:

Daß die heeresfeindliche Agitation in der Jugend wie in der erwachsenen Bevölkerung an den zuständigen Stellen Beachtung gefunden hat, und daß der Wunsch, die schulentlassene Jugend vor der sozialdemokratischen Verhetzung besser als bisher zu bewahren, auch zu **Erwägungen im Schoße des Staatsministeriums** geführt und auch bereits auf die Förderung des Fortbildungsunterrichts wie aller Bestrebungen, die Jugend in gesundem und patriotischem Geiste zu erziehen, eingewirkt hat, ist **ohne Zweifel zutreffend.** Aber von einer besonderen „Vorstellung" des Kriegsministers, wie von einer Erklärung, daß er bei Fortdauer der gegenwärtigen Zustände die Verantwortung für die Schlagfertigkeit des Heeres nicht mehr übernehmen könne, ist **nicht die Rede.** Zu einer Beunruhigung in dieser Beziehung liegt denn doch glücklicherweise trotz der sozialdemokratischen Wühlarbeit noch kein Grund vor. Niemand kann daran zweifeln, daß die Schlagfertigkeit unseres Heeres und daß im ganzen auch der soldatische Geist in unsrer Armee unerschüttert und unantastbar dasteht. Es handelt sich bisher nur darum, vorbeugende Erziehungsarbeit an unsrer Jugend zu leisten, um sie vor Verhetzung und Verwahrlosung besser zu behüten; nicht aber um Maßnahmen, die zur Beseitigung akuter Gefahr nötig wären.

Auf die Tiraden von der „Verhetzung und Verwahrlosung" der Jugend als Folgen der sozialdemokratischen Erziehungsarbeit wollen wir hier nicht eingehen; der Zweck, den das Agrarierorgan damit verfolgt, ist gar zu offensichtlich. Das wesentliche an der Notiz ist die darin enthaltene Bestätigung, daß von der preußischen Regierung mit Einschluß des Kriegsministeriums mit Hochdruck daran gearbeitet wird, die Arbeiterjugend auch nach der Entlassung aus der Volksschule unter der Fuchtel der herrschenden Klassen zu erhalten. Diese Art „vorbeugender Erziehungsarbeit" muß die organisierte Arbeiterschaft anspornen, mit verzehnfachtem Eifer an der Stärkung der freien Jugendbewegung zu arbeiten.

Aus Baden.

A. Der badische Staat plant ein „Kulturwerk", das Murgtal im nördlichen Schwarzwald soll eine riesige Kraftstation in Verbindung mit einer Talsperre erhalten. Um die Idee der großen Murgtalsperre nicht verkümmern zu lassen, fordert heute die Regierung von der Volksvertretung als erste Rate eine halbe Million Mark für die Vorarbeiten. Hoffentlich genehmigt die Kammer den Betrag nur unter der ausdrücklichen Betonung des Grundsatzes, daß das Murgtalkraftwerk als staatlicher Betrieb ins Leben tritt. Denn es ist interessant, authentisch festgestellt zu sehen, daß die Beutegier der Kapitalisten durch eine „maßgebende Persönlichkeit der badischen Regierung" schon vor einigen Jahren genährt wurde. Vor den Landständen liegt eine „Denkschrift über die Errichtung eines Kraftwerkes an der oberen Murg"; das Büchlein ist herausgegeben im Mai d. J. durch die Süddeutsche Diskontogesellschaft A. G. in Mannheim und die Rheinische Schuckertgesellschaft für elektrische Industrie A. G. Beide bemühen sich, im Sinne der Anregung jenes maßgebenden Regierungsmannes den Beweis zu liefern, daß die „Errichtung solcher Werke nicht Sache des Staates, sondern des privaten Unternehmergeistes sein müsse".

Als ausschlaggebend führt die Denkschrift die Tatsache an, daß der obere Teil des Murgniederschlaggebietes dem württembergischen Lande gehöre und daß aus technischen und wirtschaftlichen Gründen das ganze Gebiet in die Talsperre eingezogen werden müsse. **Zu einer solchen Verständigung zwischen Baden und Württemberg käme es aber nur, wenn das private Unternehmertum das Werk baue.**

Also „maßgebende Persönlichkeiten" hüben und drüben, die in erster Reihe Interesse an hohen Dividenden haben.

Berlin, 20. Juni. Der Wert der deutschen **Einfuhr** ohne Edelmetalle betrug im Mai 698,8 Millionen Mark, in den fünf Monaten Januar bis Mai dieses Jahres 3547,9 gegen 3442,1 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr betrug im Mai 576 Millionen Mark, in den fünf Monaten Januar bis Mai 2929,2 Millionen Mark gegen 2517,4 Millionen Mark im Vorjahre. —

In der heutigen Sitzung des **Bundesrats** wurde über die Festsetzung der Gesamtmenge der auf die Kaliwerksbesitzer für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1910 entfallenden Absatzes von Kalisalzen Beschluß gefaßt.

Dem Reichstag wird bereits im November dieses Jahres der Etat für 1911 zugehen. Außerdem harren der Erledigung neben dem Wertzuwachssteuergesetz, der Reichsversicherungsordnung und der Strafprozeßordnung folgende neue Vorlagen: ein neues Friedenspräsenzgesetz, der Entwurf über die Privatbeamtenversicherung, ein Entwurf über die Neugestaltung der Verfassung für Elsaß-Lothringen, eine Novelle zum Staatsangehörigkeitsgesetz, eine Novelle zum Patentgesetz, ein Reichsapothekengesetz, ein Kurpfuschereigesetz, ein Abdeckereigesetz, eine Novelle über Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und das mit der Reichsversicherungsordnung in Verbindung stehende Einführungsgesetz für das Hilfskassengesetz. Außerdem soll noch die Veteranenfürsorge geregelt werden.

Die Kosten für die Veteranenfürsorge sollen nach neuen Meldungen durch Einführung einer abgestuften Wehrsteuer aufgebracht werden.

Amtliches Resultat in Friedberg-Büdingen. Bei der Ersatzwahl im Kreise Friedberg-Büdingen wurden im ganzen 20 351 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Schreinermeister Heinricht Busold (Soz.) 9551 Stimmen, auf Rechtsanwalt Dr. v. Helmolt (Bund der Landwirte) 6395, Professor v. Calker (nat.-lib.) 4397 Stimmen. 8 Stimmen waren zersplittert.

Standeskoller. Am Sonnabend abend fand in Frankfurt a. M. eine Protestversammlung der Zahnärzte gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung statt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich dagegen wendet, daß auch Zahntechniker die Krankenkassenmitglieder behandeln dürfen. Es liege in der Zulassung der Zahntechniker eine „Entrechtung und Mißachtung des staatlich approbierten zahnärztlichen Standes", dazu eine „schwere Gefahr für die Gesundheit des Volkes". So gar groß wird es mit dieser Gefahr nicht sein. Im übrigen sollen doch die Zahnärzte ihr „Standesbewußtsein" ruhig zu Hause lassen, wo es als Mittel benutzt wird, um sich einen unbequemen Konkurrenten vom Halse zu halten.

Kleine politische Nachrichten. Der **Bundesrat** hat die Uebergangsbestimmungen beschlossen, welche vom 1. Juli d. J. ab beim Inkrafttreten der im Branntweinsteuergesetz und im Schaumweinsteuergesetz vorgesehenen Normalsätze für Spirituosen und Schaumwein zur Anwendung kommen sollen.

Türkei.

Vom albanesischen Kriegsschauplatz.

Saloniki, 20. Juni. Der Einmarsch der Truppen in das Gebiet von Malcista ist auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Arnauten an mehreren Orten Widerstand leisteten. Die Truppen verjagten schließlich die Arnauten und nahmen eine Anzahl von ihnen fest. Die Truppen, die von den Bergen herab beschossen wurden, verloren 2 Offiziere und 16 Mann an Toten. Die Truppenmacht besteht aus 27 Bataillonen. Es wurde damit begonnen, die Bevölkerung zu entwaffnen.

Die Forderungen der Türkei in der Kretafrage.

Konstantinopel, 18. Juni. In Beantwortung einer Anfrage über die Resultate seiner Europareise erklärte der Minister des Aeußern Rifaat Pascha, die Besprechungen in London und Paris hätten ergeben, daß die vier Kretaschutzmächte ihre Gesinnungen bezüglich Kretas nicht geändert haben, besonders was die Wahrung der ottomanischen Souveränität betreffe. Dies gehe aus der letzten Note der Mächte an die Kreter hervor. Wir verlangten, fuhr der Minister fort, eine definitive Lösung; die Mächte erklärten, indem sie auf politische Erwägungen hinwiesen, daß die Zeit hierfür nicht gekommen sei. Darüber sind wir mit den Mächten uneinig. Wir setzen die Erörterungen fort und bestehen auf eine definitive Lösung. Der Minister glaube, in ganz Europa eine Verstimmung gegen die Kreter bemerkt zu haben, was für die Türkei vorteilhaft sei. Die Pforte nehme eine feste Haltung ein, Geduld sei aber nötig, die nicht als Schwäche betrachtet werde, weil die ganze Welt wisse, daß die Türkei stark genug sei, um ihr Recht zu wahren. Der Minister wies die Behauptungen der Presse zurück, daß die Haltung Englands der Türkei gegenüber nicht mehr freundschaftlich sei und versicherte, Staatssekretär Grey habe seine Haltung in der Kretafrage nicht geändert. Auch die Haltung der übrigen Kretamächte sei freundschaftlich. Der Minister hob schließlich den Unterschied in der Behandlung der alten und der neuen Türkei seitens der Mächte hervor. Auf eine Anfrage des Kreters Mahmed Ali betreffend die von Rußland vorgeschlagene schiedsgerichtliche Austragung erwiderte der Minister, daß bei solchen Lebensfragen die Anrufung eines Schiedsgerichts undenkbar sei, zumal die Rechte der Türkei unbestritten seien.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Persien.

Kosakenwirtschaft.

Täbris, 18. Juni. Der Generalgouverneur hat die Forderung des russischen Generalkonsuls, wegen der Mißhandlung eines russischen Untertanen durch persische Polizeibeamte eine gemeinsame Untersuchung anzustellen, abgelehnt. Darauf hat der Chef der russischen Truppenabteilung in Täbris in der Straße, wo der russische Untertan mißhandelt worden war, 19 Polizeibeamte durch eine russische Patrouille verhaften lassen, um die Schuldigen festzustellen.

Indien.

Aufruhr.

Kalkutta, 20. Juni. Unter den Afridis ist ein Aufruhr ausgebrochen. Bei einem Vorpostengefecht in der Nähe von Abazi blieben zwei Tote.

Sächsische Angelegenheiten.

Spotten ihrer selbst, die Nationalliberalen, und wissen nicht wie!

Zu dem Ministerwechsel in Preußen schreibt das Leipziger Tageblatt, diese Veränderungen erregten in der politischen Welt ungefähr soviel Aufmerksamkeit, als wenn Herr Erzberger eine Rede halte. „Und das ist das Betrüblich-Charakteristische an unserem Regierungssystem in Preußen-Deutschland, Minister kommen und gehen, und kein Mensch kümmert sich darum außer den paar Beamten, die unmittelbar mit den Herren zu tun haben. Ob sie gehen oder ob sie bleiben, ist ganz gleichgültig, **denn es ist dafür gesorgt, daß ihre Nachfolger desselben Geistes Kinder sind.**"

So ist es in der Tat nicht nur in Preußen, sondern überall in Preußen-Deutschland. Unser reichsdeutscher Konstitutionalismus ist nur Scheinkonstitutionalismus. Das läßt sich noch viel besser als in Preußen in — Sachsen beobachten. Hier ist durch das neue Wahlgesetz die konservative Vorherrschaft gebrochen und die Nationalliberalen sind an die leitende Stelle gerückt. Die Nationalliberalen wissen, daß der leitende Minister Dr. Rüger, der Vertrauensmann der Konservativen, der Mittelpunkt und die Stütze der sächsischen Reaktion ist. Deshalb rufen sie auch in ihrer Presse ein- über das andere mal, daß es erst besser werden könne, wenn diese Säule der Reaktion gestürzt sei. Im Landtage aber ist es gerade die nationalliberale Fraktion, die eine „drahtlose Verbindung" zwischen ihrem Häuptling Hettner und dem Finanzminister geschaffen hat, damit ja nichts gefordert und beschlossen werde, was nicht die Zustimmung des Reaktionsministers Rüger hat. Und da kommt das Leipziger Tageblatt und bezeichnet es als eine betrübliche Erscheinung, wenn bei einem Ministerwechsel an dem Regierungssystem nichts geändert wird! In der Tat, die Nationalliberalen spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Konservative und nationalliberale Industrie- und Arbeiterfreundlichkeit.

Auf der Generalversammlung der Ortsgruppe Leipzig des Verbands sächsischer Industrieller hatte der Vorsitzende dieser Gruppe, der Landtagsabgeordnete Dr. Steche, ausgeführt, daß sich im Landtag eine industriefreundliche Stimmung bemerkbar mache. „Man könne dies als einen Erfolg sowohl des Verbands, als auch der Vertreter der Industrie im Landtag verzeichnen, auch möge man versichert sein, daß die Vertreter der Industrie im Landtag, obwohl diese **gegenüber den Konservativen und den Sozialdemokraten einen schweren Stand hätten**, die Interessen der Industrie und ihres Verbands auch künftig energisch vertreten werden. Vor allem sei es schwierig, die Interessen des Landes zu vertreten für einen Vertreter der Partei der mittleren Linie, noch erschwert dadurch, daß Finanzminister Rüger kein industriefreundlicher Mann sei."

Weil Dr. Steche die Konservativen als industriefeindlich bezeichnet, werfen die Sächsischen politischen Nachrichten, bekanntlich die offizielle Korrespondenz des Konservativen Landesvereins, dem Abg. Dr. Steche vor, direkt die Unwahrheit gesagt zu haben insofern, als aus seinen Ausführungen hervorgehe, daß die konservative Mehrheit der früheren Landtage nichts für die Industrie getan habe. „Vielleicht findet er außerhalb seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter, die ihm so „schwierig und wenig beneidenswert" erscheint, genugsam Muße, einmal die Geschichte der Industrie Sachsens aus den vergangenen Jahrzehnten nachzublättern — er wird dann oft genug die eklatanten Beweise dafür finden, wie der sächsische Landtag und die sächsische Regierung allezeit zielbewußt und energisch alles getan haben, was nur die sächsische Industrie fördern könnte."

Die Korrespondenz dreht dann den Spieß um und wirft Herrn Dr. Steche vor, daß die Konservativen in wichtigen Fragen für die Interessen der Industrie eingetreten seien, während Dr. Steche versagt habe. „Wir möchten aber", so liest man in der Korrespondenz, „die Anfrage an Herrn Steche richten, wo er denn war, als in der Zweiten Kammer der Antrag zur Beratung kam, aus den Kreisen der Arbeiter Arbeiterkontrolleure für die Zwecke der Gewerbeinspektion auszuwählen? Wo war denn da der Vorsitzende der Ortsgruppe Leipzig des Verbands sächsischer Industrieller? Warum überließ er denn neben dem Abg. Dr. Löbner hauptsächlich den geschmähten Konservativen, diesen Antrag auf das energischste zu bekämpfen? Oder ist es etwa Herrn Steche unbekannt, daß die Ausführung eines solchen Antrags **auf das weitgehendste die Interessen der Industrie schädigen müßte und daß eine solche Arbeiterkontrolle bei der Vielgestaltigkeit unsrer sächsischen Industrie überhaupt unmöglich sei?** Ist Herr Steche so wenig über die Anschauungen der Industrie orientiert, daß er nicht weiß, wie die hervorragenden Vertreter derselben diesen Antrag beurteilen? Dann empfehlen wir ihm, die Reden der Herren Reinecker, Waentig und Zweiniger in der Ersten Kammer durchzulesen, die an das Referat von Exzellenz Mehnert sich anschlossen und die diesem Referat eines Konservativen hohes Lob spendeten!"

Wenn irgendwo, so hat die Konservative Korrespondenz dem Abg. Dr. Steche hier unrecht getan, indem sie ihm vorwirft, bei dem Antrag über die Heranziehung von Hilfskräften aus Arbeiterkreisen zur Gewerbeaufsicht nicht die Interessen der Industrie wahrgenommen zu haben. Wenn wir nicht irren, hat Herr Dr. Steche bei der Abstimmung über den Antrag allerdings gefehlt. Doch Herr Dr. Steche hat keineswegs gefehlt, weil er die Bedeutung des Antrags unterschätzt hätte. Herr Dr. Steche steht vielmehr vollständig auf dem Standpunkt der Konservativen in dieser Frage. Als der soziale Ausschuß seinen Bericht erstattete, machte Dr. Steche den nationalliberalen Mitgliedern der Deputation die heftigsten Vorwürfe, daß sie für die Anstellung von Arbeitern bei der Gewerbeaufsicht gestimmt hatten. Wir wissen auch, daß der Vorstand des Verbands der Industriellen in Sachsen, dem auch der Abg. Dr. Steche angehört, sein Mißfallen über die Haltung der nationalliberalen Mitglieder in der sozialen Deputation ausgesprochen hat. Allerdings haben auch die konservativen Mitglieder der Deputation für den Antrag geschimpft. Soweit also die Sozialpolitik in Frage kommt, hat die Konservative Korrespondenz unrecht, wenn sie dem Abg. Steche, und der Abg. Steche, wenn er den Konservativen vorwirft, daß sie die Interessen der Industrie nicht gewahrt haben. In dieser Beziehung sind die Konservativen und Nationalliberalen einander würdig.

Aber auch sonst haben die Nationalliberalen gerade keine Ursache, über die Industriefeindlichkeit der Konservativen zu räsonieren, denn die Nationalliberalen haben ja nicht nur im Reichstag — vgl. Zollpolitik —, sondern auch im Landtag alles mitgemacht, was die Konservativen getan haben, und auch im letzten Landtag haben die Nationalliberalen im Interesse der Industrie nichts unternommen, was nicht auch die Unterstützung der Konservativen gefunden hätte.

Kommunale Wohnungspolitik.

In der Gemeinde Copitz bei Dresden herrscht schon seit längerer Zeit Wohnungsnot. Für sich plante die Firma Gebr. Müller durch den Bau von Arbeiterwohnhäusern dieser Not zu steuern. Mit der Gemeinde hatte die Firma einen Vertrag abgeschlossen, mit dem Bau dieser Häuser spätestens 1911 zu beginnen. Trotz dieser Vereinbarung hat in letzter Zeit die Firma einen andern Plan zur Ausführung gebracht, wodurch die Wohnungsnot noch bedeutend verschärft wird. In der letzten Gemeinderatssitzung fragte Genosse Mettal an, ob der Gemeindevorstand unterrichtet sei über die Massenausmietung in den Häusern, die auf Betreiben der Glasfirma Gebrüder Müller am 1. Juli erfolgen soll, und was der Gemeinderat zu tun gedenke, um der jetzt herrschenden Wohnungsnot entgegenzutreten. Mettal führte weiter aus, die Firma habe an den Gemeinderat ein Gesuch gerichtet, sie von der Verpflichtung zu entbinden, mit dem Bau der Häuser 1911 zu beginnen; der Gemeindevorstand habe diesem Gesuch stattgegeben. Nachdem die Firma die Häuser auf zehn Jahre gemietet hat, werde sie wohl das Bauen der Arbeiterhäuser überhaupt unterlassen. Wohl habe der Gemeinderat mit der Firma eine Haftsumme vereinbart, wenn der Bau 1911 nicht stattfindet, aber diese Summe sei so minimal, daß die Firma sie lieber bezahlen und von dem Bau absehen werde. Der Gemeinderat müsse sich klar darüber werden, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne. Es sei Pflicht des Gemeinderats, den ausgemieteten Einwohnern bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot Unterkunft zu schaffen, und dies sei nur dann möglich, wenn die Gemeinde selbst Arbeiterhäuser baue. Der Vorsitzende führte darauf aus, daß er wohl etwas gehört habe, die Firma Gebr. Müller habe Häuser für ihre Arbeiter mieten wollen, aber daß diese Sache perfekt geworden ist, sei ihm nicht bekannt. Der Gemeinderat habe keine Mittel in der Hand, die Firma zum Bauen zu zwingen. Wenn die Firma 1911 nicht baue, werde die Sicherheitssumme der Gemeinde zufallen. Die Gemeinde könne sich aber keinesfalls selbst mit dem Bau von Wohnhäusern einlassen, da hierzu kein Geld vorhanden sei. Das einzige sei, daß man eine Baugesellschaft gründe und dieser Gemeindeland in Erbpacht gebe. Genosse Mettal erinnerte daran, daß auch andre Gemeinden, in denen Wohnungsnot herrscht, selbst Häuser errichtet haben und dabei ganz gut gefahren seien. Der Vorsitzende meint, er könne sich nicht entsinnen, wie solche Gemeinden damit abgeschnitten haben, aber für Copitz sei ein derartiges Unternehmen mit zu großem Risiko verbunden, da der Gemeinde kein Geld zur Verfügung stehe. Andre Gemeinden, wie Pirna, Mügeln, Heidenau, in denen eine ebensolche Wohnungsnot bestehe, schritten auch nicht ein.

Das ist ja nett! Weil andre Gemeinden nichts zur Abstellung der Wohnungsnot tun, braucht Copitz auch nichts zu tun. Immerhin hat er einen Weg gezeigt, auf dem der Not entgegengewirkt werden kann. Sollte es zur Gründung einer Baugenossenschaft kommen und dieser Gemeindeland zur Verfügung gestellt werden, dann werden natürlich wieder die Hausagrarier über die Konkurrenz schreien, die ihnen mit Unterstützung der Gemeinden gemacht wird.

Unfälle im sächsischen Bergbau.

Nach dem Verwaltungsbericht der Sektion VII der Knappschafts-Berufsgenossenschaft betrug im Jahre 1909 die Zahl der Unfälle im sächsischen Bergbau 4793, das sind 16 Unfälle per Arbeitstag. Im Vorjahr 1908 wurden 4079 oder per Arbeitstag 15,6 Unfälle gemeldet. Von diesem 4793 Unfällen im Jahre 1909 entfällt die große Mehrzahl auf den Steinkohlenbergbau, und zwar 4208, auf den Braunkohlenbergbau kommen 452, auf den Erzbergbau 132 und auf den Kalkbergbau 1. Entschädigungspflichtig wurden 402 Unfälle. Von diesen hatten 57 den Tod, 5 die dauernde völlige, 251 die dauernde teilweise und 89 die vorübergehende Erwerbsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. Von den 57 tödlichen Unfällen ereigneten sich 41 beim Steinkohlenbergbau, 15 beim Braunkohlenbergbau und 1 beim Erzbergbau. Auf 1000 Versicherte kommen sonach 1,74 tödliche und 12,29 entschädigte Unfälle. Im Vorjahre wurden 372 entschädigungspflichtige Unfälle, darunter 42 tödliche, gezählt. Das sind auf 1000 Versicherte 11,42 entschädigte und 1,29 tödliche Unfälle. Die Zunahme beträgt somit bei den entschädigten Unfällen 30 und bei den tödlichen Unfällen 15.

Angesichts dieser Zahlen wagen sich die Grubenunternehmer fortgesetzt zu behaupten, daß die Sicherheitsvorrichtungen im sächsischen Bergbau vollauf ausreichend seien.

Das Gesetz über die Einführung von Sicherheitsmännern beim Bergbau, das in der letzten Landtagssession zustande gekommen ist, wird im Gesetz- und Verordnungsblatte veröffentlicht. In der Ausführungsverordnung wird noch bestimmt, daß der Bergwerksunternehmer, bevor er die Sicherheitsmännerordnung erläßt bezw. ihre Genehmigung beim Bergamte beantragt, zu ihrem Inhalte den ständigen Arbeiterausschuß zu hören hat. Besteht eine solcher nicht, so muß den volljährigen, unter Tage beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden. Der Unternehmer hat dem Bergamte anzuzeigen, in welcher Weise dies geschehen und welche Wünsche dabei geltend gemacht worden sind. — Gleichzeitig wird auch das Gesetz über das Bergschadenrecht veröffentlicht.

Chemnitz. Der Rat hat beschlossen, eine zweistufige Frauenschule zu errichten und sie Ostern 1911 mit einer Klasse zu eröffnen; eine dreistufige Studienanstalt in Verbindung mit der höheren Töchterschule zu errichten und sie, falls genügende Anmeldungen für diesen Zeitpunkt vorliegen, ebenfalls Ostern 1911 zu eröffnen und mit der Einrichtung und dem fortschreitenden Ausbau der Studienanstalt im Einklange mit dem Gesetze über das höhere Mädchenbildungswesen die Vorklassen X bis XIII der höheren Töchterschule nach und nach einzuziehen. Für die höhere Töchterschule und die beiden neu zu errichtenden Anstalten soll ein Neubau errichtet werden.

Oschatz. Vor einiger Zeit wurde gemeldet: „Die Vorarbeiten für die elektrische Ueberlandzentrale Großenhein—Meißen—Oschatz—Döbeln schreiten weiter vorwärts. Bis jetzt haben 780 Gemeinden und Rittergüter ihren Beitritt erklärt. Für die nächste Zeit ist die Fertigstellung des Gutachtens des als Sachverständiger zu Rate gezogenen Professors an der Technischen Hochschule zu Dresden, Kübler, zu erwarten. Das Kgl. Ministerium hat sich bereits günstig zu der Anlage geäußert und seine Genehmigung in Aussicht gestellt." Dieser Tage hat in Gröba bei Riesa eine Versammlung stattgefunden, die sich mit der geplanten Ueberlandzentrale befaßte. Wie dem Oschatzer Tageblatt mitgeteilt wird, hat das Ministerium beanstandet, daß der Gemeindeverband über einen so großen Teil Sachsens ein Monopol ausüben wolle, das den Wettbewerb lahmlege. Für Oschatz ist die Sache insofern von größter Bedeutung, als die Stadt bei der Errichtung ihres Elektrizitätswerkes damit rechnete, auch an die Umgebung Strom abgeben zu können.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Wollreißerei von Staude in Zittau geriet die Arbeiterin Daniel mit dem einen Arm in eine im Gange befindliche Maschine, wodurch der Arm **fürchterlich zerquetscht und verstümmelt** wurde. Der 20 Jahre alten verheirateten Verunglückten wurde der Arm bis über das Ellenbogengelenk abgenommen. — In Sebnitz fand man den 16jährigen Handelsschüler R., den einzigen Sohn eines Blumenfabrikanten, in der Schlafstube des elterlichen Hauses in Hertigswalde **erhängt** vor. — Unter dem Verdacht, seiner Geliebten Schwefelsäure **ins Bier** gegossen zu haben, wurde in Großenhain ein Husar in Haft genommen und nach Dresden eingeliefert. — In Furth bei Chemnitz wurde das dreijährige Töchterchen des Metallstanzers Barthold unter einem Schleifstein **tot aufgefunden.** — Durch Großfeuer wurde die Streichgarnspinnerei und Wollwarenfabrik der Firma Paul in Reichenbach **völlig zerstört.** Eine Arbeiterin büßte bei dem Brande ihr Leben ein. Der Inhaber war wegen finanzieller Schwierigkeiten vor einigen Wochen freiwillig aus dem Leben geschieden. — Mit einer gefährlichen Kopfwunde wurde die Bergarbeitersehefrau Vogel aus Neuwiese auf dem Feldwege von Oelsnitz nach Neuwiese von dem Revierförster Speck aufgefunden. Zweifellos liegt ein **Sittlichkeitsverbrechen** vor, da die Ueberfallene ihre Barschaft und eingekaufte Waren noch bei sich hatte. Der Arzt stellte eine schwere Schädelverletzung fest. Die Frau ist 25 Jahre alt und Mutter von fünf Kindern. — Der Baumeister Gebhardt, Besitzer der bekannten Sommerfrische Leuchtenmühle bei Jocketa, **stürzte, schlug mit der Stirn auf, wurde bewußtlos, fiel in einen Teich und ertrank.**

Aus den Nachbargebieten.

Ein „notwendiger" Protest.

So überschreibt sich — natürlich ohne Anführungszeichen — ein Leitartikel des in Dessau erscheinenden Anhaltischen Tageblatts. Dieses Blatt ist das Organ der Fortschrittlichen Volkspartei. Der Protest richtet sich gegen den „Führer" der Fortschrittlichen Volkspartei, den Rechtsanwalt Dr. Cohn, der kürzlich in einem Prozesse dem Oberbürgermeister Dr. Ebeling eine empfindliche Schlappe beigebracht hatte. Es wurde dem Oberbürgermeister nachgewiesen, daß er von den Stadtverordneten als „Schafköpfen" und „Banausen" gesprochen und den Dr. Cohn einen Judenlümmel genannt hat. In den Berichten über die Gerichtsverhandlung in der freisinnigen Presse, die offenbar auf Dr. Cohn zurückzuführen sind, wird Dr. Cohn als der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in Dessau herausgestrichen und der Oberbürgermeister Dr. Ebeling als Antisemit gekennzeichnet. Gegen diese Darstellung wendet sich der „notwendige Protest" im Anhaltischen Tageblatt. Am meisten wendet sich dieser Protest gegen die ständige Bezeichnung des Dr. Cohn als den Führer der Fortschrittlichen Volkspartei. Diesen Widerspruch wird man verstehen, wenn man weiß, daß der Besitzer des Anhaltischen Tageblatts der fortschrittliche Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landesvorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei ist, der es nicht verwinden kann, daß Dr. Cohn sich als den alleinigen Führer bezeichnet oder bezeichnen läßt. Man könne Dr. Cohn nur als einen Führer der Fortschrittlichen Volkspartei ansprechen. Nachdem die Darstellung dieser Rangstreitigkeiten in ziemlich breiter Weise erledigt worden ist, wird Protest dagegen erhoben, daß der gegen Dr. Ebeling eingeleitete Feldzug eine Angelegenheit der Fortschrittlichen Volkspartei sei; es sei im Gegenteil lediglich als eine Privataktion des Dr. Cohn aufzufassen. Dr. Cohn habe seine Aktion unternommen, ohne die Parteileitung zu unterrichten. Dann nimmt aber der Protest den Bürgermeister Dr. Ebeling gegen den Vorwurf in Schutz, daß er Antisemit sei. Diese Entdeckung habe Dr. Cohn erst gemacht, als es zum Bruche zwischen ihm und dem Oberbürgermeister Ebeling gekommen sei. Schließlich wirft das Anhaltische Tageblatt, oder vielmehr sein Herausgeber Artl seinem Parteigenossen Dr. Cohn Tendenzmacherei vor, weil er den Ebelingprozeß, den er gegen den Willen seiner Parteigenossen inszeniert hat, in der auswärtigen Presse zu einer Parteiaktion aufgebauscht habe. Das Anhaltische Tageblatt tritt ganz offen für Ebeling gegen Dr. Cohn, diesen Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, auf und rät, erst den Ausgang des Prozesses in der Berufungsinstanz abzuwarten.

Auch der Anwalt Dr. Ebelings, Rechtsanwalt Dr. Ascher, veröffentlicht im Anhaltischen Tageblatt eine lange Erklärung, worin er das erstinstanzliche Urteil für unhaltbar erklärt; er rechnet damit, daß die zweite Instanz das erstinstanzliche Urteil umstoßen werde. Wir sind natürlich etwas andrer Ansicht; da zwei Zeugen beschworen haben, daß Dr. Ebeling die beleidigenden Aeußerungen gebraucht hat, so ist nicht gut anzunehmen, daß die zweite Instanz das Urteil der ersten Instanz umstoßen werde. Ein Oberbürgermeister aber, der mit den Bürgern so umspringt wie Dr. Ebeling, ist als Oberhaupt einer Stadt unmöglich. Wenn wir heute auf die Sache zurückgekommen sind, so geschah es nur, weil der Artikel des Anhaltischen Tageblatts auf erbauliche Zustände in der Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei in Dessau schließen läßt.

Ein „brauchbarer" und „tüchtiger" Beamter.

Im Jahre 1908 war von der Tochter eines Einwohners in Trotha, Anna Möbius, auf dem dortigen Polizeibureau eine Uhr als gefunden abgeliefert und von dem Polizeisergeanten Georg Konrad in Empfang genommen worden. Auf eine Anfrage hatte er dem Mädchen bedeutet, daß es nach Ablauf eines Jahres wiederkommen und seine Ansprüche an den Fund geltend machen könne, wenn die Uhr nicht abgeholt würde. Statt den vorgeschriebenen Fundbericht ordnungsgemäß mit dem Namen der wirklichen Finderin zu versehen, hatte Konrad sich selbst als Finder eingetragen. Dem Vater der Finderin, der sich im Laufe der Zeit einmal nach dem Verbleib der Uhr erkundigte, hatte der Angeklagte wahrheitswidrig angegeben, daß die Uhr von einer armen, alten Frau abgeholt worden, die nicht einmal imstande sei, die paar Pfennige Finderlohn zu zahlen. In Wirklichkeit war die Uhr aber gar nicht abgeholt. Sie wurde vielmehr dem Polizisten am 30. August 1909 als verfallen ausgehändigt. Der Vater der Finderin erhielt später Kenntnis von den unehrlichen Manipulationen des Polizisten und wandte sich mit einer Beschwerde an den vorgesetzten Wachtmeister, der eine Untersuchung einleiten mußte. Nun machte Konrad den Versuch, eine Frau Heinrich zu veranlassen, daß diese beim Wachtmeister eine falsche Aussage über den Verbleib der Uhr machen solle. Ferner legte Konrad auf das Pult seines Vorgesetzten ein Schriftstück, um bei letzterem den Anschein zu erwecken, als sei Möbius in seiner Abwesenheit nochmals auf dem Polizeibureau gewesen. Aus dem Schreiben sollte hervorgehen, daß Möbius durch das Zurückerhalten der Uhr nunmehr zufriedengestellt sei. Aber dieses Schriftstück war fingiert, denn in Wirklichkeit war Möbius gar nicht wieder auf dem Bureau gewesen, sondern er wurde eines Tages von Konrad auf der Straße angehalten, der ihm mit den Worten: „So, hier haben Sie die Uhr, nun halten Sie die Schnauze!" das Fundobjekt zurückgab. Dies geschah aber erst im Februar 1910, also fünf Monate später, nachdem der im Schwindeln so gewandte Polizist wieder in den Besitz der Uhr gelangt war.

Der Wachtmeister hatte inzwischen Meldung von dem Vorfalle erstattet und so kam die Sache vor das Schöffengericht Halle, das gegen K. auf — — 5 Mark Geldstrafe wegen Betrugs erkannte. Infolge dieses Urteils, das der Verurteilte anerkannte, denn er legte keine Berufung ein und zahlte die ihm zudiktierte Strafe, kam die Sache vor das Kriegsgericht, das die Frage zu prüfen hatte, ob Konrad nach dem Vorgefallenen noch würdig sei, königlich preußischer Unter[illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

degradiert werden. Wachtmeister Uras schilderte den angeklagten Polizisten als einen sehr guten Beamten, **der nur (!) etwas leichtsinnig und oberflächlich sei.** Oberpolizeiinspektor Weydemann sprach sich über die Qualifikation seines Untergebenen in ähnlichem Sinne aus und fügte hinzu, daß ihm bereits eine Disziplinarstrafe von 50 Mark auferlegt worden sei. Auf eine Anfrage erklärte Weydemann ferner, daß Konrad seinen Abschied als Polizist erhalten würde, wenn das Kriegsgericht die Degradation aussprechen sollte. Das Kriegsgericht sorgte aber dafür, daß der Hallescher Polizei dieser Mann erhalten bleibt. Es fällte sein Urteil dahin, daß es den Angeklagten **nicht für unfähig hält, fernerhin Unteroffizier zu bleiben,** da seine Führung als Soldat sehr gut und er sich auch später als brauchbarer und tüchtiger (!) Beamter erwiesen habe. Deshalb sei von seiner Degradation abzusehen.

Der selbst von seinem Vorgesetzten als leichtsinnig und oberflächlich bezeichnete Polizist Georg Konrad wird also noch weiter auf das Hallesche Publikum losgelassen, er bleibt Vizefeldwebel und kann auch seine Rolle im Kriegerverein weiterspielen.

Magdeburg. Bei dem kürzlich beendeten Bäckerstreik beschloß die Zwangsinnung, alle Meister, die das sogenannte Bewilligungsplakat des Verbandes der Bäcker und Konditoren in ihren Verkaufsräumen aushängen, in eine **Ordnungsstrafe von 20 Mark für jeden Tag der Zuwiderhandlung** zu nehmen. Die Innung gab sich redlich Mühe, durch Versendung zahlreicher eingeschriebener Briefe die Ordnungsstrafen einzutreiben. In einer Anzahl von Fällen gelang ihr das auch, bei einigen Bäckermeistern wurde sogar zur Pfändung geschritten. Schließlich beschwerte sich aber ein Meister bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat der Stadt. Und dieser hat die Beschwerde für begründet und die Ordnungsstrafen für ungültig erklärt. Der Innungskassierer muß also jetzt das zu Unrecht eingezogene Geld wieder herausrücken.

Altenburg. Der Gemeinderat in Pölzig wählte unsern Genossen Friedrich Saupe mit 5 von 11 abgegebenen Stimmen zum Gemeindevorsteher. Weitere 4 Stimmen erhielt der Zigarrenfabrikant Robert Bauch und zwei Stimmen wurden für den Gutsbesitzer Karl Reinhardt gewählt. Ob Genosse Saupe Gemeindevorsteher wird, das hängt nun natürlich von der Regierung ab. — Vor zwei Jahren wurde bereits in Löbschütz ein Sozialdemokrat zum Gemeindevorsteher gewählt, der natürlich — nicht bestätigt wurde.

Aus der Umgebung.

Ammikleeberg. Unfall. Der 35 Jahre alte Former Ernst Schmidt hackte sich beim Zerkleinern von Feuerholz mit dem Beil ins rechte Bein und verletzte sich so schwer, daß er sofort in das Leipziger Krankenhaus gebracht werden mußte.

Oetzsch. Schuppenbrand. Auf dem Bauhof des Baumeisters Dilbelt brach gestern früh in der 7. Stunde in der Leimkammer eines Schuppens Feuer aus. Da der Brand sofort bemerkt wurde, gelang es der freiwilligen Feuerwehr, das Feuer zu löschen, ehe größerer Schaden angerichtet wurde.

Rötha. Bauunfall. Auf dem Amtsgerichtsneubau stürzte am Freitag nachmittag der Tischlergehilfe Johann Hillen, der auf dem Treppenflur arbeitete, so unglücklich vom Podest ab, daß er die linke Hand brach und er sich eine schwere Rückenverletzung zuzog. Von dem hinzugezogenen Arzte wurde der Verunglückte mittels Automobils in das städtische Krankenhaus übergeführt.

Lützen. Die Polizei an der Arbeit. Vor kurzem wurden die Genossen Ballstädt und Löwe als Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins mit je 15 Mk. Strafe bedacht. Gegen diese Strafverfügungen wurde vor dem hiesigen Schöffengericht Widerspruch erhoben. Vor Gericht machte Genosse Ballstädt geltend, daß es sich um das Vergnügen einer geschlossenen Gesellschaft gehandelt habe, wozu eine Genehmigung der Polizei nicht notwendig ist. Er wies ferner darauf hin, daß die vom Verein eingesetzte Kommission (Bildungsausschuß) die Veranstaltung getroffen habe, wozu Löwe nicht gehört, aus diesem Grunde auch keine Verantwortung zu tragen habe. Die Polizei hatte aber drei junge Mädchen gefunden, die als Zeugen aussagten, Eintrittskarten im Vorraum des Saals entnommen zu haben. Nach dieser Aussage wurde die Berufung des Genossen Ballstädt verworfen, es blieb bei 15 Mk. Geldstrafe, während Genosse Löwe kostenlos freigesprochen wurde, weil das Vergnügen nicht vom Vorstand, sondern vom Bildungsausschuß arrangiert war. Der Herr Bürgermeister soll in seiner Eigenschaft als Amtsanwalt gegen die Freisprechung Löwes Berufung eingelegt haben.

Wegen gleichen Delikts standen nun die Genossen Jahn, Jonas und Weinhold als Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Radfahrervereins vor demselben Schöffengericht. Auch diese Genossen waren mit je 10 Mk. belegt worden. Hier hatte man merkwürdigerweise genau dieselben Zeugen ausfindig gemacht, mit genau denselben Aussagen. Genosse Jonas wies durch ärztliches Attest nach, daß er zur Zeit des Vergnügens krank war. Genosse Weinhold machte geltend, daß er beim Vergnügen nicht anwesend war, er habe als stellvertretender Vorsitzender nie die geringste Tätigkeit entfaltet. Von den Zeugen konnte auch nicht nachgewiesen werden, daß Weinhold anwesend war. Dem Herrn Amtsanwalt paßten allerdings diese Verteidigungsgründe nicht, er beantragte für alle drei Angeklagten Verwerfung der Berufung. „Merkwürdig", sagte er, „die Vereine haben alle Vorstände, keiner will etwas getan haben, das geht nicht." Das Gericht war andrer Meinung. Die Genossen Jonas und Weinhold wurden kostenlos freigesprochen, während die Strafe des Genossen Jahn von 10 auf 20 Mk. erhöht wurde. Die Erhöhung der Strafe begründete der Amtsgerichtsrat Sichting damit, daß er meinte, die Vereine schienen die Umgehung der Polizeiverordnung sehr leicht zu nehmen, es müsse deshalb eine exemplarische Strafe erfolgen.

Breitenfeld. Gesperrt. Der Kommunikationsweg von Breitenfeld nach Podelwitz in der Rittergutsflur Breitenfeld wird vom 20. d. M. ab auf 14 Tage für den Fahrverkehr gesperrt.

Mockau. Für Grundstücksbesitzer. In einer Bekanntmachung des Gemeindevorstandes werden die Grundstücksbesitzer aufgefordert, alle in ihren Grundstücken befindlichen Sammelgruben, Einfallschrote und Schlammfänge, die mit den Ortsschleusen in Verbindung stehen, innerhalb 2 Wochen und spätestens bis zum 4. Juli 1910 zu räumen. Nach Ablauf dieser Frist werden diese Anlagen — wie alljährlich — einer ortspolizeilichen Revision unterzogen werden.

Paunsdorf. Verkehrshindernis. Seit etwa sechs Wochen lagen auf der linken Seite der fiskalischen Dresdner Straße in Paunsdorf eine ganze Reihe Stein- und Sandhaufen, die zur Neubeschotterung dieser Straße Verwendung finden sollen, und hindern den gerade dort sehr lebhaften Fahr- und Fuhrverkehr. Man fragt sich vergeblich, warum denn die Ausführung dieser Arbeiten so lange auf sich warten läßt. Wenn irgend ein Hausbesitzer in der Dresdner Straße eine Fuhre Sand auch nur zwei Tage vor seinem Grundstücke liegen lassen würde, könnte er sicher sein, von der Amtshauptmannschaft ein Strafmandat zu erhalten.

Naunhof. Aus dem Stadtgemeinderat. In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Stadtgemeinderats wurde ein Baugesuch des Kaufmanns Holzwarth um Genehmigung zur Errichtung eines Landhauses an der Waldstraße gegenüber der König-Albert-Straße bedingungsweise befürwortet. — Gegen den vom Ofensetzer Engert beabsichtigten weiteren Ausbau des Dachgeschosses zu Wohnungen in dem Neubaugrundstück an der Mühlgasse wurden keine Bedenken erhoben. — Die Verpachtung der diesjährigen Kirschennutzung soll unter der Hand zu den abgegebenen Geboten erfolgen. — Ein Gesuch des Gasthofsbesitzers Dürichen um die Genehmigung zum Aufstellen von Säulen vor seinem Grundstück wurde unter den bereits auferlegten Bedingungen und mit dem Zusatze genehmigt, daß die Säulen im Winterhalbjahr zu beseitigen sind. — Für die Ratsexpedition sollen bei Herrn Reisegerste als dem Mindestfordernden 50 Stück Aktenrettungssäcke zu dem angebotenen Preise von 2.90 Mark je Stück bestellt werden. — Nach den Beschlüssen des Bauausschusses sollen die Maler- und Maurerarbeiten an die billigsten Bewerber vergeben werden. Für die Maurerarbeiten kommt der Baumeister Herfurth in Frage. Im Hause Markt 98 sollen zwei Zimmer für den Straßenwärter und die Krankenschwester ausgebessert und auf dem Boden ein Verschlag eingerichtet werden. Die Ausschreibung und Vergebung der Arbeiten soll durch den Bauausschuß erfolgen. Die Veränderung der nach dem Wießnerschen Grundstück führenden Schleuse soll mit Rücksicht auf die bevorstehende Beschleusung unterbleiben. — Die Lieferung des Belags für die Ratswage wurde Baumeister Herfurth als dem Mindestfordernden übertragen. — Von der Mitteilung des Kirchenvorstandes über die Ausschreibung der Totengräberstelle mit einem Jahresgehalt von 650 Mark und der Dienstanweisung für den Totengräber und den Friedhofswärter wurde Kenntnis genommen. Eine Auseinandersetzung mit dem Kirchenvorstande über die Besetzung der Totengräberstelle soll nicht erfolgen. Der Stadtgemeinderat behält sich vielmehr alle ihm gesetzlich zustehenden Rechte vor. Die Angelegenheit wurde bis nach einer vom Kirchenvorstande zu erbittenden Auskunft über die Obliegenheiten des Totengräbers vertagt. — Auf Ersuchen des Kirchenvorstandes wurde beschlossen, das etwa 60 Ar große Kiesgrubengrundstück zur Erweiterung des Friedhofs abzutreten unter der Bedingung, daß dafür der 38 Ar große alte Friedhof ausgetauscht wird. — Schließlich wurde noch beschlossen, den Gasrohrstrang in der Schillerstraße um 12 Meter verlängern zu lassen, damit die Straßenlaternen künftig an die richtige Stelle gesetzt werden können. — Es folgte noch eine geheime Sitzung, in der einige Gesuche und Armensachen erledigt wurden.

— Die Pflichtfeuerwehr hält Mittwoch, den 22. Juni, abends ½9 Uhr, Sonntag, den 17. Juli, früh 7 Uhr, und Mittwoch, den 24. August, abends ½9 Uhr, Uebungen ab. Zu diesen Uebungen haben die Mannschaften aller Züge am Spritzenhaus anzutreten. Die Armbinden sind bei jeder Dienstleistung, also auch bei den Uebungen anzulegen. Das ungerechtfertigte Versäumen dieser Uebungen, sowie das Fehlen der Armbinden wird bestraft. Entschuldigungen sind schriftlich spätestens zwei Tage nach der Uebung bei dem Zugführer abzugeben.

— Die Abtretung der Weststraße an die Stadtgemeinde Naunhof ist von einer Versammlung der Grundstückszusammenlegungsgenossenschaft einstimmig beschlossen worden. Dabei wurde jedoch gewünscht, daß die noch nicht mit Wasser versorgten Straßen, insbesondere die Weststraße, sofort nach dem Vertragsabschluß mit Wasser versorgt werden, daß die Stadt Leipzig, ebenso die übrigen Anlieger der Weststraße, das Land, soweit es zur Verbreiterung einmal gebraucht wird, sofort unentgeltlich abtreten, und daß alsbald auf der Weststraße ein Fußweg hergestellt werde.

Eilenburg. Was uns noch fehlte. Jedenfalls, um einem „dringenden Bedürfnis" abzuhelfen, soll hier eine Ortsgruppe des berühmten Reichswahrheitsverbandes gegründet werden. Eine ganze Reihe Einwohner — natürlich nur solche, die man für völlig harmlos und „würdig" hält — haben folgendes Schreiben erhalten:

Eilenburg, den 15. Juni 1910.

Herrn ...., Eilenburg.

Die Unterzeichneten laden die Wähler aller nationalen Parteien zu einer politischen Versammlung für Montag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, nach dem Saale des Hotels Deutscher Kaiser ein. Es ist die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie geplant.

Referent: Herr Generalsekretär Michaels aus Halle.

Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes bitten wir dringend um Ihr Erscheinen.

Boelke, Kaufmann. H. Bönicke, Fabrikbesitzer. Dietrich, Gutsbesitzer. Donner, Stadtgutsbesitzer. Franke, Arbeitersekretär. Gehrhardt, Gütervorsteher. Ed. Gottlaß, Arbeiter. Hädrich, Stadtrat. Henze, Kaufmann. Kissing, Schmiedemeister. Knack, Schmiedemeister. Knopf, Obertelegraphenassistent. Leupold, Buchhalter. Heinr. Müller, Tischlermeister. Noack, Schlossermeister. Pollner, Klempnermeister. Bejall, Oberpostschaffner. Springer, Oberpostsekretär. Sperling, Glasermeister. Dr. Schmidt, Tierarzt. Schmidt, Lehrer. Schurad, Schmied. Uhde, Lehrer. O. Uhde, Schlosser. Dörkel, Gärtnereibesitzer. Weigelt, Malermeister. Paul Weise, Schlosser.

Diese Einladung ist als Ausweis zur Versammlung mitzubringen.

Neben Leuten von „politischer Bedeutung", mit akademischer „Bildung" und praktischen Kenntnissen in der Ochsen- und Schweinezucht fehlt es auch nicht an dem unvermeidlichen Renommierarbeiter. Dagegen vermissen wir die Namen einiger bürgerlicher Kampfhähne, die durch ihre bisherige politische Tätigkeit schon im Voraus die Anwartschaft auf einen Ehrenposten in dem neuen Verein erworben haben. Welchen Zweck die Gründung eigentlich haben soll, ist nicht recht ersichtlich. Denn mit schmutzigeren Mitteln wie bis jetzt, kann die Arbeiterschaft in Zukunft auch nicht bekämpft werden.

Schkeuditz. Haftstrafen gegen Armut. Der Schlosser Gustav L. von hier war in seiner früheren Wohnung mit der Miete rückständig geblieben und deswegen verklagt worden. Laut Vertrag sollte er die Miete in Raten abbezahlen, widrigenfalls er sofort exmittiert werden sollte. Als L. plötzlich außer Arbeit kam, konnte er nicht bezahlen und wurde auf die Straße gesetzt. Er fand Unterkommen im städtischen Armenhause, wurde aber zugleich aufgefordert, sich eine andre Wohnung zu suchen. Da sich aber in ganz Schkeuditz kein so menschenfreundlicher Hauswirt fand, der dem mittellosen L. ohne sofortige Bezahlung eine Wohnung einräumte und ihm ermöglichte, diesem „Befehle" nachzukommen, erhielt L. nicht etwa die tatkräftige Unterstützung der Behörden, sondern **ein Strafmandat über eine Woche Haft.** L. hatte gerichtliche Entscheidung beantragt. Vor Gericht beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, es bei der Haftstrafe zu belassen, obwohl L. nachweisen konnte, daß er sich die größte Mühe gegeben hatte, ein Unterkommen zu finden, was ihm auch zum 1. Juli gelungen sei. Das Gericht folgte aber dem Antrage des Staatsanwalts nicht, sondern sprach L. frei.

— Eine Prämie auf die Verletzung der Arbeiterschutzbestimmungen. Die in der Gewerbeordnung niedergelegten Arbeiterschutzbestimmungen scheinen für viele Unternehmer nicht zu existieren. Besonders die Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter wird nach wie vor in der krassesten Form betrieben, was allerdings nicht verwunderlich ist bei der Milde, die die Gerichte gegenüber den Leuten walten lassen, die sich an Leben und Gesundheit der Arbeiter versündigen. Wie rücksichtsvoll die Gerichte gegen skrupellose Unternehmer verfahren, dafür einige Beispiele: Die Kürschnermeister Karl und Richard Brand haben seit Ostern 1909 bis 5. Mai 1910 den Lehrling Stichler an Sonn- und Festtagen mit „Aufräumungsarbeiten" in der Werkstelle beschäftigt. Das Urteil des hiesigen Schöffengerichts lautete für die geständigen Angeklagten auf je 10 Mark Geldstrafe. Beantragt waren je 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tage Gefängnis. Eine zweite Strafsache gegen dieselben Angeklagten, in der sie beschuldigt wurden, am Karfreitag und den Sonntagen vorher drei Lehrlinge bis nachmittags 2 Uhr in ihrer Werkstatt beschäftigt zu haben, mußte zwecks Zeugenladung vertagt werden. — Die Kürschnermeister Hermann Thronicke, August Zausch und Franz Pabst von hier sollen in den letzten Jahren **Arbeiter unter 16 Jahren länger als 10 Stunden und ohne Gewährung der vorgeschriebenen Pausen,** ferner Sonntags, auch am Karfreitag, diese mit nicht unbedingt notwendigen Arbeiten beschäftigt und außerdem der Kürschnermeister Pabst zwei Arbeiterinnen Sonntags beschäftigt haben. Die Angeklagten gaben zu, Sonntags verschiedentlich Arbeiten, meist unaufschiebbare, vorgenommen zu haben, bestreiten aber, die gesetzlichen Pausen nicht eingehalten zu haben. Der Amtsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tage Haft und gegen Pabst außerdem noch 10 Mark Geldstrafe eventuell 2 Tage Haft. Das Urteil des Schöffengerichts lautete gegen die Angeklagten wegen Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren über 10 Stunden und wegen unerlaubter Karfreitagsarbeit auf **je 15 Mark Geldstrafe.** — Bei derartigen „Strafen" kann man es verstehen, daß die Schutzbestimmungen ganz ungeniert umgangen werden. Kommt doch die lächerlich geringe Strafe gar nicht in Betracht gegen den Profit, den die Unternehmer durch die Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen in die Tasche stecken.

Gerichtssaal.

Der Mordversuch in der Liviastraße.

Wegen falscher Anschuldigung hatten sich heute früh der Gastwirt Hermann Schmidt, Nordstraße 5, und der Kellner Karl Trebs zu verantworten, die beschuldigt sind, den Markthelfer Engst wider besseres Wissen als den Täter des am 24. März, morgens ¾7 Uhr, stattgefundenen mörderischen Ueberfalls auf das Dienstmädchen Marie Hulda Seifert in der Liviastraße bei der Polizei angezeigt zu haben. Engst ist infolgedessen am 1. April in Haft genommen worden. Wegen eines Eigentumsvergehens ist Engst jedoch in Haft behalten worden. Nachdem sich die Unschuld Engsts herausgestellt hatte, wurden Schmidt und Trebs angeklagt, wissentlich eine falsche Anzeige gemacht zu haben.

Gastwirt Schmidt hat bei der Behörde angegeben, daß Engst in der Nacht zum 23. März in sein Lokal gekommen sei. Er habe einen Fliederstrauß gehabt und sei schmutzig gewesen; Engst habe sich die Hände gewaschen. Gastwirt Schmidt sagt, ihm sei der Gedanke gekommen, daß Engst mit der Mordtat in Verbindung stehen könne; er habe daher mit seiner Frau das Handtuch nachgesehen, an dem sich Engst die Hände abgetrocknet hat; es fanden sich an dem Tuche Blutspuren, die jedoch, wie seine Frau ihm sagte, auch von Hühnerblut herrühren könnten, da sie zuvor Hühner geschlachtet habe. Er habe durchaus nicht lediglich, um sich die Belohnung zu verdienen, die Anzeige erstattet, sondern er habe es für seine Pflicht gehalten, die Behörde von seinem Verdacht zu benachrichtigen.

Engst hat bestritten, einen Fliederstrauß gehabt zu haben, er habe sich auch nicht bei Schmidt gewaschen. Schmidt erklärt aber, daß er durch das Leugnen von Engst noch in seinem Verdacht bestärkt worden sei. Er hat auch angegeben, daß der Kellner Trebs den Fliederstrauß in der Hand gehabt habe. Trebs habe ihm die Vorgänge bestätigt. Die beiden Angeklagten halten die Wahrheit ihrer der Behörde gemachten Angaben aufrecht und betonen, daß es ihnen nicht um die Belohnung zu tun gewesen ist. Engst hat zugegeben, daß er abends in Schmidts Lokal einigemal gewesen sei und gespielt habe. Aber er habe die Nacht zu Hause geschlafen und habe zu der Zeit, als die Mordtat passierte, noch im Bett gelegen. Auch die Mutter Engsts hat das bestätigt. Ihr Sohn sei dann ins Geschäft gegangen.

Angekl. Schmidt erzählt, er habe, als Engst in seine Wirtschaft gekommen war, gesehen, daß E. etwas in Papier geschlagen in der Hand trug, das wie ein Strauß aussah. Kurze Zeit darauf habe der Kellner Trebs den Fliederstrauß in der Hand gehabt. Er habe gehört, wie Engst gesagt hat, den Strauß schaffe er morgen zu einem Mädchen. Der Strauß lag später auf dem Podium. Als Engst später wiederkam, habe er einen Briefbogen von ihm verlangt und geschrieben. Er habe aber den Brief zerrissen, sei dann wieder fortgegangen, um sich einen andern bunten Briefbogen zu holen, da er an ein „Herzchen" schreiben wollte. Gegen 4 Uhr morgens seien seine sämtlichen Gäste, unter ihnen auch Engst, fortgegangen. Engst sei aber nochmals zurückgekommen, sei aufs Podium geklettert und er glaubt, daß E. dort den Fliederstrauß geholt habe. Früh gegen 6 Uhr kam ein Unbekannter, der ihm, dem Angeklagten, tags zuvor eine Mappe zum Aufbewahren gegeben hatte, um sich die Mappe abzuholen. Zwischen 7 und 8 Uhr sei Engst gekommen, habe ihm seine schmutzigen Hände gezeigt und gesagt, er habe gearbeitet. Engst habe gebeten, sich waschen zu dürfen. Der Angeklagte habe angenommen, daß Engst gleich um 4 Uhr von ihm aus zur Arbeit gegangen sei. In der Nacht vom 29. zum 30. März habe er (Schmidt) nicht schlafen können und da habe er über die Mordtat nachgedacht und sich gefragt, ob nicht etwa in seinem Lokal sich eine verdächtige Person gezeigt habe. Da seien ihm die Vorgänge mit Engst ins Gedächtnis gekommen, und er sah sich daher veranlaßt, die Anzeige zu machen. (Die Verhandlung dauert fort. Es sind 15 Zeugen geladen.)

*

Für den Freund gebrummt. Der Schlosser Joh. Dorn sollte eine vierwöchige Gefängnisstrafe verbüßen, hatte dazu aber keine Lust und beredete seinen Freund, den Fleischer Bruno Richard Hermann Sensch aus Berlin, für ihn die Kleinigkeit abzumachen. Dieser fand sich gegen eine Entschädigung von 100 Mk. dazu bereit. Am 26. März stellte sich nun Sensch zum Strafantritt für seinen Freund Dorn. Als S. 20 Tage abgebrummt hatte, kam man dahinter und warf ihn zum Tempel hinaus. Dafür aber stellte man ihn vor Gericht wegen Betruges, weil die Staatskasse, auf deren Kosten er 20 Tage lang gefüttert worden ist, dadurch um 11.40 Mk. geschädigt wurde. Die Strafkammer aber hielt sich nicht für zuständig, weil S. auch eine Urkundenfälschung begangen hat, indem er im Gefängnis das Aufnahmeprotokoll mit dem Namen „Dorn" unterschrieben hat. Sensch, sein Freund Dorn und noch ein Dritter mit Namen Hamerand, der den Sensch ebenfalls zugeredet hat, für Dorn ins Gefängnis zu gehen, haben sich nun nächstens vor dem Schwurgericht zu verantworten.

Schöffengericht.

Aus der Zeit des Fensterputzerstreiks rührt eine Anzeige gegen den Cafébesitzer K. auf dem Königsplatz her, den ein Arbeitswilliger, der sich von ihm für bedroht hielt, eingereicht hatte. K. war darüber erregt, daß die Arbeitswilligen so mangelhafte Arbeit lieferten, außerdem aber hatten sie sich auch durchaus nicht anständig aufgeführt. Als die arbeitswilligen Fensterputzer im Nebenhause beschäftigt waren, kamen sie den-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

noch zu ihm in die Küche, um sich warmes Wasser zu holen. Hierüber war K. erzürnt; es kam zum Wortwechsel auf der Straße, in dessen Verlauf K. zu dem Arbeitswilligen Bünger sagte: „Ich schlage Sie mit dem Kopf gegen den Laternenpfahl, daß er in Stücke fliegt.“ K. wurde wegen Bedrohung angeklagt und zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Körperverletzung und Widerstand. Gefesselt vorgeführt wurde der 27jährige Dachdecker Max Lindau, der wegen Gewalttätigkeiten bereits häufig bestraft ist, darunter mit vier Jahren Gefängnis wegen einer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Weiter waren angeklagt seine Schwester, die Malerehefrau Martha Schönemeyer und der 18 Jahre alte Konditor Walter Beerschneider. Ein anderer von den Angeklagten, Oscar Lindau, hat es vorgezogen, gar nicht vor Gericht zu erscheinen, und das Verfahren gegen die noch minderjährige Erna Lindau wurde abgetrennt und dem Jugendgericht überwiesen. Die Angeklagten haben am 29. März in der Sophienstraße den Arbeiter Fl. mit Füßen getreten und mit einem Stock geschlagen, ebenso auch den Werkmeister Sch. mißhandelt. Als der Schutzmann H. erschien, haben sie ihm Widerstand geleistet. Max Lindau wurde mit einem Monat Gefängnis, die Schönemeyer zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Beerschneider wurde freigesprochen.

Aus der Partei.

Zur Abstimmung der Zweiten Badischen Kammer über das neue Gesetz der Gemeinde- und Städteordnung erschien ein Bericht in der Parteipresse, der feststellte, daß sämtliche 20 sozialdemokratische Abgeordnete unter den Stimmen des einheitlichen Kammervotums eingeschlossen sind. Das ist nicht der Fall; es fehlten bei der Abstimmung 6 Genossen, davon hatten sich, wie die Schwäbische Tagwacht mitteilt, 3 entfernt, welche grundsätzlich nicht für einen Wahlmodus mit der Dreiklassen-Einteilung stimmen wollten.

8. **Wendelin Weißheimers Begräbnis.** 20—30000 Arbeiter gaben am Sonntag auf dem Zentralfriedhof in Nürnberg dem verstorbenen Genossen Wendelin Weißheimer das letzte Geleit zum Grabe. Die kolossale Teilnahme der Arbeiter an der Beisetzung der Leiche zeigte, daß Weißheimer einer der ihrigen war.

Genosse Wendel von der Frankfurter Volksstimme wurde wegen eines Hochs vor dem Bismarckdenkmal in Frankfurt vom Schöffengericht zu sechs Wochen Haft verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung war von Erfolg begleitet. Die Strafkammer hob am Sonnabend das Urteil erster Instanz auf und sprach den Genossen Wendel frei.

Zum internationalen Kongreß. Die Berliner Genossen nahmen am letzten Dienstag abend Stellung zum internationalen Kongreß in Kopenhagen und wählten die Delegierten zum Kongreß.

Im 1. Wahlkreis behandelte Genosse Bernstein die Durchführung der Kongreßbeschlüsse. Es müsse den einzelnen Ländern überlassen bleiben, wie weit sie die Grundsätze und Richtlinien des Kongresses praktisch durchführen wollen. Zur Frage der Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften bemerkt Genosse Müller im 2. Wahlkreis, das belgische Muster sei bei uns nicht nachzuahmen. Im 5. Wahlkreis ging Genosse Friedländer auf das Verhältnis der Genossenschaften zur Partei ein. Die Neutralität der Genossenschaften dürfe nicht zu weit getrieben werden, sie dürfe keine andere sein wie die Neutralität der Gewerkschaften. Die internationale Hilfeleistung sei so zu organisieren, daß das internationale Sekretariat ermächtigt werde, die einzelnen Länder zu bestimmten Leistungen anzuhalten. Doch werde das nicht viel helfen, da das Sekretariat nicht die Macht habe, die Durchführung von Kongreßbeschlüssen zu erzwingen. Im 6. Wahlkreis wies Genosse Ledebour auf die Notwendigkeit hin, in der Einwanderungsfrage zu einem klareren Beschluß zu kommen als der letzte internationale Kongreß; die letzte internationale Resolution habe die Sache mehr verschleiert als grundsätzlich entschieden. Er betonte die Wichtigkeit der internationalen Aktion gegen die Todesstrafe, vor allem wegen des in Rußland herrschenden weißen Schreckens und wegen der Bestrebung der französischen kleinbürgerlichen Demokratie, die Todesstrafe wieder einzuführen. Zum Punkt „Schiedsgericht und Abrüstung“ wurde folgender Antrag angenommen:

„Der internationale sozialistische Kongreß wolle beschließen: Zur Verwirklichung der sozialistischen Friedensbestrebungen sind die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien aller Länder aufzufordern, in den parlamentarischen Körperschaften Anträge einzubringen und zu befürworten, die auf eine internationale Vereinbarung aller Staaten zur gleichzeitigen Einschränkung der Seerüstungen und zur Beseitigung des Seebeuterechts abzielen.

Auch eine Stuttgarter Parteiversammlung nahm vor einiger Zeit Stellung zum Internationalen Kongreß. Der Referent Genosse Bullmer nannte die Tagesordnung sehr unklar und meinte, zu mehreren Punkten wäre eine Begründung notwendig gewesen. So sei unklar der Punkt Internationale Hilfeleistung, unter dem man sich sehr viel, aber auch sehr wenig vorstellen könne. Ebenso der Punkt Resultate der Arbeiterschutzgesetzgebung. An sich sei die Besprechung der Arbeiterschutzgesetzgebung absolut notwendig, doch sei diese Fassung nicht gut brauchbar. Es könnten die Arbeitslosenfürsorge, die Resultate der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Achtstundentag und der 1. Mai sehr wohl in einem Punkte der Tagesordnung zusammen behandelt werden. Für wünschenswert hielt er auch die Behandlung des politischen Massenstreiks auf dem Internationalen Kongreß. Die Amsterdamer Resolution sei ungenügend. Außerdem sei es eine dringende Notwendigkeit, daß der Kongreß sich mit den freien Jugendorganisationen befasse.

Die Leipziger Genossen werden bekanntlich Anfang nächsten Monats zum Internationalen Kongreß Stellung zu nehmen haben.

Die tschechischen Parteiorgane haben jüngst den nichttschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Vorwürfe gemacht, daß sie nicht für den Antrag auf Unterstützung des Komensky-Vereins (zur Unterstützung tschechischer Schulen in andersprachigen Gebieten) gestimmt haben, wie die tschechischen Sozialdemokraten es getan haben. Darauf wurde von der Parteileitung aus geantwortet, daß es sich hier keineswegs um irgendeine Feindseligkeit gegen diese Schulzwecke handle, daß aber mit derartigen kleinen Einzelmitteln in der Schulfrage nichts getan sei. Es müsse eine grundsätzliche gesetzliche Regelung dieser Frage zugunsten der Minderheiten sämtlicher Nationen erfolgen. Da eine endgültige Entscheidung dieser wie der übrigen nationalen Streitfragen erst durch ein umfassendes, auf freier Vereinbarung aller Nationen beruhendes Gesetz erfolgen kann, das heute noch in weiter Ferne liegt, hat der Vorstand des Sozialdemokratischen Verbandes jetzt beschlossen, dem Abgeordnetenhause behufs einstweiliger Beseitigung der unfruchtbaren Schulkämpfe und Hetzereien einen Antrag auf allgemeine finanzielle Unterstützung der Minderheitsschulen überhaupt vorzulegen. Der Antrag fordert, daß bis zur endgültigen Regelung der Errichtung der Organisation und des Lehrplans der nationalen Minderheitsschulen ein jährlicher Betrag von drei Millionen Kronen zur Unterstützung: a) der Gemeinden, die durch die Errichtung solcher Schulen für die Angehörigen andersprachiger Nationen stark belastet werden; b) der nationalen Vereine, die die Errichtung solcher Schulen für die Angehörigen ihres Volkes in fremden Sprachgebieten bezwecken, bewilligt werde. Dieser Betrag soll den 8 Nationen (Deutsche, Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowenen, Serbo-Kroaten, Rumänen und Italiener) im Verhältnis ihrer Kopfzahl zugewiesen und von den Vertretern derselben im Abgeordnetenhaus verwaltet werden. Zur Durchführung des Gesetzes soll das Abgeordnetenhaus in acht nationale Abteilungen zerlegt werden, die als nationale Parlamente ihrer Volksgenossen zu gelten haben. Die Schaffung der nationalen Kurien innerhalb des Parlaments bedeutet den Anfang der grundsätzlichen, von unserm Genossen Dr. Renner begründeten Gliederung des Reichs in sichselbstverwaltende nationale Körperschaften, die ihre eigenen Kulturangelegenheiten selbständig erledigen.

Aus der Jugendbewegung.

Internationale Jugendbewegung. In Bulgarien beginnt sich die sozialdemokratische Jugendbewegung seit einem Jahre stark auszudehnen. Derzeit existieren bereits 20 Vereine, die zusammen 835 Mitglieder zählen. In Sofia bestehen drei Organisationen, die stärkste hat ihren Sitz in Warna. Die Jugendvereine sind der Parteiorganisation eingegliedert und unterhalten gegenseitig rege Beziehungen. Auf dem vorjährigen Parteitag wurde bereits die Frage der Errichtung eines Zentralverbandes der Jugendvereine besprochen. Im Juli soll eine Konferenz stattfinden, auf der die Gründung vollzogen werden soll. Dann wird sich die neue Organisation der internationalen Verbindung anschließen.

Die aufstrebende Jugendorganisation in Rumänien besitzt schon ihr eigenes Organ, das vorderhand freilich einen sehr bescheidenen Umfang hat. Es heißt Foaia Tanarului und ist im April zum erstenmal in einer Auflage von 1000 Exemplaren erschienen. Der Parteitag, der anfangs Februar stattgefunden hat, nahm eine Resolution an, die die Genossen zur Förderung der Jugendorganisation verpflichtet.

In Zürich hat sich ein sozialdemokratischer Schulverein gebildet, der Sonntagsschulen für Arbeiterkinder errichtet und in einer Broschüre: Was wir wollen! ihren Zweck erläutert. Sie sollen die Kinder so erziehen, daß sie befähigt werden, klassen- und zielbewußt für den Sozialismus zu kämpfen. Es werden sechs Klassen errichtet, in die die Kinder vom 6. bis zum 15. Lebensjahr eingeteilt werden. Die Absolventen sollen auf die Notwendigkeit der Abstinenz aufmerksam gemacht und als Mitglieder der Jugendorganisation gewonnen werden, deren Mitglieder sich vielfach in den Schulen betätigen.

Die Junge Garde in Belgien hielt am 12. Juni ihren Jahreskongreß ab. Die wallonische Föderation konnte berichten, daß sie in 68 Gruppen 5000 Mitglieder zähle. Sie hat kürzlich eine Broschüre: Militarismus und Sozialismus erscheinen lassen, deren Verfasser Genosse Jaunaux, der Redakteur des Jugendorgans, ist.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Bereits quittiert	8677.85
Dietrich, Connewitz	3.—
Kegelklub Die Gerechten, Gohlis	1.05
Vierte Sammelwoche der Steinarbeiter von Beucha	27.15
Tollerts Betrieb	33.20
Arbeiterradfahrerbund, Belgern	10.—
Quasselköpfe, Paunsdorf	2.10
Die letzten Pfennige von 7 Aktiven der 2. Landwehrkompanie des Regiments 139 in Döbeln	1.52
M. S.	1.—
Voller Setzkasten	—.50
Ein Gastwirtsgehilfe beim Dicken, Großzschocher	—.85
Radfahrerverein Wanderlust, Wahren	15.—
Crostitzer und Röthaer Arbeiterradfahrer, Nachtausflug, Stadt Leipzig, Rötha	3.50
Stammgäste und Wirt zur engen Weste, Promenadenstraße 38	2.90
Sieg Usedom-Wollin (Wette zwischen W. und P.) W. hat gewonnen	2.—
Unbekannt aus dem Oberdorf	5.—
Von der „Zigarrenmarke“ Dicker Fritz, Antonienstr. 26	3.—
A. B., Gaulis bei Rötha	5.—
Expedition, 6. Rate	6.80
Ausflug der Firma R. S. u. Co.	1.20
Sportelkassensturz des Arbeiterzithervereins L.-West, Sitz Kleinzschocher	3.—
Emils Gewinn am 12. Juni	—.70
Bäckermeister Schmieding, Oetzsch	1.—
Würstchen-Heinrich, Markranstädt	3.—
Streit um die Palme, Markranstädt	2.40
Turnverein Gerichshain und Umgegend, M. d. A.-T.-V., Extratour beim Schauturnfeste	4.20
Johann als Verführer nach der Ortsvereinsversammlung Wiederitzsch im Nordpol	3.—
Streitköpfe, Morgenröte, L.-Gohlis, Dominó	1.—
Böttcher und Gäste	2.—
Der Wirt	1.—
Achtung, 's kimmt Freibier	1.50
Summa:	8825.42

Leipzig, 20. Juni 1910. Die Expedition.

„Das gute Riebeck-Bier.“

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Norden.
Möbl. Zimmer f. 3—4 Mk. in der Nähe des Berliner Bahnhofs v. jung., sol. Herrn s. sof. gesucht. W. Empf. an J. Zettl, Yorkstr. 30, IV.

Verkäufe und Käufe.

In Blauners Monatsgarderoben-Geschäft, Reichsstr. 41, nur I. Etg., kauft man, wie in Leipzig bekannt, billig und gut Jackett- u. Rockanzüge, Sommer-Paletots, einzelne Beinkleider, Jacketts, eleg. Fracks u. Gesellschafts-Anzüge, auch leihweise. Knaben-Garderobe billig.

1 Massanzug 16 Mk. Mod. Dess. Must. fr.* Jos. Hacker, Rathhof 17

Teppiche mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen. Salzgässchen 7, Hof I. *

Achtung! Nur von feinsten Herrsch., Million., Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen, feinste Maßarbeit, reine Wolle Anzüge d. 70-100 gekost., j. 8, 12, 16, 24 Sommer-Ueberzieher teilweise auf Seide gearbeitet. Hosen, Jacketts spottbillig. Eleg. Gesellsch.-Anzüge sehr billig auch leihweise. Mandel Tauchaer Str. 22, I. [*

Küchen-Handtücher grau, gesäumt, à Stück 30 Pfg. Elisab. Heidorn, Dorotheenstr. 2.

Hygien. Frauenartikel sowie Frosch, Kinderfegen u. kein Ende 30 ₰, bei Warenkauf umsonst. Auf Bestellung komme ins Haus. K. G. Otto, Schl., Sen.-entr. 88, pt.*

Reelle neue Betten Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., b. Selmar Kraft, Lindenau, Markt.

Möbel Gelegenheitskäufe! neu u. gebr., spottbill. Gerberstr. 5, I., Obenbigler.*

Sofa, Schr., Vert., Spiel- u. Schlafzimm. v. b. Klzsch., Klarastr. 6, p. l.*

Sofa, Chaisel., Kdrbett, Bst. m. M., Vert., Kchschr., Tl. Ll., Holbeinstr. 5 b, pt.

Guterh. Säulen-Plüschsofa und Stegtisch, g. bill. Weststr. 6, H. pt.*

Gartenmöbel, Triumph-Stühle, Chaiselongue, Reisekörbe s. billig. Auerbachs Hof. [*

300 Schallplatt. à 80 ₰. Sprechm.-Fabrik Büsche, Körnerstr. 1, p.*

Bandoneon, 100 doppeltön., zu vk. Volkm., Bogislawstr. 4, H. I.

Strickmaschinen u. alles Zubehör kauft man am vorteilhaft. nur bei K. Zwicke, L.-Lindenau, Felsenkellerstraße 6. [2950*

Torp.-Frl.-D.-Rad 65 M. Kirnerstr. 1.*

Laufdecken u. Luftschläuche! Nur frische Garantie-Ware! Kein Ramsch, keine Warenhaus-Ware, wirklich billig. Bayersche St. 6, 1. Hof, kein Laden. Willibald Fleischer.*

G. Sitz- u. Liegewagen bill. zu vk. Lindenau, Odermannstr. 4, II. l.

H.- u. Gesch.-Wg. Nabet 50. Tel. 6974.

Billige, gute Speisekartoffeln runde weiße, per Ztr. 1.60 M ab Lager, auch billige Futterkartoffeln offeriert [11670* Hans Eitner, Roscherstr. 6a.

Gr. Auswahl präm. Kanarien, hochf. Sommerrübs. sowie alle Sort. pa. Vogelf., Ameisenei, Mehlw., gr. Käfiglager, v. 20 ₰ an. Max Kraft, Vogelfutterhdlg., Querstr. 17.

Aquarien u. all. Zubeh., Fische, Pflanzen etc. lief. zu bekannt billigst. Preis.* A. Glaschker, Tauch. Str. 26, Tel. 13390. Hohl- u. Tafelglas en gros, en detail.

Zuchtkaninchen billig zu verkauf. Anger, Roßbachstr. 4, IV. l.

E. Käferstein Neuschönefeld, Kirchstr. 77

süsser Sommerrübsen I 10 Pfd. 2.50 M, Ztr. 23 M, II, f. Qual., 10 Pfd. 2.25 M, Ztr. 19 M sowie alle Futterarten in feinster Mischung. Kanarienzüchter erhalten bei Abnahme von 5 Pfund Großpreise. Fußringe mit Nr., 100 Stück 1 M. Chinesische Nachtigallen und Ziervögel in großer Auswahl. Aquarien und Terrarien, Tiere, Pflanzen, Sand, Erde. *

Bettfedern-Reinig. u. Versf. billigst G. Funke. Neud., Riebeckstr. 7a. *

Kaufe Kanarien-Weibchen, alte und junge, sowie alte Hähne jeden Posten zum Export. Ernst Fischer Tauchaer Straße 15. [12037

Arbeitsmarkt.

Büfett-Tischler finden dauernde Beschäftigung. Nur erstklassige, erfahrene Kräfte werden berücksichtigt. [12125 Saalfeld, Helmstedt.

Kräftiger Klempnerlehrling sofort gesucht. Bauklempnerei Ackermann, Plagwitzer Str. 19.*

Einen Glaser-Lehrling sucht Friedrich Wilke, Mittelstraße 14.

Tücht. Waschfrau f. jede Woche ges. Näh. Schl., Schnorrstr. 24, p. l.

Aelt. unabh. Frau w. tagsüb. z. Kl. ges. Z. m. Thüring. Str. 2, III., Raupp.

Aufwartung f. d. ganz. Tag sof. ges. Friedrich-List-Str. 7, Zumpe.

Junges Mädchen wird z. etwas Hausarbeit u. 1 Kind auszufahr. gesucht. Neudn., Oswaldstr. 3.

Kräft. Schulmädchen z. Hausarb. sof. ges. Li., Henriciстr. 7, II. l.

Unterricht.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit H. Papst, Dufourstr. 22 * Spez. f. ältere Damen u. Herren.

Privat-Tanz-Unterricht erteilen schnell, perfekt u. billigst sowie gänzlich ungeniert [* Kurt Welz u. Frau im Café Bahnhofsschänke, Klotzsche-Cheer, Bahnhofstr.

Vermischte Anzeigen.

Entlaufen glatthaarig., braun-weiß gefleckt. Jagdhund mit Steuermarke 7270. Gegen Belohnung abzuliefern an Färberei Hugo Luckner 12124] Wahren.

Ihre Anzüge w. wie „neu“ gereinigt u. gebügelt, Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkartegenügt an Wäscherei „Undine“ Döllitz-Leipzig.

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt Leipzig, Antonstr. 14.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Juni.

Geschichtskalender. 20. Juni 1792: Ludwig XVI. setzt die phrygische Mütze auf. 1800: Der Mathematiker und Epigrammatiker Abraham Gotthelf Kästner in Göttingen gestorben (* 1719). 1849: Der Lustspieldichter Franz von Schönthan in Wien geboren. 1897: Der Naturforscher Johann Japetus Smith Steenstrup in Kopenhagen gestorben (* 1813). 1898: Audorf, der Dichter der Arbeitermarseillaise, gestorben.

•

Sonnenaufgang: 3,39, Sonnenuntergang: 8,24.
Monduntergang: 1,56 vorm., Mondaufgang: 6,27 nachm.

•

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Juni:
Nordwestliche Winde, veränderliche Bewölkung, kühl, kein erheblicher Niederschlag.

Theorie und Praxis.

Im nächsten Jahre findet in Dresden vom Mai bis Oktober eine Internationale Hygiene-Ausstellung statt. Diese Ausstellung soll die Fortschritte, die namentlich in den letzten Jahrzehnten in den hygienischen Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung auf allen Gebieten des Lebens erzielt worden sind, zur Darstellung bringen und die Lehren dieser Wissenschaft für die Allgemeinheit nutzbar machen. Auch die Gemeinden werden um ihre Beteiligung an dieser Ausstellung gebeten und — so schreibt der Rat der Stadt Leipzig — „die Gemeinden, die bisher schon allen Bestrebungen auf Vervollkommnung der Einrichtungen zur Förderung der Gesundheit und Wohlfahrt ihrer Einwohnerschaft die regste Aufmerksamkeit zugewendet haben, dürften denn wohl auch ausnahmslos diesem Unternehmen Interesse entgegenbringen, dessen hohe Bedeutung für die Volksgesundheit ein solches Interesse durchaus rechtfertigt."

Aus diesen Gründen hält der Rat der Stadt Leipzig es für notwendig, daß sich auch Leipzig in würdiger Weise beteiligt, um so mehr, als auch die anderen großen Städte des Auslandes ihre Fortschritte auf hygienischem Gebiete auf der Ausstellung vorführen werden. Es ist geplant, daß das Pfleg- und Jugendfürsorgeamt, das Baupolizeiamt B, das Betriebsamt, die Gartenverwaltung, das Hochbauamt, das Schulamt, das Tiefbauamt und das Gesundheitsamt die Ausstellung beschicken. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 10 000 Mk. sollen die Stadtverordneten schon in ihrer nächsten Sitzung bewilligen.

An und für sich wäre gegen die Bewilligung von öffentlichen Mitteln zu diesem Zwecke nichts einzuwenden, die Stadtverwaltungen können bei derartigen Veranstaltungen ungemein viel Anregungen empfangen. Aber, werden schon einmal zu solchen Zwecken öffentliche Gelder verwandt, dann muß auch verlangt werden, daß das Gute, was derartige Ausstellungen bieten, auf örtliche Verhältnisse übertragen wird und Verwendung findet. Damit sah es bisher aber sehr windig aus. An zahlreichen Beispielen haben wir dieses schon nachgewiesen und könnten jeden Tag weitere Beispiele dafür erbringen. Ja, der Rat der Stadt Leipzig enthebt uns der Mühe und bringt Beweise dafür, daß er bisher nur wenig von solchen Veranstaltungen gelernt hat. Er fordert nämlich zum Bau eines Forsthauses an der Koburger Chaussee die Summe von 40940 Mk. und begründet die Vorlage mit der „allgemeinen Baufälligkeit" des alten Gebäudes. Bereits seit einigen Jahren hat der Ratsförster Klage darüber geführt und mit ärztlichen Zeugnissen bewiesen, daß die alte Wohnung gesundheitsschädlich ist. Obwohl der Förster wiederholt um Abhilfe gebeten hat, ist der Rat erst nach Jahren dazu gekommen, eine Vorlage auszuarbeiten, die den Wünschen des Ratsförsters Rechnung tragen soll. Eine weitere Vorlage wünscht die Erweiterung der Unterkunftsräume für die Straßenreinigungsarbeiter an der Platostraße und an der Kaiser-Friedrich-Straße. Die bisherigen Räume entsprechen keineswegs den Ansprüchen. Muß doch z. B. ein 20 Quadratmeter großer Raum genügen, um zeitweise 40 Mann als Aufenthalt zu dienen. Am Morgen müssen sogar 100 Mann in diesem Raume antreten. Jetzt soll dieser Raum auf 55 Quadratmeter vergrößert werden. Sollte zu diesen Forderungen etwa die Hygieneausstellung den Anstoß gegeben haben? Es wäre doch auch zu blamabel, wenn die Stadt Leipzig auf der Ausstellung Erfolge für ihre „mustergültigen Einrichtungen" einheimste und sich nachher herausstellte, daß so vieles noch im argen liegt. Das könnte den Personen, die sich, theoretisch wenigstens, lebhaft für die Fortschritte in hygienischer Beziehung interessieren, in der Praxis aber fünfe gerade sein lassen, unangenehm werden, und deshalb kommen schnell noch einige Vorlagen, die jahrelang bestehenden Uebelständen abhelfen sollen. Damit aber wollen wir nicht behaupten, daß alle Wünsche damit erfüllt werden. Im Gegenteil, sehr viel bleibt zu tun noch übrig und manch ansehnlicher Betrag, der nutzlos verausgabt wird, könnte dazu verwandt werden, bessere hygienische Einrichtungen auf diesem oder jenem Gebiete zu schaffen. Wenn die Ausstellung in Dresden nach dieser Richtung befruchtend auf die Leipziger Stadtverwaltung wirkte, so wäre das mit Freuden zu begrüßen.

14. Verbandstag der Baugenossenschaften.

Die Verhandlungen am Sonnabend begannen mit einem Referat des Verbandsrevisors Schütz über die vorgefundenen Mängel bei den Verbandsrevisionen. Es knüpfte sich daran eine rege Aussprache, die ein öffentliches Interesse jedoch nicht beansprucht.

Sodann sollte eine Mustergeschäftsordnung für Aufsichtsrat und Vorstand beraten werden. Der Vorstand hatte einen Entwurf ausgearbeitet, der in der Hauptsache Auszüge aus dem Genossenschaftsgesetz enthielt. Da der Entwurf den Genossenschaften vorher nicht vorgelegen hatte, aber noch viele Mängel — besonders auch in sprachlicher Beziehung — enthält, wurde er zur nochmaligen Durcharbeitung an den Vorstand zurückgewiesen. Den Genossenschaften soll Gelegenheit geboten werden, sich zu dem Entwurf zu äußern, bevor er auf dem nächsten Verbandstag zur Beratung gelangt.

Die Beratung eines Mustermietvertrags sollte den Schluß der Tagung bilden. Aber auch diese Beratung konnte nicht zu Ende geführt werden. Der von Geheimrat Miese ausgearbeitete Entwurf fand lebhaften Widerspruch, besonders bei den Arbeitervertretern. Nur die ersten zwei Paragraphen wurden besprochen, während der Entwurf zwölf Paragraphen enthält. Der Vertragsentwurf gibt dem berichtigten Hausbesitzervertrag durchaus nichts nach. Er enthält rigorose Bestimmungen und übergroße Härten. In der Debatte kamen die Gegensätzlichkeiten zwischen den einzelnen Delegierten oft scharf zum Ausdruck. Während die Arbeitervertreter einen wirklichen Mustervertrag haben wollten, der frei von kleinlichen Dingen ist und nur große allgemeine Gesichtspunkte enthält, stellten sich eine Anzahl Delegierte auf den Standpunkt, daß der Vertrag möglichst viel Bestimmungen enthalten soll. Da eine Einigung unmöglich erschien, wurde die Beratung abgebrochen. In dem neuen Entwurf, der ebenfalls auf dem nächsten Verbandstag beraten werden soll, sollen die in der Diskussion gegebenen Anregungen Verwertung finden.

Der Vorsitzende schloß hierauf den Verbandstag. Am Nachmittag besichtigten die Delegierten gruppenweise die Schönefelder Bauten des Bauvereins zur Beschaffung preiswerter Wohnungen, die Kleinzschocherschen Anlagen desselben Vereins, des Kleinzschocherschen Blocks der Stiftung für Erbauung billiger Wohnungen in Leipzig und die Lößniger Anlage der Gemeinnützigen Baugesellschaft. Am Abend fanden sich die Delegierten zu einem geselligen Beisammensein im Kaufmännischen Vereinshaus ein.

Ein bedeutungsvolles Urteil für Mitglieder freier Hilfskassen.

H. Fast alle freien Hilfskassen, die in den letzten zehn Jahren zahlreich gegründet und wieder verschwunden sind, wenn sie ihren Gründern ein schönes Stück Geld eingebracht haben, lassen sich von den Mitgliedern bei der Aufnahme eine schriftliche Erklärung darüber geben, ob und an welchen Krankheiten das Mitglied in den letzten drei Jahren gelitten hat. Aus Unkenntnis oder auf Zureden der Agenten lassen sich viele Bewerber herbei, die Frage nach früheren Krankheiten mit nein zu beantworten. Gewöhnlich ist es der Agent, der dem neuen Mitgliede erklärt, daß es auf die wahrheitsgemäße Beantwortung der Frage nicht so genau ankomme. Die Leitungen der Kassen müssen von diesem Verfahren ihrer Agenten wissen, aber sie tun nichts, um es zu verhindern. Wohl sind sie aber später, wenn das Mitglied erkrankt und auf die Hilfe und Unterstützung der Kasse rechnet, schnell bei der Hand, Nachforschungen nach früheren Krankheiten des Mitgliedes zu machen. Gelingt es ihnen, was natürlich häufig der Fall ist, nachzuweisen, daß das Mitglied bei der Aufnahme eine Krankheit verschwiegen hat und mag sie noch so belanglos sein, so wird dem Erkrankten die Unterstützung verweigert und er wird wegen Täuschung des biederen Kassenvorstandes, dem Täuschung natürlich ein Greuel ist, ausgeschlossen. Das Mitglied hat dann monatelang, zuweilen schon jahrelang Beiträge bezahlt und erhält im Krankheitsfalle nichts. Vor Jahren hat einmal das Landgericht in Bautzen schon entschieden, daß das Verschweigen einer Krankheit bei Aufnahme dann kein Grund zum Ausschluß und zur Verweigerung der Unterstützung sei, wenn anzunehmen ist, daß die Kasse die Aufnahme auch bei Kenntnis der Krankheit vollzogen haben würde.

Arbeiter, Parteigenossen! Gedenkt Eurer kämpfenden Klassengenossen, der ausgesperrten Bauarbeiter!

Neuerdings hatten sich die Gerichte in Straßburg i. E. mit der Frage zu befassen, ob und wie weit die Erklärungen des Agenten der Kasse diese binden. Die Straßburger Versicherungsanstalt E. H. gehört auch zu den Kassen, die Mitglieder aufnehmen, ohne sie vorher einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Das Mitglied muß allerdings eine Erklärung über Krankheiten der letzten drei Jahre abgeben. Der Glasreiniger O. in Frankfurt a. M. hatte bei der Aufnahme erklärt, daß er in den letzten Jahren nicht krank gewesen sei, trotzdem er wegen einer Fußquetschung zirka 14 Tage lang erwerbsunfähig gewesen war. Der Agent der Kasse hatte ihm gesagt, daß er über die Quetschung keine Angabe zu machen brauche, wenn sie keine nachteiligen Folgen zurückgelassen habe. Als Zeuge mußte der Agent dies bestätigen. Die Kasse weigerte sich aber, als O. erkrankte, ihm Unterstützung zu gewähren, weil sie von der Quetschung erfahren hatte. Es kam dann zu den üblichen Verhandlungen, die wie immer zum Ausschluß des Erkrankten führten. Durch das Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. wurde für den Erkrankten Klage geführt. Das Amtsgericht in Straßburg verurteilte auch ohne weiteres die Kasse zur Leistung der Unterstützung. Das Urteil war damit begründet, daß eine Quetschung, die ohne dauernde nachteilige Folgen heile, nach dem allgemeinen Sprachgebrauche nicht als Krankheit oder Gebrechen zu bezeichnen sei. Durch Verschweigung der Quetschung habe der Kläger demnach nicht gegen die Wahrheitspflicht verstoßen.

Gegen dieses Urteil legte die Kasse Berufung ein. Das Landgericht in Straßburg pflichtete auch der Begründung des Amtsgerichts nicht bei. Es erklärte vielmehr, daß das Verschweigen der Quetschung ein Verstoß gegen das Statut und die Aufnahmevoraussetzung sei, denn eine Quetschung sei auch nach dem allgemeinen Sprachgebrauche eine Krankheit. Trotzdem verwarf das Landgericht die Berufung der Kasse, d. h. die Verurteilung der Kasse wurde aufrecht erhalten, weil der Kläger durch den Agenten der Kasse veranlaßt worden war, die Quetschung im Aufnahmeantrag nicht zu erwähnen. Daß dies geschehen war, wurde, wie sogar bemerkt, durch das eidliche Zeugnis des Agenten bewiesen. Die Ausführungen des Landgerichts darüber, wie weit durch Angaben von Agenten die Kassen gebunden werden, sind, da Prozesse dieser Art sich täglich vor deutschen Gerichten abspielen, sehr bedeutungsvoll und wir wollen den wichtigsten Teil hier folgen lassen. Es heißt im Urteil: „Es ist nun aber durch die Beweisaufnahme klar erwiesen, daß der Kläger über die Bedeutung der betreffenden Frage in dem Versicherungsantrage in Irrtum versetzt worden ist, und zwar durch einen Agenten der Beklagten, der den Antrag entgegennahm. Wenn auch der Agent nicht Vertreter des Versicherers im gesetzlichen Sinne ist, so besteht doch die ihm von dem Versicherer dem Publikum gegenüber zugewiesene Aufgabe darin, für ihn mit diesem den unmittelbaren mündlichen Verkehr zu pflegen und den Versicherungsnehmern die erforderliche Belehrung und Aufklärung über den Inhalt und die Bedeutung der Versicherungsbedingungen zu gewähren. Der Versicherungsnehmer darf in dieser Beziehung dem Agenten vertrauen und der Versicherer muß insoweit für dessen Erklärungen einstehen. Im vorliegenden Falle trifft den Kläger, der ein Mann von geringer Bildung ist, kein Verschulden. Die Verwirkungseinrede ist daher nicht berechtigt. (Urteil des Landgerichts Straßburg vom 26. Februar 1910.)

Trotz dieses Urteils, das gewiß geeignet ist, die Praktiken mancher Kassen unmöglich zu machen, müssen wir trotzdem vor dem Beitritt zu solchen „Hilfskassen", die Mitglieder ohne ärztliche Untersuchung aufnehmen, dringend warnen. Denn wenn auch in diesem Falle der Kläger zu seinem Gelde gekommen ist, so sind doch die Fälle der Zahlungsunfähigkeit von „Hilfskassen" nicht selten, und sobald die Kasse kein Geld mehr hat, nützt natürlich das schönste Urteil nichts.

Ein weiterer Beitrag zu den Praktiken dieser Kasse wird uns von einem Mitgliede in Oetzsch folgendermaßen geschildert:

„Vor etwa 1¼ Jahre trat ist in die Straßburger Versicherungsgesellschaft in Straßburg im Elsaß ein. Der Beitrag ist jährlich im voraus zu zahlen, doch wird freigestellt, ihn wöchentlich, monatlich oder vierteljährlich zu begleichen. Ich zahlte den meinigen vierteljährlich. Nun wurde ich vor kurzem durch Ueberanstrengung krank und teilte es der Kasse mit. Es kamen zwei riesenlange Formulare zum Ausfüllen, wofür der Arzt 1 Mk. Gebühren verlangte. Nach Einsendung der Formulare erhielt ich nach einer Woche den Bescheid, daß ich mich ins Krankenhaus St. Jakob begeben sollte. Mein Arzt schrieb nun der Kasse, daß das Krankenhaus St. Jakob solche Kranke überhaupt nicht aufnehme, der Patient müsse in eine Erholungsanstalt. Hierauf von der Kasse Schweigen. Nach 2½ Wochen meldete ich mich gesund und verlangte den von der Kasse vereinbarten Betrag von 1.50 Mk. tägliches Krankengeld. Darauf erhielt ist eine Quittung, die ich erst ausfüllen und einschicken sollte, eher erhielte ich das Krankengeld nicht. Dann kam noch der Bescheid, daß ich nur eine Woche Unterstützung bekäme, weil ich kein Krankenhaus aufgesucht hätte. Ich schickte also die Quittung ab, aber Geld erhielt ich nicht. Als ich nochmals danach schrieb, erhielt ich den Bescheid, daß die Kasse die 9 Mk. Krankengeld gleich als Jahresbeitrag, und zwar bis 5. Januar 1911, rechne, ich bekäme also nichts heraus.

Die Katerstimmung am Petersteinweg über die Prügel, die die bürgerlichen Parteien bei den Reichstagsnachwahlen ununterbrochen erhalten, steigert sich noch. Wir haben unsern Lesern in den letzten Wochen genug erheiternde Proben aus dem Limanblatt geben können, in denen sich die jammervolle Katerstimmung ausspricht, heute wollen wir die Unterhaltung unsrer Leser mit weiteren Zitaten fortsetzen. Der Stichwahlausgang in Usedom-Wollin scheint den Nachrichtensklaven das bißchen Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien noch vollends genommen zu haben. Für die Konservativen droht das Blatt, daß sie künftig dort, „wo die Entscheidung zwischen dem Freisinn und den Genossen steht, Gewehr bei Fuß zu bleiben, um so doch für die Zukunft eine erziehliche Wirkung zu üben". Allerdings wäre dies eine Pferdekur. „Man könne den Konservativen nicht zumuten, das Dienstmädchen des Freisinns zu sein." Die Konservativen das Dienstmädchen des Freisinns! Hat man je solchen Stuß gehört? Auf 100 sozialdemokratische Abgeordnete könne man bei der nächsten Reichstagswahl rechnen, „so werden wir als Resultat der Bülowschen Leichtfertigkeit, der Unbewußtheit des fünften Kanzlers und der bürgerlichen Verfeindung, einen Reichstag erhalten, den man in Spiritus setzen sollte, damit Kinder und Kindeskinder die erleuchtete Weisheit seiner Schöpfer bewundern können". Natürlich ist dieser zukünftige Reichstag nicht nur die Schöpfung Bülows und Bethmann-Hollwegs, sondern auch der der Nachrichten, denn es gibt wenige bürgerliche Blätter, die durch Verfechtung der Junkerinteressen und der reaktionären Streiche so tüchtig für die Sozialdemokratie arbeiten, wie das edle Limanpapier.

Von der Zukunft malt es dann folgendes Bild:

Bald wird das Zentrum mit den Genossen sich zu schöner Tat vereinen und dem Acker von Staat den Daumen auf das Auge drücken, bald wird es sich mit der Rechten, wenn anders sich für sie die Ereignisse von Usedom und Wollin nicht bis zum Weißbluten wiederholen, fröhlich zusammenschließen, der Freiheit keine Gasse zu bahnen, und in den spezifisch nationalen Fragen wird die Regierung dauernd das Gefühl des Mannes haben, der unter dem Galgen steht und um Begnadigung weint. Es wird eine schöne Musik und eine segensreiche Arbeit werden in Gemeinschaft mit einem Reichstag, in dem die Herren Ledebour, Korfanty und Erzberger den Taktstock schlagen. Aber wie die Wetterzeichen auch drohen mögen, so bleibt die Regierung doch zufriedenen und ruhigen Gemüts, und aus den Spalten der Offiziösen vernehmen wir nur die sanften Schnarchtöne behaglicher Sattheit.

Diese kindische Scharfmacherei muß ganz und gar versagen, sie wirkt eben nur noch erheiternd.

Für die Krüppelfürsorge waren im Haushaltplan für das Armenwesen nur 1500 Mk. vorgesehen. Obwohl zur Linderung des Krüppelelends eigentlich höhere Opfer notwendig gewesen wären, machte der Rat bisher so geringe Aufwendungen, weil es an Anstalten fehlte, wo gebrechliche Kinder durch eine sorgfältige orthopädische Behandlung geheilt oder doch so weit hergestellt werden konnten, daß sie später ihren Unterhalt selbst zu erwerben imstande sind. Durch das im Herbst vorigen Jahres eröffnete Krüppelheim ist diesem Mangel abgeholfen. Es befinden sich zurzeit 13 gebrechliche Kinder in demselben, für deren Verpflegung das Armenamt aufzukommen hat. Der Jahresaufwand beträgt für diesen Zweck ungefähr 9000 Mk., so daß die Stadtverordneten nunmehr 7500 Mk. nachbewilligen müssen.

Der gemeinsame Ausschuß zur Bekämpfung der Mißstände im Kinematographenwesen ersucht um Unterstützung aller derer, denen das Wohl der Jugend am Herzen liegt. „Wir sind überzeugt — heißt es in dem Schreiben des Ausschusses — daß alle Leipziger ohne Unterschied, denen das Wohl der Jugend am Herzen liegt, wobei indes die Erwachsenen nicht zu kurz kommen sollen, seinen Bestrebungen volles Interesse entgegenbringen werden. Die Mittel und Wege, um dem Unwesen der Kinoseuche zu steuern, werden in Kürze weiter bekannt gegeben. Einsichtsvolle Kinematographenbesitzer werden nicht umhin können, Abhilfe zu schaffen, denn wir haben die Ueberzeugung, daß sich von dem Tage an, an dem sich das Publikum für sein gutes Geld nicht auch noch Schund vorsetzen läßt, auch Filmindustrie und Filmmarkt den veränderten Verhältnissen anzupassen wissen."

Wenn auch der Ausschuß solche kapitalistischen Auswüchse nicht wird ganz beseitigen können, wie denn solche Privatgesellschaften und Vereine den sozialen Uebeln gegenüber fast immer machtlos sind, so sind seine Bestrebungen aber dennoch zu unterstützen. Freilich in muckerischer Unduldsamkeit darf dessen Bestreben nicht ausarten, da er dann nicht mehr zu unterstützen, sondern zu bekämpfen wäre. Wir wollen auch an dieser Stelle wieder darauf hinweisen, daß das Publikum nur solche Institute wie das Kosmostheater in der Windmühlenstraße gut zu unterstützen brauchte, dann würden die Kinematographenbesitzer schon gezwungen, bessere Unterhaltung und vor allem Belehrung zu bieten.

Das Ballonwettfliegen, das am Sonnabend und am gestrigen Sonntag stattfand, hatte, wie dies in Leipzig selbstverständlich ist, eine große Menschenmenge nach dem Sportplatz gelockt. Wir

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Sportfexerei hat man in Leipzig immer was übrig, Gaffer stellen sich in Menge ein und der Rat unterstützt die Sportfexerei noch aus dem Säckel der Steuerzahler; zum gestrigen Ballonwettfliegen hat er nicht weniger als 1000 Mk. gespendet. Das gestrige Wettfliegen bestand in der schon mehrfach geübten Fuchsjagd, wobei der Ballon Leipzig der Fuchs war. Kurz nach 12 Uhr stieg der Ballon Leipzig und ihm nach die übrigen fünf. Der Ballon Sachsen hatte indes Pech, er kam nur wenige Meter in die Höhe, streifte über den Wall und das Kuhburger Wasser hinweg und wurde dann von der Wiese wieder auf den Sportplatz zurückgebracht. Er war, wie Augenzeugen sagen, zu wenig gefüllt. Am Abend stieg dann die zweite Gruppe Ballons zu einer Fernfahrt auf.

Neuerung im Postscheckverkehr. Im Postscheckverkehr hat das Reichspostamt jetzt eine bemerkenswerte Neuerung zugelassen. Die Inhaber von Konten können jetzt über ihre Aufträge, die sie durch Postscheck oder Ueberweisung geben, Einlieferungsbescheinigungen erhalten, in denen der Name und der Wohnort des Zahlungsempfängers angegeben ist. Für diese Bescheinigungen werden besondere Formulare zu Lastschriftzetteln in der Einrichtung benutzt, wie sie von der Postverwaltung vorgeschrieben sind. Sie werden von der Post in Blocks zu 100 Stück hergestellt und können von den Kontoinhabern zum Preise von 20 Pfg. für den Block durch die Postscheckämter bezogen werden. Die Herstellung dieser Formulare kann auch durch die Privatindustrie erfolgen. Solche Formulare müssen aber mit den amtlich hergestellten genau übereinstimmen. Das Formular ist schon von dem Kontoinhaber dem Vordruck entsprechend auszufüllen und bei der Einsendung des Schecks oder der Ueberweisung an das Postscheckamt beizufügen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf dem Schlachthof kam am Sonnabend ein Fleischergeselle beim Ausladen von Rindern dadurch zu Schaden, daß ihn ein Rind auf die Hörner nahm und zu Boden schleuderte. Er wurde nicht unerheblich verletzt nach dem Krankenhause gebracht.

Von einer Kraftdroschke getötet. Gestern abend gegen ½8 Uhr wurde am Kreuz in L.-Connewitz der siebenjährige Sohn des Weichenwärters Theibisch, wohnhaft Pegauer Straße 12, von einer Kraftdroschke überfahren. Das Kind war sofort tot. Der Führer der Kraftdroschke wurde verhaftet; ob ihn wirklich die Schuld trifft, wird die Untersuchung ergeben müssen. Bisher stehen sich die Aussagen der Zeugen diametral gegenüber. Hervorgehoben muß werden, daß zu dieser Zeit, wegen der Beobachtung der auf dem Sportplatz aufgestiegenen Ballons, ein reger Verkehr am Kreuz herrschte.

Selbstmordversuch. Wegen andauernder Krankheit versuchte sich heute morgen in ihrer Wohnung in der Grenzstraße in Dösen eine 73jährige Witwe mit einem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden. Sie wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Von der Straße. In der Nürnberger Straße fiel ein 40 Jahre alter Dachdecker aus Großzschocher beim Passieren einer Weiche vom Vorderperron eines Straßenbahnwagens herab und erlitt dabei eine Beinverstauchung. Er fand Aufnahme im Stadtkrankenhause.

In der Reitzenhainer Straße lief gestern nachmittag ein Eisfahrer direkt in einen Straßenbahnwagen hinein, wurde umgerissen und an den Knien und Armen leicht verletzt.

Vergiftet. Eine an der Wallwitzstraße in L.-Reudnitz wohnhafte 20 Jahre alte Aufwärterin erkrankte nach dem Genusse eines selbst zubereiteten Salats unter Vergiftungserscheinungen derart schwer, daß sie sofort in das Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Der zu dem Salat verwendete Essigsprit soll vergiftet gewesen sein.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne von § 176, 3 des Strafgesetzbuchs erfolgte die Festnahme eines hier wohnhaften 66 Jahre alten privatisierenden Kohlenhändlers.

Ferner mußte ein 16jähriger Buchhandlungslehrling zur Verantwortung gezogen werden, weil er sich in sträflicher Weise an einem Kinde vergangen hat.

Abhanden gekommen ist am Sonnabendnachmittag gegen 4 Uhr in der Windmühlenstraße ein Sparkassenbuch der hiesigen städtischen Sparkasse auf den Namen Elsa Frida Schulze ausgestellt, mit einer Einlage von 1000 Mark. In dem Buche haben acht Einhundertmarkscheine gelegen.

Vor Ladendiebinnen wird polizeilich gewarnt. Sie erschienen am Sonnabend nachmittag in einem Goldwarengeschäft der inneren Stadt und beabsichtigten angeblich Brillantringe zu kaufen. Schließlich verlangte eine der Diebinnen einen im Schaufenster ausgelegten Ring zu besichtigen. Kurz darauf entfernten sich beide wieder, ohne irgend etwas gekauft zu haben. Hierauf vermißte der Geschäftsinhaber von einem Uhrständer eine Damenuhr.

Ein geriebener Gauner. Eine Bewohnerin eines Grundstücks in der Eilenburger Straße kehrte früh in ihre Wohnung zurück und fand davor einen anscheinend schlafenden Mann liegen. Nachdem der Mann geweckt worden war, entschuldigte er sich und gab an, daß er sich infolge zu reichlichen Alkoholgenusses in dem Grundstück geirrt habe. Gleich nachdem der Mann fort war, gewahrte man im Schlosse der Eingangstür zur Wohnung zwei Dietriche. Ohne Zweifel ist der Unbekannte bei Ausführung des Diebstahls überrascht worden und hat sich dann hingelegt, um dadurch zu entkommen.

Feuer wurde gestern aus der Nordstraße gemeldet. Es war in der Wohnung eines Kutschers ein Schadenfeuer ausgebrochen, das aber die Bewohner unterdrückt haben. Die Feuerwehr war ausgerückt.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnzusammenstoß.

Versailles, 18. Juni. In dem Bahnhof von Villepreux stießen heute zwei Eisenbahnzüge zusammen. Mehrere Wagen gerieten in Brand. Man befürchtet, daß zahlreiche Personen getötet und verletzt sind.

Villepreux, 18. Juni. Bis 10½ Uhr abends waren von den bei dem Eisenbahnzusammenstoß verunglückten Personen 6 Tote und 18 Verletzte geborgen. Beide Züge brennen noch. Aus Versailles ist eine Abteilung der dortigen Feuerwehr zur Hilfeleistung eingetroffen.

Villepreux, 18. Juni. Der Zusammenstoß der beiden Eisenbahnzüge, von denen der eine ein Personenzug, der andre ein Schnellzug war, ereignete sich heute nachmittag kurz nach 6 Uhr. Der Personenzug stand in dem hiesigen Bahnhof, als plötzlich der um 5 Uhr 18 Minuten von Paris abgegangene Schnellzug einlief und in voller Fahrt auf den Personenzug auffuhr. Mehrere Wagen wurden zertrümmert, ein Wagen und der Speisewagen des Schnellzugs gerieten in Brand. Bis 11½ Uhr abends war es noch nicht gelungen, den Brand zu löschen, da nicht genügend Wasser vorhanden war. Bisher sind 10 Tote und 25 Verletzte geborgen, weitere Verunglückte befinden sich noch unter den Trümmern. Minister Millerand und der Präfekt des Departements Seine-et-Oise waren abends auf der Unfallstelle und begaben sich dann nach Versailles, wo sie die Verletzten besuchten.

Villepreux, 19. Juni. Heute vormittag wurde der achtzehnte Tote aus den Trümmern geborgen. Die Feststellung der Persönlichkeiten ist teilweise unmöglich, da manche Körper völlig verkohlt sind.

Versailles, 19. Juni. Ueber den Eisenbahnzusammenstoß in Villepreux wird noch gemeldet: Der Zug 467, von Paris nach Dreux gehend, hatte auf der Station in Villepreux zur Ausbesserung eines Maschinendefekts angehalten. Der Aufenthalt dauerte gegen eine halbe Stunde. Die Reisenden verloren die Geduld und stiegen aus. Um 6 Uhr 10 Minuten kam der Expreßzug 477. Der Führer des Expreßzugs sah den Personenzug zu spät. Der Zusammenstoß war schrecklich. Die Maschine, der Tender und drei Waggons, darunter der Speisewagen, schoben sich in die fünf hinteren Wagen und den Gepäckwagen des Zugs 467. Die Lokomotive stürzte um und setzte die Wagen in Brand. Zehn Wagen wurden ein Raub der Flammen. Der Maschinist des getroffenen Zugs wurde plötzlich irrsinnig.

Paris, 20. Juni. Die Untersuchung über den Zugzusammenstoß bei Villepreux ergab, daß der Maschinist des Eilzugs die Signale und Warnungszeichen unbeachtet ließ und mit 102 anstatt 80 Kilometer Geschwindigkeit heranbrauste. Nur 6 von 18 Leichen sind bisher rekognosziert worden. Die Gesichter der andern Leichen sind vollständig verkohlt. Unter den Toten befindet sich auch ein Urenkel von Karl Marx sowie der bekannte Gelehrte v. Worms. — Weiter wird zu der Eisenbahnkatastrophe gemeldet: Die Schuld trifft den Lokomotivführer Leduc und den Bahnhofsvorsteher von Villepreux. Es heißt, daß der Bahnhofsvorsteher wahnsinnig geworden sei. Die Zahl der Verwundeten wird auf 30, die der Toten auf 19 angegeben.

Paris, 20. Juni. Der Untersuchungsrichter ist vom Staatsanwalt in Argenton benachrichtigt worden, daß der Lokomotivführer Leduc des Pariser Eilzuges, durch den die vorgestrige Eisenbahnkatastrophe bei Villepreux anscheinend verursacht wurde, nicht transportfähig ist. Der Untersuchungsrichter hat deshalb Anweisung gegeben, daß, sobald der Lokomotivführer vernehmungsfähig ist, er vorläufig kommissarisch vernommen wird. Auch ist ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Gestern abend sind fünf weitere Leichen rekognosziert worden. Familienangehörige der Verunglückten treffen fortgesetzt in Villepreux ein, um Nachfragen nach ihren Angehörigen anzustellen. Leider sind die verkohlten Ueberreste der noch nicht rekognoszierten Leichen so unkenntlich, daß man ihre Identität wohl überhaupt nicht wird feststellen können. Diese Leichen mußten aufs Geratewohl in Särge gelegt werden. Diese Särge mit den unerkannten Leichen wurden vorläufig in einem Schuppen untergebracht, der in eine Trauerhalle umgewandelt wurde. Gendarmen halten die Totenwache. Eine große Volksmenge umsteht den Schuppen, um der Reihe nach an den Särgen vorübergeführt zu werden. Bis gestern abend ist trotzdem keine weitere Leiche erkannt worden. In der Nacht ist es gelungen, die zerstörten Wagen zu beseitigen. Es ist keine weitere Leiche unter den Trümmern des Eilzuges gefunden worden.

Paris, 20. Juni. Der Stationsbeamte Paty von Villepreux war unter den ersten Löschmännern, die vor 15 Jahren in den brennenden Wohltätigkeitsbasar in der Rue St. Gouson in Paris eingedrungen waren. Er meint aber, so gräßlich die damaligen Eindrücke auch waren, die vom 18. Juni abends übersteigen in ihren Einzelheiten alles, was die Phantasie ersinnen könne. Er habe 7 Personen, die furchtbar verstümmelt waren, unter den Trümmern hervorgezogen. Ein Kind von vier Jahren sei in seinen Armen gestorben. Alle Verwundeten lechzten nach Wasser. Die Vorräte der Station waren zu gering. Unter den Personen, die er hervorgezogen hatte, befand sich ein 30 Jahre alter Mann mit zertrümmertem Schädel, aus dem das Hirn hervortrat. Der Arm einer 25jährigen Frau war durch eine Waggontür vom Rumpf getrennt und lag der Verstümmelten, die herzzerbrechend jammerte, zu Füßen.

Feuersbrunst.

Mohilew am Dnjepr, 20. Juni. Einer großen Feuersbrunst fielen etwa 300 Gebäude zum Opfer. Am Abend wütete das Feuer bei starkem Winde fort.

Todessturz eines Luftschiffers.

Stettin, 20. Juni. Am Sonnabend nachmittag begannen hier auf dem Kreschower Felde, der Rennbahn des Pasewalker Reitervereins, die von der Ikarus-Gesellschaft veranstalteten Schauflüge. Für diese war auch der bekannte frühere Rennfahrer Thaddäus Robl, der sich seit einiger Zeit der Aviatik zugewandt hat, verpflichtet worden. Er stieg gegen ¾7 Uhr abends mit seinem Farman-Zweidecker als erster auf. In einer Höhe von etwa 50 Metern umkreiste er mehrere Male den westlichen Teil des Flugfelds und stieg auf etwa 70 bis 80 Meter Höhe. Plötzlich gellte ein Schreckensschrei durch die Zuschauermenge. Robls Apparat verlor das Gleichgewicht und stürzte herab, Robl unter sich begrabend. Der Motor explodierte, der Apparat ging vollständig in Trümmer. Robl wurde leblos unter den Trümmern hervorgezogen, ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Alle Bemühungen waren aber erfolglos: Robl war durch den Absturz sofort getötet worden. Die Schauflüge wurden abgebrochen.

Großfeuer.

Husum, 18. Juni. In Schwabstedt bei Friedrichstadt brach heute vormittag ein Großfeuer aus, welches bis zum Nachmittag 17 Häuser, darunter auch die Schule vernichtete. Nach neueren Meldungen sollen 40 Häuser in Flammen stehen.

Husum, 18. Juni. Im Laufe des Nachmittags gelang es den von allen Seiten herbeigeeilten Feuerwehren des Brandes in Schwabstedt Herr zu werden. Unter den niedergebrannten 17 Gebäuden befindet sich die Sparkasse. Eine große Anzahl Häuser, darunter die Schule, wurden schwer beschädigt. Die Ursache des Brandes steht noch nicht fest.

Gestorben.

München, 19. Juni. Professor Rudolf von Seitz, Ehrenkonservator des Nationalmuseums und Ehrenmitglied der Akademie der bildenden Künste, einer der populärsten Münchner Künstler, ist, wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, gestern abend gegen 11 Uhr in der Künstlergesellschaft Allotria von einem Schlaganfall betroffen worden und sofort gestorben.

Dammbruch.

Schlettstadt, 18. Juni. Gestern wurde der Hauptrheindamm ungefähr drei Kilometer oberhalb von Diebolsheim in einer Breite von 25 bis 30 Meter durch das Hochwasser zerrissen. Die Wassermassen überfluteten das Gelände der Gemeinden Diebolsheim und Friesenheim. Pioniere aus Straßburg und Soldaten der Maschinengewehrabteilung aus Schlettstadt sind an Ort und Stelle.

Feuersbrunst.

Mohilew am Dnjepr, 19. Juni. Einer Feuersbrunst fielen etwa 300 Gebäude zum Opfer. Am Abend wütete das Feuer bei starkem Winde fort.

Die Pest.

Bjelsk, 18. Juni. Die sibirische Pest, der in der Nähe von Bjelowjesh 7000 Stück Haustiere zum Opfer gefallen sind, ist auf den kaiserlichen Jagdbezirk, in welchem sich noch Auerochsen befinden, übergegangen. Es sind energische Gegenmaßregeln ergriffen worden.

's Schiedsgerichd.

Herr Enke had das Schiedsgerichd
Den Dogenschein nach schdark in Magen;
Er meend mid grämlichen Gesichd:
„Mer gann nischd Gudes dervon sagen.
De Sache worde sachdchen glamm
Un schdindlich nur unangenehmer;
Ich meene: Vergewaldigd hamm
Gans eefach se de Undernehmer“.

Herr Baurad, ja, verlang Se denn,
Daß Gloom mer schenkd än solchen Satze?
Wie mir uns gegenseidig genn,
Sein doch de Wibbchen nich an Blatze!
Se wollden geenen Feng mehr gäm,
Damid mer da den Gärzern ziehn;
Drum hamm Se ähm, als gings ans Läm,
Um jeden lauf'gen Feng geschrien.

Es hädde scheißlich Sie gegrebbd,
Gelang's uns, mehr noch zu erreichen;
Das, was mer Ihnen abgegnebbd,
War also dick zu underschdreichen.
Se schauden sauerdebbisch drein,
Doch had mer hinderher vernommen:
„Na, mid ä blauen Doge sein,
Mir Meester doch noch fordgegommen!“

So werd's in Briehle ähm gemachd,
Der Geefer schdelld sich unzufrieden;
Er had von Anfang an gedachd:
„Nur immer feste underbieden!“
Er wehrd aus Leiwesgräfden sich
Und schdelld sich borschdig un widerwillig,
Doch heemlich denkd er: „Eegendlich
Haww ich de feine Waare billig.“

Herr Baurad! wenn Se helle sein,
So mim Se hier nich de Dragedje.
Bei uns hamm Se dermid gee Schwein,
Denn mir dorchschauen de Gommedje.
In Grunde ham Se nischd erzield
Un folglich hamm Se nischd zu lachen,
Un wer den Haubdbrozeß verschbield,
Der muß ooch — Gosten locker machen.

F. M

Kinderschutzkommission.

Zentralauskunftsstelle für alle Kinderschutzangelegenheiten: Arbeitersekretariat, Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32, Mittelportal, II. Vorsitzender: Aug. Lilitich.

Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz werden von nachstehenden Vertrauenspersonen entgegengenommen:

Leipzig-Stadt:
Bezirksvertrauensperson: Frau Emilie Günther, Weststraße 29, H. II.
Frau Emilie Schröder, Humboldtstraße 23, IV.
Frau Emma Hebold, Katzbachstraße 12, II.
Frau Nai, Lützowstraße 5, III.
Frau Röber, Südplatz 2, IV. r.

Norden:
Bezirksvertrauensperson: Justus Schubert, L.-Eutritzsch, Magdalenenstraße 6a, I.
L.-Eutritzsch: Frau Emma Kurth, Magdalenenstraße 2, I.
L.-Gohlis: Emma Winter, Magdeburger Straße 6.
Martha Streine, St. Privatstraße 2, I.
Albine Wolff, St. Privatstraße 20, IV.
L.-Möckern: Ida Höppner, Karolastraße 10, IV. l.
L.-Wahren: Max Jacob, Hallische Straße (Konsumverein).
Mockau: Max Krieger, Hauptstraße 10, III.
Stahmeln: Gustav Gründling, Nr. 30.
Wiederitzsch: Frau Krone.

Osten:
Bezirksvertrauensperson: Frau Porsil, L.-Sellerhausen, Schützenhausstraße 2.
L.-Anger: Frau Walther, Angerstraße 22, I.
L.-Neuschönefeld: Frau Pestner, Volkmarsdorf, Kirchstraße 84.
L.-Neustadt: Frau Hennig, Neustadt, Kirchstraße 89.
L.-Reudnitz: Frau Graß, Dresdner Straße 55.
L.-Volkmarsdorf: Frau Thalheim, Volkmarsdorf, Juliusstr. 2c.
Naunhof: Robert Kadelbach, Wurzner Straße 204.
Paunsdorf: Karl Kremer, Paulinenstraße 24.
Schönefeld: Frau Wolken, Dimpfelstraße 35, I. r.

Südosten:
Bezirksvertrauensperson: Frau Fahr, Neureudnitz, Karolastraße 5.
L.-Probstheida: Frau Anna Müller, Schulstraße 11, part.
L.-Stötteritz: Frau Klara Pöllnitz, Arnoldstraße 22.
Frau Agnes Schuchartt, Christian-Weiße-Straße 8.
L.-Thonberg: Marie Naundorf, Oststraße 48, Tr. B, III.
Göhren: Albin Reh.
Holzhausen: Karl Hahner, Körnerstraße.
Liebertwolkwitz: Rich. Nebel, Seitenstraße 223, I.
Mölkau: Max Näther, Stötteritzer Straße 1.
Wachau: Ernst Friedrich, Nr. 30.

Süden:
Bezirksvertrauensperson: Karl Schulz, L.-Connewitz, Bornaische Straße 13, I.
L.-Connewitz: Frau Kl. Pötzsch, Brandstraße 15, I.
L.-Lößnig: Frau Ebert, Lobstädter Straße 23, II.
Gautzsch-Oetzsch: Frau Förster, Oetzsch, Siegfriedstraße 7, III.
Geschwitz bei Rötha: Frau Braut.
Großdeuben: Emil Pleißner.
Kotzschbar: Frau Anna Zwoboda, Schulstraße 74c.
Rötha: Reinhold Müller, Wettinstraße 258.
Zwenkau: Rudolf Schwab, Leipziger Straße 170.

Westen:
Bezirksvertrauensperson: Frau Remus, L.-Schleußig Blümnerstraße 8.
L.-Kleinzschocher: Frau Kühn, Klarastraße 11, III. l.
L.-Lindenau: Frau Frenzel, Gundorfer Straße 35, I.
Frau Zeiler, Hahnemannstraße 18, III.
L.-Plagwitz: Frau Thielemann, Karl-Heine-Straße 63, III.
Frau Reinhardt, Zschochersche Straße 50, IV.
L.-Schleußig: Frau Kirchhoff, Blümnerstraße 22, part.
Frau Noack, Könneritzstraße 65, III.
Frau Keimling, Brockhausstraße 56, III.
Bösdorf: Rob. Bertram.
Herm. Hänsel.
Burghausen: Friedrich Apel, Bienitzstraße 4.
Großzschocher: Frau Kränkel, Hauptstraße 107.
Knautkleeberg: Max Zschocher, Leipziger Straße 61, II.
Lausen: P. Köhler, Nr. 26.

(Diese Liste wird noch weiter ergänzt.)

Wir bitten alle Fälle ungesetzlicher Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, sittliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossinnen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Besorgnis obigen Personen mitgeteilt werden.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Linsen mit frischer Wurst.
Speiseanstalt II (Töpfergasse 1): Sauerkraut mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Weißkraut mit Schöpsenfleisch.
Speiseanstalt IV (Ziegelstraße): Sauerkraut mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Linsen mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt VI (Neue Hallische Str.): Mischgemüse mit Schweinefleisch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 139 Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Im Dunkel.

Erzählung von Gustav Janson.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

16] (Nachdruck verboten.)

Der Baron schlief gründlich aus nach der anstrengenden Nacht und stand gegen zwei Uhr auf. Er machte sofort Toilette für den Mittag und vertrieb sich darauf die Zeit mit Zeitunglesen. Obwohl niemand darüber eine Andeutung gemacht hatte, erwartete er einen Angriff auf die Grubenverwaltung. Die Nervosität des Direktors und einige Aeußerungen des Kontorchefs hatten ihn auf diese Vermutung gebracht. Dem Baron wurde es leicht ums Herz, als er nichts weiter als kurz abgefaßte Telegramme und der Sache nach vollständig korrekte Darstellungen über die verschiedenen Ereignisse entdeckte. Aber da kam ihm der Gedanke, daß die tausendzüngige Presse noch eine Art Organe besaß, die er nicht gelesen hatte. Der Baron klingelte.

Der Kellner, der hereintrat, war derselbe, über dessen so offen zur Schau getragene Gleichgültigkeit der Baron sich neulich so geärgert hatte. Wenngleich seitdem noch nicht zwei Tage verflossen waren, so war doch mit dem Mann eine gewisse Veränderung vorgegangen. Es ließ sich ja direkt nichts gegen sein Benehmen sagen, aber der Baron sah doch, daß der Kellner ein andrer geworden war.

„Haben Sie eine . . . eine sozialdemokratische Zeitung? Es war keine unter denen, die Sie mir gebracht haben."

„Das Hotel hält keine derartigen Blätter." Die Antwort war korrekt, aber dem Baron kam es doch vor, als ob ein heimlicher Trotz aus den Worten klänge.

„Dann, bitte, besorgen Sie mir einige." Der Baron holte sein Portemonnaie hervor und wollte sofort das nötige Geld heraussuchen. „Bringen Sie mir die größten und allgemein verbreitetsten. Sie wissen auch wohl selbst, welche hier in der Stadt zu haben sind."

„Wollen Sie meine haben?" Der Kellner holte ein mehrfach zusammengefaltetes Blatt aus seiner Tasche hervor. „Ich glaube, sie wird eine Weile reichen." Er grinste boshaft, wurde aber gleich wieder ernst, als ihn der Baron mit einem scharfen Blick musterte.

„Wieviel kostet sie?"

„O, Sie können sie leihen."

„Danke, es ist gut. Sie können gehen."

Während der Baron die Zeitung entfaltete, sah er noch das schadenfrohe Lächeln in dem Gesicht des Kellners. Er war auf Anklagen gefaßt und er fand sie unter der Rubrik: „Ein Verbrechen".

Nach einem kurzen Bericht über die eigentliche Katastrophe folgten statistische Angaben, wie allein im Jahre 1907 92 445 Grubenarbeiter von Unfällen betroffen wurden, von denen 11 382 schwer verletzt und 1743 ums Leben gekommen waren. Diese Ziffern zeigten die Statistik des Kontorchefs mit ihrer trockenen Prozentberechnung in einem neuen Licht. Der Baron hatte sich niemals die Industrie als ein Schlachtfeld vorgestellt, auf dem Blut floß und das mit Leichen bedeckt war. Die Neuigkeit kam so überraschend und war so unangenehm, daß er anfangs nicht recht an sie glauben wollte. Bei einigem Nachdenken mußte er sich indessen sagen, daß man es nicht wagen würde, derartige Angaben im Druck zu veröffentlichen, wenn sie übertrieben wären. Abgesehen von ihrem in diesem Falle agitatorischen Zweck waren sie ohne Zweifel richtig. Plötzlich kam dem Baron der Gedanke, ob der Kontorchef mit seiner Manier für Statistik es wohl ausrechnen könne, ein wie großer Prozentsatz von den 1745 Toten im Verhältnis zur Dividende der Aktien auf seinen Teil käme. Gleich darauf fand er seine Idee absurd und schrieb sie der Nervenspannung infolge der ungewohnten Anstrengungen der Nacht zu.

Dann las er weiter. Die Anklage gegen das Syndikat, in dem er ein großer Teilhaber und folglich ein hochangesehenes Mitglied war, folgte ohne irgendeine verschönernde Umschreibung. Sie hätte besser stilisiert sein können — der Baron lächelte schwach bei einigen hitzigen Ausfällen — aber sicher nicht mehr geradezu. Die ersten zwölf Zeilen handelten von dem Besuch, den eine im Gebiet der Grubentechnik sehr namhafte Persönlichkeit vor zirka einem Jahre der Stadt abgestattet hatte. Bei seinem kurzen Besuch hatte dieser Ausländer die Grube in einem Zustande gefunden, den er rein heraus als explosionsgefährlich bezeichnete. Die Ventilation war ungenügend, überall lag millimeterdicker Kohlenstaub und ließ sich das Vorkommen von Grubengas nachweisen. Seinen Aussetzungen wurde mit Unhöflichkeit begegnet.

Nach diesen Tatsachen, die offenbar als Anklage gemeint waren, kam eine kurze Notiz, daß jeder achte Grubenarbeiter infolge seines Berufs Unglücksfällen ausgesetzt sei. Besonders bei dieser Grube, deren Aktionäre anscheinend noch profithungriger als andre waren, ließ es sich mit Leichtigkeit ausrechnen, um wieviel größer das Risiko war.

Der Baron errötete beim Lesen. Seine Indignation war stark und echt. Er schüttelte das Papier in seiner Hand, als ob es ein boshafter Feind gewesen wäre. Jetzt wußte er, woher diese tückische Gehässigkeit der Arbeiter stammte. Warum durfte überhaupt etwas derartiges gedruckt und verbreitet werden? Falls es unkritischen Lesern in die Hände geriet . . . Der Baron gestand sich's ein, daß er ärgerlich war. Obgleich er allein war, beteuerte er mit einem Eifer, der die Tatsache unterstrich, aber auch ihren Wert ein bißchen zweifelhaft machte, seinen Freisinn, wie er ein wirklich liberaler Mann mit unverrückbaren Ansichten sei. Aber gegen diese grundlosen Beschuldigungen und Anklagen, für die sich kein Beweis erbringen ließ, mußte eine gesunde Natur reagieren. Die Katastrophe war höchst bedauerlich und seine Pflichten gegen die Betreffenden würde er erfüllen trotz aller Hindernisse, die er jetzt ahnte. Nachdem er die Sache nochmals gründlich von allen Seiten bedacht hatte, entschloß er sich, die Zeitung, von deren Existenz er bisher keine Ahnung gehabt hatte, der Direktion zu übersenden mit einer Anfrage, ob man nicht gegen derartige Artikel gerichtlich vorgehen könne.

Es klopfte und der junge Ingenieur trat zur Tür herein. Sofort nach der Begrüßung hielt ihm der Baron die Zeitung hin.

„Kennen Sie dies Blatt?"

„Gewiß, ich lese eben auch allerlei."

„Es ist einfach empörend!"

„Das geb' ich zu. Aber uns untergeordneten Beamten trifft keine Schuld. Wir riskieren genau dasselbe wie die Arbeiter."

„Es liegt mir durchaus fern, Ihnen oder Ihren Kollegen den geringsten Vorwurf zu machen. Ich bin im Gegenteil der Ueberzeugung, daß die Beamten der Grube in jeder Weise ihre Pflicht getan haben. Was mich empört, sind die Anklagen dieser Zeitung gegen unbescholtene Mitbürger. Ich kenne die meisten persönlich, wenigstens dem Aussehen nach, und setze getrost meine Ehre als Pfand für die ihre."

Der Ingenieur nahm die Zeitung und sah sich die betreffende Notiz an.

„Ach so, das hier," sagte er achselzuckend. „Ja, gewissermaßen ist das ja eine Anklage. Aber soviel ich sehe, richtet sie sich nicht gegen Personen, sondern gegen eine Sache. Außerdem ist ja jedes Wort in betreff der Gruben wahr."

„Was . . . was sagen Sie?"

„Ich glaubte, das wäre Ihnen bereits klar geworden."

„Nein, ich habe gewisse Andeutungen gehört, die ich für unwahrscheinlich hielt, das ist alles." Der Baron durchmaß das Zimmer mit großen Schritten, um sich zu beruhigen; der Bescheid, der ihm wurde, kam allzu unerwartet. „Und wenn es sich nun wirklich so verhielt, warum haben Sie zum Beispiel denn nicht die nötigen Schritte getan?"

„Ich habe in dieser Hinsicht nichts mitzureden. Wenn ich mich ungeheißen um derartige Dinge gekümmert hätte, würden sie mich als unruhiges Element angesehen haben und ich wäre eben verabschiedet worden. Genau dasselbe wird Ihnen jeder antworten, wen Sie auch fragen mögen. Alle miteinander sind in der einen oder der andern Weise gebunden. Bei näherer Betrachtung werden Sie einen Knäuel von Interessen, Rücksichten und Abhängigkeit finden, der sich eben nicht entwirren läßt. Unsre ganze Entwicklung ist ökonomisch, darin liegt die Erklärung. Alles ist eben Geschäft, und die erste Frage sowohl von seiten des Staats wie von Privaten lautet immer: wieviel kostet das? wenn irgendwelche Reformen, Verbesserungen oder Schutzeinrichtungen in Vorschlag gebracht werden."

„Auf die Art kommt man dem Feind ja nie zu Leibe. Wie man auch vorwärts dringt, so weicht er eben beständig aus."

„Hm! Der Feind, den Sie verfolgen wollen, hat das Retirieren nicht nötig. Er liegt überall sicher verschanzt hinter einer Reihe von Ziffern. Er bombardiert Sie mit Kostenanschlägen und Berechnungen, deren bloßer Anblick auch den kühnsten Mut ins Wanken bringt. Außerdem hat er treue Bundesverwandte in allen Lagern. Das eigene Interesse, die Rücksicht, die man andern schuldet. Da haben Sie einen Teil des großen Knäuels. Falls Sie es abwickeln wollen, folgen mit Ihrem Faden gleich zwanzig, dreißig andre mit, die sich ineinander verwirren oder zerrissen werden. Sie wecken einen Sturm von Unwillen allein durch den Gedanken, Ordnung in dieses Chaos bringen zu wollen. Die Gesellschaft wird Ihnen auf die Finger klopfen und gewissermaßen mit Recht, denn Sie stören manche in ihrem Schlaf, viele in ihrem Wohlbefinden und die meisten in ihren Gewohnheiten. Wir sind ja in diesem Knäuel geboren, Herr Baron, und darin erzogen, und wenn auch einige murren, so fühlen sich andre darin doch sehr wohl. Ohne Ihnen einen Rat geben zu wollen, muß auch ich sagen: rühren Sie nicht an das Knäuel."

Der Baron durchmaß noch immer das Zimmer. Jedesmal, wenn er an dem jungen Ingenieur vorbeikam, begegnete er dem ruhigen Blick aus dessen Augen, auf deren Grund es wie spöttischer Trotz glänzte.

„Sie haben vielleicht recht . . . in gewisser Hinsicht," stimmte der Baron nach einer Weile bei. „Aber jede Sache hat wenigstens zwei Seiten."

Der junge Mann nickte, er hielt es für überflüssig, einen so allgemein gültigen Satz mit ja zu beantworten.

Der Baron fühlte sich abgekühlt durch das kurze Nicken und er verlor plötzlich alle Lust an der Unterhaltung. Er empfand instinktiv, daß sie niemals einer Meinung werden könnten, oder einander ganz verstehen würden.

Das Schweigen fing an, ihm peinlich zu werden, aber er wollte es doch nicht brechen. Er wußte, daß der junge Ingenieur ihm über eine Menge Dinge Bescheid geben könnte, aber vermutlich der Art, daß er es lieber nicht hören wollte. Der Baron fühlte sich mehr und mehr befangen, sollte er nicht doch lieber irgend etwas sagen? Da entstand ein unerwarteter Lärm auf der Straße und er trat ans Fenster, um hinauszusehen. Ein großer Haufen Menschen kam von der einen Seite und mußte bald unter seinem Fenster sein. Ein halbes Dutzend Polizeihelme blitzten zwischen all dem Grauen und Schwarzen. Gleich darauf zog der Haufe vorbei. Voran kam eine Schar größerer und kleinerer Knaben, alle mit dem Gesicht nach hinten gedreht, um ja nichts von dem Auftritt zu verlieren. Sie nahmen den Fahrdamm in seiner ganzen Breite ein, indes mehrere Gruppen älterer Arbeiter die Trottoire zu beiden Seiten besetzten. Hinterher kamen Männer und Frauen, besonders Männer, die alle heftig erregt waren und eifrig gestikulierten. Inmitten der wogenden und lärmenden Masse gingen die Polizisten. Zwei von ihnen führten einen jungen Menschen, den sie mit einem festen Griff bei den Handgelenken gefaßt hielten. Die übrigen schlossen einen Kreis um sie. Hinterher kam ein Polizist, der ein Paket noch feuchten Papiers trug, offenbar ein Flugblatt, das eben gedruckt war. Ringsumher redeten und diskutierten die drei- oder vierhundert Menschen, und die Polizisten mußten sie bisweilen zur Seite schieben, wenn sie sich allzu dicht herandrängten.

Der verhaftete junge Mensch gehörte zu einem Typus, den der Baron wohl zuweilen flüchtig im Vorbeigehen bemerkt, dem er aber bis jetzt weiter keine Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Er war blaß und äußerst mager; sein helles, dichtes Haar fiel in natürlichen Locken unter dem weichen Schlapphut hervor. Seine Züge waren die des Proletariers, zeugten aber von einer Energie, die man selten unter seinesgleichen findet. Seine Augen blitzten vor Trotz, beinahe vor Triumph, und er ging mit der Haltung eines Siegers. Zu beiden Seiten um seinen Hals flatterten die langen Enden seines schwarzen dünnen Halstuchs.

„Eine Sturmschwalbe," sagte der junge Ingenieur.

„Er ist offenbar betrunken."

„Ich habe den Menschen nie vorher gesehen, aber ich möchte Ihnen trotzdem mein Wort darauf geben, daß er nicht betrunken ist, und daß er selten oder nie geistige Getränke zu sich nimmt. Er ist eben auch ein Idealist und träumt davon, wie er seinen Mitmenschen helfen will."

Der Baron errötete, kümmerte sich aber nicht weiter um diese Bemerkung, denn die Szene auf der Straße nahm seine Aufmerksamkeit in Anspruch. Mehrere von den Leuten hielten weiße Papierblätter in den Händen, und gerade mitten vor dem Hotel winkten sie damit höhnisch den Polizisten zu. Die Gruppe zog weiter, in einem Stimmengewirr von Einwendungen und Protesten, das mißtönend zwischen den Häuserreihen widerhallte, bog um eine Ecke und verschwand.

„Was er wohl getan haben mag?" äußerte der Baron halblaut, wie zu sich selber.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben."

„Gesagt . . .? Aber, wie ist . . ."

„Etwas, was man nicht laut sagen darf. Vielleicht hat er eben auch nur auf der Straße gestanden und hat seine Flugblätter ausgeteilt. Wer kann das wissen. Aber gleichviel, ob er nun dem Verkehr hinderlich gewesen ist, oder ob er zu laut gerufen hat, so werden morgen Hunderte seine Worte wiederholen."

Der Baron sah den jungen Ingenieur von der Seite an. Er fand es kindisch, eine Straßenszene zu diskutieren, deren Veranlassung ihnen unbekannt war. Er spazierte wieder im Zimmer herum, blieb aber plötzlich stehen, als ihm einfiel, daß dies stillschweigende Herumgehen unhöflich aussehen könne, und sagte einleitend:

„Bin ich im Irrtum, wenn ich annehme, daß Sie oft über die Lage und die Aussichten der sogenannten unteren Klasse nachgedacht haben?"

„Man kann es schwerlich unterlassen, an das zu denken, was einem am nächsten liegt. Ich komme selber von der unteren Klasse und habe mich in der Regel unter meinesgleichen bewegt. Mein Großvater war Grubenarbeiter, mein Vater avancierte zum Vormann, und damit ich studieren konnte, mußten meine beiden Brüder Arbeiter bleiben. Ich habe weiter keine Geschichte und meine Aussichten sind gering. Weiter habe ich Ihnen nichts von meiner Person zu erzählen."

Der Baron dankte mit einer verbindlichen Verbeugung für diese Auskunft, die er nicht verlangt hatte, und die ihm manches in dem Benehmen und den Ansichten des Ingenieurs erklärte, und sagte liebenswürdig:

„In meinen Mußestunden habe ich mich ebenfalls ein wenig mit diesen Dingen beschäftigt. Wir haben ja eine ganze Anzahl ausgezeichneter Werke, die sich auf zuverlässige statistische Angaben stützen und die . . ."

„Ja, so viele Erklärungen und Auskünfte, daß die Hauptsache darüber vergessen wird."

„Hm! Man muß doch immer eine gewisse Richtschnur haben, . . . diese Fragen sind doch ein so fremdes Gebiet . . ."

„Warum ist es fremd? Nein, so was läßt sich eben nicht lernen oder verstehen, man muß es fühlen. Und wenn es diese Frage gilt, dann ist man eben schon im voraus gläubig oder ungläubig, das ist alles. Geradeso wie man zufälligerweise Protestant oder Katholik oder Mohammedaner ist. Es hängt eben davon ab, welcher Nation man durch die Geburt angehört. Man wird zu einem Glauben geboren und wächst in einer Klasse auf. Aeußere Verhältnisse, für die uns in der Regel keine Verantwortung trifft, entscheiden über die Stellung eines Mitbürgers, und die Stellung ist wieder für die Ansichten entscheidend."

Der Baron verbarg das satirische Zucken seines Mundes unter einem höflichen Lächeln.

„Von Ihrem Standpunkt aus mögen Sie vielleicht recht haben, aber . . ."

„Ich verlange nicht, daß Sie mir recht geben sollen. Mein Standpunkt ist eben im voraus gegeben, so gut wie der Ihrige. Ich habe ja den größten Teil meines Lebens da unten im Dunkel zugebracht und habe deshalb mehr Gelegenheit als andre gehabt, die Verhältnisse von unten auf zu betrachten. Ich vermute, ich sehe deshalb die Dinge nicht schiefer an, als Sie, da Sie alles von oben herab beurteilt haben."

(Fortsetzung folgt.)

Weltausstellung in Brüssel.

V.

Brüssel, 18. Juni.

Die deutsche Abteilung, der noch einige Worte gewidmet sein sollen, erhält ihre bezeichnende Note durch das Kunstgewerbe und das Unterrichtswesen. Jenes ein Ausweis für den Ernst und das Geschick, womit die deutsche Arbeit der wirtschaftlichen wie der ästhetischen Seite der neuen Stilbewegung gerecht geworden ist, dieses ein Zeugnis dafür, was auf dem Gebiete der Jugenderziehung geleistet werden kann, leider aber noch nicht geleistet wird, weil das herrschende System die Triebe nicht aufkommen läßt, die zur Reife und zum Licht drängen. Und beides endlich, in seiner Anordnung, seiner Uebersichtlichkeit und seiner äußeren Wohlgefälligkeit, eine Art Ehrenrettung jener Eigenschaft, die man gern als Pedanterie bezeichnet, die aber hier einen wesentlichen Anteil hat an dem guten Eindruck, dessen sich die deutsche Ausstellung von vornherein zu erfreuen hatte. Im übrigen fehlt ihr das Merkmal des Hervorragenden, so gut auch ihre sonstigen Teile zunächst wiederum durch die zweckmäßige Anordnung und die künstlerische Einkleidung ins Auge fällt. Wie schon gesagt worden ist, sind die großen Herren der deutschen Industrie ferngeblieben, und sonst hat Deutschland nicht Gewerbe von so bezeichnender und ausschlaggebender Bedeutung, daß sie einer Ausstellung den Stempel aufdrücken könnten; hier muß die Vielheit des Guten das Gewaltige ersetzen.

Den größten Raum der deutschen Abteilung nehmen die Maschinenhallen ein. Mit Recht. Deutschlands Maschinenindustrie hat sich seit 1908 an Wert der Produkte fast verdoppelt, wozu in besonderem Maße die Düsseldorfer Industrie- und Gewerbeausstellung von 1902 beigetragen hat. 1895 waren von den Erwerbstätigen in Deutschland 2,83, im Jahre 1907 dagegen 4,28 Prozent beschäftigt, und wie es Amerikas Export an Maschinen bereits überflügelt hat, so rückt es in dieser Beziehung auch England immer näher. Von besonderer Bedeutung für den Aufschwung der deutschen Maschinenindustrie ist das immer weitere Vordringen der Maschine in der Landwirtschaft, wovon die Erzeugnisse der Firmen Lanz (Mannheim), Wolf (Magdeburg) Mayfarth (Frankfurt a. M.), Beermann (Berlin) usw. Zeugnis ablegen. Unter den Werkzeugmaschinen tut sich in der Holzbearbeitung Sachsen, in der Metallbearbeitung Sachsen, Rheinland, Süddeutschland und Berlin hervor. Die Abteilung für Bergbau-, Hütten- und Walzwerksanlagen ist, da sich die Großindustrie zurückgehalten hat, nur schwach vertreten; aus demselben Grunde ist die Kraftmaschinenindustrie nur in wenigen Erzeugnissen zu sehen, namentlich kommt auf diesem Gebiete die Elektrizität nicht zu der ihr gebührenden Geltung.

Eine interessante Abteilung ist die Halle für Ingenieurwesen. Sie enthält zunächst eine Sammelausstellung des Wasserbaus, veranstaltet vom preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, zu der eine Anzahl von Provinzial- und Bezirksregierungen sowie von Großstädten beigetragen hat; sodann eine Sammelausstellung des Vereins deutscher Ingenieure, die, wenn auch nur in Modellen und Bildern, einige der großen Vertreter der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie zeigt. Es handelt sich vorwiegend um Verkehrsanlagen (Eisen- und Straßenbahnen, Land- und Wasserstraßen, Brückenbauten usw.), Lebensmittel- und Wasserversorgungseinrichtungen, Kanalisierungen, Wasserregulierungen usw. In diesen Werken gewaltiger Art werden die Kräfte geboren, die die Oberfläche der Erde umwandeln, die den Raum bezwingen und die Elemente bändigen; hier zeigt sich, was die menschliche Arbeit vermag, die mit vereinten Waffen und zum Besten der Gesamtheit schafft; hier zeigen sich die Wege zu jenen Zielen, denen Faust entgegenstrebte, als er sich im Geiste mit freiem Volke auf freiem Grunde sah. . .

Die allgemeine Industriehalle, die die Erzeugnisse von Deutschlands gesamter Wirtschaft aufzunehmen bestimmt ist, bietet naturgemäß ein recht buntes Bild. So gut Deutschland in manchen Teilen hier vertreten ist, so lassen andre wiederum sichtlich zu wünschen übrig. So ist z. B. von der Textil- und Bekleidungsindustrie, abgesehen von der vogtländischen Spitzen-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Industrie, gar nichts zu sehen, trotzdem doch Deutschland auf diesem Gebiete immerhin einiges zu sagen hat. Die Ausstellung der Musikinstrumente, mit deren Ausfuhr Deutschland an erster Stelle steht, entspricht nicht im mindesten der hohen Bedeutung dieses Gewerbzweigs, und dasselbe läßt sich sagen von der deutschen Spielwarenindustrie, an deren Ausfuhr alle Länder der Erde beteiligt sind. Die Herren vom deutschen Weinbau, die, wenn unser Land auch nicht zu den eigentlichen Weinländern zählt, sich doch ihrer Erzeugnisse nicht zu schämen brauchen, sind gar zu bescheiden gewesen; etwas mehr hätten sie doch aus ihrer Sammelausstellung machen können, um ihre Himmelsgaben des Rheins, der Mosel und andrer gesegneter Gegenden den gebührenden Platz an der Sonne zu sichern. Außerhalb der Industriehalle, nämlich in der Kulturhalle, hat das Buchgewerbe sowie die Optik und Mechanik Platz gefunden. Das Buchgewerbe stellt mit seinen Leistungen der weiteren Entwicklung auf diese Gebiete das beste Zeugnis aus, und was die Optik und Mechanik betrifft, so bewährt sich hier der alte Ruhm feinster Handfertigkeit und strengster Wissenschaftlichkeit, den Deutschland genoß, aufs neue.

Den Abschluß der deutschen Abteilung bildet die Eisenbahnhalle. Hier sind die großindustriellen Vertreter des Flügelrads alle vertreten: Borsig und Schwartzkopf in Berlin, Egestorff in Hannover, Henschel in Kassel, Vulkan in Stettin, Schichau in Elbing usw. mit Lokomotiven, andre Firmen mit Triebwagen, Briefpostwagen und Personenwagen. Viel beachtet, namentlich von Ausländern, wird ein Wagen 4. Klasse einer Düsseldorfer Firma. Gewiß, der Wagen sieht schmuck aus mit seinen blitzblanken Scheiben, seinem polierten Holze, seinen funkelnden Beschlägen, und wenn man sicher wäre, daß alle Wagen 4. Klasse so aussehen, daß sie nie überfüllt sind von Menschen und Gepäck und schlechter Luft, dann ließe sichs schon drin aushalten. Aber bekanntlich sind wohl lange nicht alle Wagen 4. Klasse solche Musterwagen, und dann kann selbst dem bescheidensten und geduldigsten Menschen der Aufenthalt in einem „Musterwagen" 4. Klasse zur Qual werden, wenn er sich wie ein Gepäckstück unter andern Gepäckstücken drin eingepfercht und demgemäß behandelt sieht. Und endlich: 4. Klasse bleibt 4. Klasse, auch wenn sie aus solchen „Musterwagen" besteht; da die Wagen der höheren Klassen eine noch viel bessere Ausstattung erfahren haben, so bleibt der Klassenunterschied im eisenbahntechnischen wie im sozialen Sinne derselbe. In der Eisenbahnhalle ist auch ein sechsachsiger Salonwagen der Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau zu sehen. Während der „Musterwagen" 4. Klasse weit geöffnet steht, ist dieser Wagen für das Publikum geschlossen; die Freundlichkeit eines Angestellten, in dem ich einen Landsmann begrüßen durfte, gewährte mir Eintritt und Einblick in das Innere des Wagens, dessen Herstellung das nette Sümmchen von 80 000 Mark gekostet hat. Das Ganze ist eine Luxusvilla auf Rädern, ein Millionärsheim im kleinen: jede Ecke, jedes Möbel, jeder Griff geeignet, um Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten hervorzuzaubern. Der Wagen wird nur als Ganzes hergegeben, für 12 Billetts 1. Klasse kann jeder Börsenjobber, der mit seiner Maitresse eine Reise nach der Riviera macht, sich häuslich drin einrichten. Und während er auf dem Sofa liegend seine Zigarette raucht, oder im Eßzimmer sich gütlich tut, fliegt er sechsachsig seinem Ziele zu, ohne zu merken, daß er fährt und sein Heim hinter sich gelassen hat. Was sind dem gegenüber die „Annehmlichkeiten" der Reise in einem „Musterwagen" 4. Klasse, wo der Arbeiter, den der Kampf ums Brot in die Ferne treibt, mit Weib, Kind und Hausrat auf dem Boden kauert und in schleichender Fahrt die übervielen Stationen zählt, die ihn vom Ziele trennen! Und was verdient der Staat an den Proletariern der 4. Klasse und was wird er zulegen zu der Lustfahrt des Mannes im sechsachsigen Salonwagen! Vielleicht hält man, um derartige Fragen nicht aufkommen zu lassen, den Salonwagen geschlossen und gestattet dem Publikum nur einen unvollkommenen Blick in das fahrende Luxusschloß.

Kunstchronik.

Angstmeyer.

Wenn man Seume charakterisieren will, namentlich den Seume der Jahre 1805—1810, gibt es sich von selbst, daß man die Vorrede zu seiner zweiten Reisebeschreibung: Mein Sommer 1805 stark heranzieht. Das hat sich auch in den Gedenkartikeln gezeigt, die in den letzten Tagen erschienen sind. Hier findet man nicht nur Seumes bezeichnendste Ausführungen über seine Art des Wanderns, hier steht auch seine Erklärung, daß jedes gute Buch „näher oder entfernter" politisch sein müsse, ein Buch, das dies nicht sei, sei sehr überflüssig oder gar schlecht. Hier bricht auch sein kritischer Patriotismus in voller Stärke durch. Hier liest man: „Die letzten Kriege haben ganz die Ohnmacht unsres Systems gezeigt, vorzüglich der letzte. Freie Männer schlugen immer die Halbknechte. Auch Spartakus war ein freier Mann, solange er schlug. Kann man sich einen größeren Widersinn denken, als daß bei Nationalkrisen, wie sie Kriege sind, gerade diejenigen Besitzungen, welche die meiste Kraft haben, keine Last tragen sollen? Daß sie nicht zahlen im Frieden, 'st Ungerechtigkeit; daß sie befreit sein wollen im Kriege, ist Dummheit. Ich kann mir nicht helfen, ich brauche das harte Wort; es ist das eigentliche. Merkantilisch betrachtet, ist freilich die Steuerfreiheit keine Beeinträchtigung: denn der Preis dieser Güter steigt um desto höher, sie müssen desto teurer bezahlt werden; aber staatsökonomisch und in der teilweisen Sammlung der Nationalkraft ist sie Blödsinn. Nur der ist der Edelste, der das Meiste für das Vaterland tut und das Wenigste dafür genießt. Die Erfahrung hat belegt. Der Enthusiasmus der Freiheit ist, heller betrachtet, nichts andres als die Vorstellung der allgemeinen Gerechtigkeit. . . . Der Franzose ohne Unterschied schlägt für ein Vaterland, das ihm nun lieb geworden ist, das ihm und seiner Familie eine gleiche Aussicht auf alle Vorteile vorhält und diese Vorteile wirklich gewährt. Nur der Mann wird gewürdigt nach dem, was er gilt; bei uns wird die Schätzung genommen nach dem, was das Kirchenbuch spricht, der Geldsack des Vaters wiegt, oder das Hofmarschallamt vorschreibt. Für wen soll der deutsche Grenadier sich auf die Batterie und in die Bajonette stürzen? Er bleibt sicher, was er ist, und trägt seinen Tornister so fort und erntet kaum ein freundliches Wort von seinem mürrischen Gewalthaber. Er soll dem Tode unverwandt ins Auge sehen, und zu Hause pflügt sein alter, schwacher Vater frönend die Felder des gnädigen Junkers, der nichts tut und nichts zahlt und mit Mißhandlungen vergilt. Der Alte fährt schwitzend die Ernte des Hofes ein und muß oft die seinige draußen verfaulen lassen; und dafür hat er die jämmerliche Ehre, der einzige Lastträger des Staats zu sein: eine Ehre, die klüglich nicht anerkannt wird! Soll der Soldat deshalb mutig fechten, um eben dieses Glück einst selbst zu genießen? Er soll brav sein, und seine Schwester oder Geliebte muß auf dem Edelhofe zu Zwange dienen, jährlich für acht Gulden, oft ohne Aussicht, ein Jahr um das andre ihr Leben lang; und seine alte, kranke Muhme, die kaum trocknes Brot hat, muß ihren zugewognen Haufen Flachs spinnen für den Hof, damit ihr nicht die Hilfe geschehe; und sein kleiner Bruder muß Botschaft laufen in Frost und Hitze für einen Groschen den Tag. Der kleine Landmann fährt und zieht und gibt; auf den großen Höfen rührt sich kein Huf und dreht sich kein Rad. Das nennt man denn Staat und gute Ordnung und Gerechtigkeit und fragt noch, woher das öffentliche Unglück kommt!"

So liest man — oder besser, so kann man lesen, wenn man die Hempelsche Ausgabe von Seumes Werken zur Hand hat. Wenn man aber die einzige billige Ausgabe von: Mein Sommer 1805, die wir zurzeit haben, in die Hand nimmt, die in Meyers Volksbüchern erschienene — dann liest man das nicht, kann man das nicht lesen. Denn diese ganze wichtige Vorrede rettet. Ja verfällt für diese Jahreszeit in einen Zustand der Starre und erwacht daraus nur selten, um einen Hausbewohner durch ihre unerwartete Anwesenheit zu überraschen.

In ihrer Verfolgung hat der Mensch einen tatkräftigen Freund und Bundesgenossen in einem Pilz, der von dieser Feindschaft den Ehrennamen Empusa muscae erhalten hat. Bei einiger Aufmerksamkeit kann man zuweilen eine Fliege irgendwo an Wänden oder Decke finden, die von diesem Pilz überfallen und vom Leben zum Tode gebracht worden ist.

Die Hausfliegen sind übrigens, obgleich sie ihren Namen leider mit Recht tragen, ziemlich reiselustig, denn Dr. Hewit hat sie gelegentlich in einer Entfernung bis zu 3 Kilometern von jeder menschlichen Behausung gefunden. Ebenso unternehmen sie zuweilen Hochfahrten, die sich allerdings nicht weiter zu erstrecken scheinen als auf ungefähr 25 Meter über dem Erdboden.

Hat eine Fliege ein Bein oder einen Flügel gebrochen, so bleibt sie ihr Leben lang invalide; höchstens ganz jungen Fliegen, die eben erst die Puppe verlassen haben, wächst ein Bein oder Flügel nach.

Außer dem genannten Pilz stellen zahlreiche Tiere den Fliegen nach, was auch höchst notwendig ist, weil sie sich sonst ins Ungemessene vermehren würden. Außer den Spinnen, die den Fliegenfang als eine feine Kunst betreiben, machen Wespen und Käfer auf sie Jagd. Trotzdem bleibt für den Menschen noch sehr viel zu tun übrig, wenn er der Fliegen einigermaßen Herr werden will, was um so notwendiger ist, als sie nachweislich zur Verbreitung von ansteckenden Krankheiten in hohem Grade beitragen. Besonders für die Keime des Typhus und der Cholera ist die Verschleppung durch die Fliege, die mit ihren Beinen, Fühlern und Körperhaaren die Bakterien auf Nahrungsmittel überträgt, unzweifelhaft festgestellt worden.

Notizen.

Branntwein und Tuberkulose. In der Pariser Statistischen Gesellschaft hielt kürzlich der berühmte Hygieniker Bertillon einen vielbesprochenen Vortrag über den Zusammenhang von Trunk- und Schwindsucht. Bertillon veranschaulichte seine Ausführungen durch zwei Karten von Frankreich, deren eine den Verbrauch an Branntwein in jedem einzelnen Departement anzeigte, während die andre die Verbreitung der Schwindsucht nachwies. Die Uebereinstimmung beider Karten war auffallend. Der Branntweinverbrauch ist in Nordfrankreich weit größer als in Mittel- und Südfrankreich, was sich aus dem stärkeren Weingenuß in diesen Gebieten erklärt. Dementsprechend fordert die Lungenschwindsucht im nördlichen und östlichen Frankreich weit mehr Opfer. Bertillon ging aber noch in Einzelheiten hinein und zeigte beispielsweise, daß unter den Schankwirten die Sterblichkeit an Schwindsucht weit größer ist als unter andern Geschäftsleuten, die im übrigen eine ganz ähnliche Lebensweise führen. Bei den Eisenbahnbeamten dagegen, die zwangsweise zur Nüchternheit angehalten werden, spielt die Schwindsucht fast gar keine Rolle im Vergleich zu Wagenführern gewöhnlicher Art. Auch die Verteilung der Schwindsucht auf die beiden Geschlechter redet dieselbe Sprache, denn die Krankheit ist unter den Männern weit häufiger als unter den Frauen erwachsenen Alters, während sie bei der Jugend beider Geschlechter etwa gleich häufig ist. Bertillon stellte sich infolgedessen auf den Standpunkt, daß in dem Kreuzzug gegen die Tuberkulose die Einschränkung des Branntweinverbrauchs weit wichtiger und erfolgreicher sein würde als der Bau von Heilstätten oder die Niederreißung ungesunder Gebäude. Ein andrer Hygieniker trat Bertillon freilich mit dem Hinweis entgegen, daß auch in Südfrankreich die arbeitende Klasse große Mengen von Alkohol und namentlich von Absinth zu sich nehmen, ohne daß die Zahl der Schwindsuchtsfälle steigt und daß die schlechteren Verhältnisse in Nordfrankreich mehr auf andre gesundheitswidrige Zustände zu schieben seien. Ferner stehe der Annahme, daß der Alkoholmißbrauch ausschließlich die Verbreitung der Schwindsucht begünstige, die Tatsache entgegen, daß in den sogenannten Corons, den Arbeiterdörfern in der Nachbarschaft der Kohlenbergwerke, erschrecklich viel Alkohol getrunken wird, und daß dort die Sterblichkeit an Schwindsucht viel geringer ist als in der Arbeiterbevölkerung der Großstädte. Die Verbreitung der Schwindsucht müsse in Zusammenhang mit den Einflüssen aller gesundheitsschädlichen Verhältnisse und namentlich auch der Verteilung der Volksdichte studiert werden. Bertillon verteidigte seine Schlüsse mit dem Hinweis, daß er die Großstädte aus seiner Betrachtung ausgeschlossen und auch den Einfluß des Absinths nicht berücksichtigt hätte, da keine zuverlässigen Ziffern für den Absinthverbrauch zur Verfügung ständen. Diese Aussage eines Mannes, der für sein Fortschrittsgebiet führend in seinem Vaterlande ist, muß freilich in Erstaunen setzen. Die Gefahren der Absinthseuche sind so oft und in so düsteren Farben geschildert worden, daß es gar nicht zu begreifen ist, wie die französische Regierung so lässig in den Untersuchungen ihrer Ausbreitung gewesen sein kann, daß noch heute keine sicheren Angaben darüber gemacht werden können. Von andrer Seite wurde selbstverständlich auch noch der Einfluß des Klimas auf die Verbreitung der Schwindsucht betont. Im allgemeinen aber machten die Karten Bertillons einen großen Eindruck auf die gelehrte Versammlung, die im wesentlichen den daraus gezogenen Schlüssen beistimmte, daneben nur die dringende Notwendigkeit betonte, bei der Bekämpfung der Schwindsucht auch die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse voranzustellen. —

Eingelaufene Schriften.

Deutsche Kulturaufgaben in China. Beiträge zur Erkenntnis nationaler Verantwortlichkeit. Herausgegeben von Paul Rohrbach. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der Hilfe. Preis 1 Mark. — Inhalt: Dr. O. Franke, Professor am Hamburgischen Kolonialinstitut: Wandlungen im chinesischen Geistesleben. — Lic. Dr. P. Rohrbach; Dozent an der Handelshochschule Berlin: Was steht für Deutschland in China auf dem Spiel? — Geh. Medizinalrat Professor Dr. A. Bier und Marinestabsarzt Dr. zur Verth: Gesundheitliche Volkshilfe als Mittel deutscher Kulturarbeit in China. — Dr. O. Junghann: Berg- und Hüttenwesen in China.

Gustav Glab, Richtige Atmung und ihre aetiologische Bedeutung für Gesundheit, Schönheit und geistiges Wohlbefinden. Mit 14 Illustrationen. Leipzig, Jaegersche Verlagsbuchhandlung. Preis 1 Mk.

Artur Weber, Die Zitronenkur, ein bewährtes Heilverfahren gegen Gichtplage und Gallensteine. Nebst einer Abhandlung über den Heilwert der Obst- und Pflanzensäftekuren. Leipzig, Jaegersche Verlagsbuchhandlung. Preis 1 Mk.

Frauen-Zukunft. Eine Monatsschrift, herausgegeben von Gabriele von Lieber, Meta Hammerschlag, Hanns Dorn. München und Leipzig, Frauen-Verlag. Erster Jahrgang, zweites Heft. — Inhalt: Rosa Mayreder, Zur Kultur der Geschlechter. Franz Staudinger, Die soziale Vorbedingung der Frauenemanzipation. Emil Lucka, Ich-Gefühle. Eduard Bernstein, Die Arbeiterbewegung und die Familie. Rundschau. Glossen.

A. H. Francé, Die Kleinwelt des Süßwassers. Ein Lehr- und Lesebuch. Mit 322 Figuren auf 50 Tafeln und Textabbildungen. Leipzig, Verlag von Theodor Thomas. Preis 2 Mk.

Dr. W. Kuhlmann, Aus der Wunderwelt des Wassertropfens. Mit 4 Tafeln und zahlreichen Textbildern. Zweite Auflage. Stuttgart, Kosmos Gesellschaft der Naturfreunde. Preis 1 Mk.

Dr. M. W. Meyer, Die Welt der Planeten. Mit zahlreichen Abbildungen. Stuttgart, Kosmos Gesellschaft der Naturfreunde. Preis 1 Mk.

die stets heranzuziehen ist, wenn es Seume zu charakterisieren gilt, sie fehlt hier, ist unterschlagen. Sie ist ja auch zu gefährlich. Wer sie gelesen hat, der läßt sich das Bild von dem der heutigen Anschauung bequemen Patrioten Seume nicht aufschwätzen. Also weg damit!

Aber haben nicht diejenigen Verleger, die ihr Geschäft darin sehen, die heute freien Werke unsrer Schriftsteller durch billigen Massenvertrieb auszunützen, haben sie nicht die Pflicht, sie unverschandelt und unverstümmelt vorzulegen? Wenn sie denn Angst haben, den ganzen Seume unters Volk zu tragen, wie er ist, so sollen sie aufs Geschäft verzichten und die Hände davon lassen. Aber vom Geschäft wollen unsre Angstmeyer nun und nimmer lassen, und so genieren sie sich denn auch nicht, ängstlich wegzuwischen, was nicht in ihren patriotischen Legendenkram paßt, und das Geschäft ist gerettet.

■

Schauspielhaus (Liebesgewitter). — Es scheint in Frankreich sehr leicht zu sein, sich einen „richtig gehenden" Vater zu verschaffen, wenn man eine solche Würdeperson gerade zur Hebung seines gesellschaftlichen Ansehns braucht, und es scheint auch sehr leicht zu sein, sich als Vater irgend einem jungen Menschen aufzudrängen, der ein „natürlicher" Sohn ist. In dem gestern gespielten französischen Schwank von Leon Xanrof: Liebesgewitter ist es der Halbweltlerin Fanny Taupin das leichteste von der Welt, sich den Diener Carotte als gesetzlich geschützten Papa anzuschaffen, und dem Halunken Carotte ist es wieder ein leichtes, sich dem Architekten Fernand, der weder Vater noch Mutter kennt, als Vater aufzudrängen. Wir dürfen wohl annehmen, daß diese Geschichten, die zu den Späßen des Schwanks führen, in Frankreich anders wirken als bei uns, nicht bloß als toller Ulk, sondern in ihrer Uebertreibung zugleich als Kritik und Satire. Damit ist gegeben, daß wir, die Zuschauer und auch die Schauspieler, zu dem Stück etwas anders stehn als die Franzosen; wir bemerken das Satirische kaum, dafür um so mehr den Ulk und die Zotologie, die Situationskomik und die Verwirrungstechnik. Um die Verwirrungs-, Ueberraschungs- und Mißverständniswirtschaft anzudeuten, die Xanrof einrichtet, genügt es darauf hinzuweisen, daß der Architekt Fernand in den Verdacht kommt zwei Väter zu haben, da sich mit dem betrügerischen Vaterschaftsusurpator der echte Vater herumzanken muß, um zu seinem Recht zu kommen, daß der Architekt als vermeintlicher Bruder der Halbweltlerin in merkwürdige Gewissenskonflikte gerät und was dergleichen mehr ist. Diese Verwirrungstechnik, die mit ziemlicher Sicherheit gehandhabt wird, braucht nicht nach jedermanns Geschmack zu sein und kann auf die Nerven gehn. Es ist aber zu bemerken, daß die Figur, die im Mittelpunkt steht, mit stärkerem Temperament und größerer Folgerichtigkeit geschildert ist, als in der Darstellung zutage trat. Herr Franck faßt den Diener Carotte seiner ganzen Art entsprechend ulkiger, als er gemeint ist. Er verwischt die Härte der Zeichnung. Das dummfreche Dienerexemplar ist mit einem gewissen Haß gesehn, der den niedrigen Typus des Gauners hervorhebt. Herr Franck wird dem Haß des Satirikers nicht gerecht, ist eben wieder das breitbehäbige Individuum Franck, das sich in seiner ulkenden Manier breitet, und trägt so dazu bei, daß der ursprüngliche Charakter des Stücks noch weniger erkannt wird, als ohnehin bei deutschem Publikum zu erwarten ist. Indessen war die Mehrzahl der Zuschauer auch so zufrieden und ließ das Liebesgewitter mit Vergnügen über sich ergehen.

gm.

■

Neues Theater. Dienstag, 1/2 8 Uhr: Elektra. Mittwoch: Rigoletto (Verdizyklus I). Donnerstag: Der arme Heinrich. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonnabend: Der Troubadour (Verdizyklus II). Sonntag: Der Freischütz. Montag, 27. Juni: La Traviata (Verdizyklus III). — **Altes Theater.** Geschlossen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Dienstag: Liebesgewitter. Mittwoch: Der Registrator auf Reisen. Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Liebesgewitter (Alfred Carotte: Anton Franck). Sonntag, 1/2 8 Uhr: Liebesgewitter (Alfred Carotte: Anton Franck). — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Dienstag, Mittwoch: Demimonde. Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Die Pfade der Tugend. Sonntag, 1/2 8 Uhr: Demimonde.

Battenberg-Theater. Dienstag: Heimat. Mittwoch: Der Veilchenfresser. Donnerstag: Das Geheimnis der alten Mamsell. Freitag: Der stille Associé. Sonnabend: Das Heiratsnest. Sonntag: Der stille Associé.

Krystallpalast (Theatersaal; Vaudeville-Saison). Allabendlich 1/4 9 Uhr: Abenteuer in Marokko.

Aus der Lebensgeschichte unsrer Hausfliegen.

Der Begriff der Hausfliege ist heute nicht mehr der, den der alte Linné mit seiner Species Musca domestica aufstellte. Diese Fliegenart ist allerdings noch immer diejenige, die sich am häufigsten in warmen Räumen vorfindet, in denen Nahrungsmittel aufbewahrt werden oder Reste solcher zu finden sind. Außerdem aber gibt es noch eine kleine Hausfliege, die unter Umständen sogar häufiger sein kann als die gewöhnliche, und zu einer ganz andern Familie gehört. Ihr etwas umständlicher wissenschaftlicher Name ist Homalomyia caniculares. In Landhäusern findet sich dann nicht selten noch eine dritte Fliegenart: Stomoxys calcitrans. Damit ist selbstverständlich die Zahl der Fliegenarten, die in Wohnhäusern vorkommen können, nicht erschöpft, aber im Vergleich zu jenen drei sind alle übrigen Seltenheiten.

Dr. Hewit hat in der Vierteljahrsschrift für mikroskopische Wissenschaft die Ergebnisse von höchst sorgsamen Beobachtungen an Fliegen beschrieben. Auf seinen Jagdzügen durch Wohnzimmer, Restaurants, Hotels, Küchen und Ställe erbeutete er im ganzen 3658 Fliegen. Von diesen gehörten 87½ v. H. zur Art der gewöhnlichen Hausfliege, 11½ v. H. zur Homalomyia und nur die übrigen 2 v. H. zu andern Arten.

Die einzelnen Länder haben meist ihre besonderen Fliegenarten. In Indien beispielsweise gibt es eine Art, die unsrer gewöhnlichen Hausfliege sehr ähnlich ist, in ganz ungeheuren Mengen. Dungstoffe sind dort wie überall die eigentliche Brutstätte der Fliege. Aus einem Kubikfuß Dünger kann man über 4000 Fliegen entstehen sehen. Ein Weibchen legt ungefähr 600 Eier, die schon zehn bis zwanzig Stunden später auskriechen, vorausgesetzt, daß eine geeignete Temperatur in der Umgebung herrscht. Eine Wärme von 28 Grad scheint dazu am wirksamsten zu sein. Die Larven häuten sich schon nach weiteren 18 bis 24 Stunden zum erstenmal, dann nach 24 Stunden zum zweitenmal. Auf der dritten Stufe der Entwicklung bleiben die Maden dann sechs Tage, so daß sie ihr ganzes Leben in diesem Zustande in 7½ bis 8 Tagen erledigen. Die folgenden 14 Tage bringen sie dann als Puppen zu, so daß die ganze Entwicklung bis zur Fliege in 22 Tagen durchmessen wird. Dies gilt selbstverständlich nicht für alle Arten mit genau gleichen Ziffern, und auch bei derselben Art finden Wechsel nicht nur nach der Temperatur der Umgebung, sondern auch nach dem mehr oder weniger reichlichen Vorhandensein von Nahrung für die Maden statt.

Die gewöhnliche Hausfliege hat eine sehr große Lebenszähigkeit, denn sie kann eine Kälte von — 10 Grad ohne Schaden vertragen. Für die Ablage ihrer Eier benutzt sie dunkle Spalten und Risse. Durch Versuche ist die merkwürdige Tatsache festgestellt worden, daß ihre Maden sich unter blauem oder violettem Glas schneller entwickeln als unter dem Einfluß andrer Farben. Wenn eine erwachsene Fliege ihr Leben bis in den Winter hinein

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100620/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG